

# Vorwärts

## Berliner Volksblatt.

### Zentralorgan der sozialdemokratischen Partei Deutschlands.

Redaktion: S.W. 68, Lindenstrasse 69.  
Fernsprecher: Amt IV. Nr. 1983.

Donnerstag, den 27. September 1906.

Expedition: S.W. 68, Lindenstrasse 69.  
Fernsprecher: Amt IV. Nr. 1984.

#### An die Leser unseres Blattes!

Zufolge der umfangreichen Berichterstattung über die Verhandlungen des Parteitages in Mannheim bitten wir unsere Leser in diesen Tagen um etwas Nachsicht, wenn in der Zustellung des Blattes eine Verzögerung eintreten sollte.

Die Expedition.

#### Welchen Zweck hat die Abgeordnetenimmunität?

Der Versuch, Reichstagsabgeordnete durch ihre Vernehmung als Zeugen zur Verantwortung zu ziehen für die in Wahrnehmung ihres Abgeordnetenmandats getanen Schritte, bezeugt nur in der sozialdemokratischen Partei unbedingter Zurückweisung. In der bürgerlichen Presse sind Stimmen laut geworden, welche die Zeugnisverweigerung des Genossen Ledebour bemängeln, indem sie unter Hinweis auf das Verhalten bürgerlicher Abgeordneter bestreiten, daß die verfassungsmäßig gewährleistete Immunität der Abgeordneten auch die gerichtliche Inquisition verbiete. So bringt die nationalliberale „Magdeburger Zeitung“ eine Zuschrift aus Berlin, in der es heißt:

„Der Reichstag wird sich mit der Frage jedenfalls zu beschäftigen haben. Herr Ledebour wird sich aber wohl irren, wenn er glaubt, für seine Haltung Deckung durch den Reichstag zu finden. Abgeordnete des Zentrums und der freisinnigen Parteien, die gleichfalls vernommen worden sind, haben, wenn auch unter Verwahrung, ihre Aussagen vor dem Richter gemacht, darunter auch der Abg. Dr. Müller-Reinungen, Landgerichtsrat in Aßhaffenburg, dessen juristische Auffassung in dieser Frage für die freisinnige Volkspartei maßgebend sein wird. Dieser freisinnige Parlamentarier läßt bezüglich seiner Vernehmung erklären, daß er das Zeugnisverweigerungsrecht als ein Recht des Parlaments (nicht des einzelnen Abgeordneten) nur bezüglich der im Parlament getanen Äußerungen in Anspruch genommen und darum die Fragen des Richters, die sich ausschließlich auf Vorgänge außerhalb des Parlaments bezogen, beantwortet habe. Diese Auffassung der „Immunität“ unterscheidet sich wesentlich von der des Abg. Ledebour, der sich für berechtigt erklärt, die Zeugenaussage über Mitteilungen zu verweigern, die er „in seiner Eigenschaft als Abgeordneter“ empfangen habe.“

Damit trifft die „Magdeburger Zeitung“ allerdings den fundamentalen Unterschied zwischen dem Standpunkte, den Genosse Ledebour in der Immunitätsfrage und den der Abgeordnete Müller-Reinungen sowie einige andere bürgerliche Abgeordnete eingenommen haben. Die letzteren haben die Immunität in dem engen Sinne aufgefaßt, daß sie nur die Abgeordneten davor bewahren solle, strafrechtlich wegen der von ihnen im Parlament getanen Äußerungen zur Verantwortung gezogen zu werden. Sie haben aber anstandslos über die Mitteilungen ausgesagt, die ihnen andere Personen zur Information über Mißstände im Reichstag haben zugehen lassen. Sie haben das getan, trotzdem sie wußten, daß diese Zeugnisansagen von ihnen gefordert wurden, um Material zu strafrechtlicher Verfolgung jener Personen zu gewinnen.

Nun kann ohne weiteres zugegeben werden, daß der Wortlaut der Verfassung über die Immunität der Abgeordneten keineswegs völlig klar ist, so daß die betreffenden Paragraphen ohne Berücksichtigung des Zwecks dieses Privilegiums in dem von der „Magdeburger Zeitung“ dem Abgeordneten Müller-Reinungen zugeschriebenen einschränkenden Sinne gedeutet werden können. Faßt man aber den Zweck des Vorrechtes der Immunität ins Auge, so wird es vollkommen klar, wie ungenügend und dem Sinn der Verfassung direkt widerstreitend jene engere Begrenzung des Immunitätsrechtes ist.

Wenn man sagt: Die Immunität ist den Abgeordneten verliehen, damit sie frei und ungehindert ihre Meinung über alle öffentlichen Angelegenheiten äußern können, ohne sich deshalb einer strafrechtlichen Verfolgung irgend welcher Art auszusetzen, so ist damit nur die halbe Erklärung gegeben. Denn damit wurde doch nur den Abgeordneten jene Sicherstellung vor ihrer Verfolgung wegen solcher kritischen Ausführungen gewährleistet, die sich nach der Praxis unserer Justizbediensteten als Beleidigungen irgend welcher Art klassifizieren lassen. Das unbedingte Recht der freien Meinungsäußerung ist den Abgeordneten aber nötig, damit sie eine ihrer Hauptaufgaben, die Kritik und Kontrolle der gesamten Staatsverwaltung ausüben können. Diese Kritik und Kontrolle der Staatsverwaltung bedingt aber das Einziehen von Informationen. Wollte das Parlament sich bei seiner Kritik und Kontrolle auf die Verwertung und Prüfung derjenigen Tatsachen beschränken, die ihm die Bureaucratie im Budget oder in amtlichen Druckschriften zu unterbreiten für gut befindet, so würde es sich zu einer Art Abrechnungskammer degradieren. Ein Abgeordneter, der seine Pflicht ernst nimmt, muß außer dem amtlichen Material auch zu Rate ziehen, was in Büchern und Zeitungen über die einschlägigen

Fragen geschrieben, was in Versammlungen darüber gesagt oder was ihm von Privatpersonen darüber mitgeteilt wird. Die Erfahrung hat bewiesen, daß gerade solche den Abgeordneten auf privatem Wege zugehenden Informationen von großem Werte für die Aufdeckung von allerhand Mißständen sind, die auf andere Weise im Parlament ungerügt und in der Verwaltung ungebeßert geblieben wären. Das Recht und die Pflicht der Abgeordneten, die Verwaltung zu kontrollieren und öffentlich zu rügen, bedingt also auch die Möglichkeit, völlig ungehindert Informationen über sie einzuziehen zu können.

Wenn aber gegen den Abgeordneten ein Zeugniszwangsverfahren eingeleitet werden kann, um von ihm Aussagen darüber zu erzwingen, was ihm bestimmte Personen, deren Verkehr mit ihm den Behörden bekannt geworden ist, mitgeteilt haben, oder auch darüber, welche den Behörden unbekannt gebliebene Person ihm bestimmte von ihm in seiner parlamentarischen Tätigkeit verwertete Angaben gemacht hat, so wird damit dem Abgeordneten diejenige Tätigkeit unterbunden, deren freier Ausübung wegen ihm das Vorrecht der Immunität überhaupt verliehen ist. Denn das dürfte klar sein: Ein Verfahren, wie es gegenüber den Reichstagsabgeordneten in der Sache gegen Gäh und Genossen eingeschlagen wurde, muß, wenn es Erfolg bei den Abgeordneten hat und wenn der Reichstag nicht der Wiederholung solcher Uebergriffe einen Niegel vorschreibt, abschreckend auf alle Personen einwirken, die glauben, im Interesse der Befundung unserer Staatseinrichtungen den Abgeordneten Mitteilungen machen zu müssen.

Damit würde aber auch das Vertrauen zu den parlamentarischen Einrichtungen noch mehr untergraben. Beide Wirkungen liegen natürlich im Interesse der regierenden Bureaucratie, sowohl die Verhinderung der Aufdeckung von Mißständen wie die Zerstörung des Vertrauens zum Reichstag; es zeugt aber von einer ungläublichen Kurzsichtigkeit, wenn Abgeordnete jene Wirkungen nicht erkennen, wenn sie nicht einsehen, daß das Recht der Immunität dem eigensten Wesen des Parlamentarismus gemäß die Abgeordneten gegen solche Beeinträchtigungen ihrer pflichtgemäßen Wirksamkeit schützen soll.

Daß die dorusische Bureaucratie den Versuch macht, die Möglichkeit der parlamentarischen Kontrolle ihres Treibens einzuschränken, ist nur zu begreiflich. In den Augen der Bureaucratie sind alle Mißstände der Verwaltung erträglich, als die Aufdeckung dieser Mißstände durch die parlamentarische Kontrolle. Und an Hochverrat grenzt es in ihren Augen, wenn gar ein Beamter der parlamentarischen Kontrolle behülflich ist, ihr Ziel zu erreichen. Daß aber Abgeordnete in schwächlicher Nachgiebigkeit der Bureaucratie behülflich sind, entgegen der Verfassung, entgegen dem Geist des Parlamentarismus, den Reichstag in einer seiner wesentlichsten Funktionen zu lähmen, ist ein neuer Beweis dafür, wie wenig die bürgerlichen Parteien die Rechte des Volkes zu schätzen wissen. Denn zur Wahrnehmung der Volksinteressen, also als ein Volksrecht ist den Abgeordneten die Immunität verliehen, nicht um ihnen ein persönliches Privileg zu verschaffen.

Wie weit die Bureaucratie angesichts der schwächlichen Haltung der bürgerlichen Parteien glaubt das Vorgehen gegen die Abgeordneten treiben zu können, geht aus Folgendem hervor: Nachdem Genosse Ledebour es abgelehnt hatte, darüber auszusagen, was für Mitteilungen ihm zwei namhaft gemachte Personen gemacht hätten, von denen es anderweit den Behörden bekannt geworden war, daß sie mit ihm private Unterredungen gehabt hatten, wurde er auch noch ganz allgemein gefragt, ob nicht noch irgend ein anderer Beamter des Auswärtigen Amtes zu ihm in Beziehungen getreten wäre und ihm Mitteilungen gemacht hätte. Ledebour verweigerte natürlich gleichfalls die Antwort. Die Frage geht aber offenbar von der Voraussetzung aus, daß es an sich ein Verdachtsmoment gegen einen Beamten sei, wenn er zu einem Abgeordneten oder doch einem Oppositionsmann oder gar Sozialdemokraten in Beziehungen tritt. Dazu kommt es jedoch, wenn man es überhaupt für statthaft hält, die Abgeordneten in der Wahrnehmung ihrer Abgeordnetenpflichten dadurch zu behindern, daß man sie zu Zeugenaussagen über ihren Informationsverkehr zwingen will.

Die Abgeordneten, soweit sie persönlich davon betroffen werden, sind zu entschiedenem Widerstande gegen diese Attentate auf die Immunität verpflichtet, und der Reichstag muß durch eine authentische Interpretation der Verfassung allen ähnlichen Versuchen für die Zukunft einen Niegel vorschreiben.

#### Die russische Revolution.

##### Die Regierungs-Banden.

Die Nachrichten über die ungeheuerliche Polizeikorruption zu Zsaterinoslaw beschäftigen sich. Die „Russ. Korresp.“ meldet: Aus Zsaterinoslaw wird uns geschrieben: „Unter der politischen Polizei unserer Stadt wurde in letzter Zeit eine gründliche Reinigung vorgenommen. Alle Beamten ohne Ausnahme, sogar mit Einschluß des Chefs S. Kajari und seines wackeren Gehülfen S. Krol, wurden aus dem Dienste väterlichen entlassen. In dieser schon an sich äußerst strengen Maßregel kam noch folgende rigorose Verfügung: Die Agenten der Geheimpolizei, die vom gewissen Chef dieser Polizei S. Kajari oder seinem Gehülfen S. Krol

unterzeichnete Legitimationskarten vorgeigen, müssen unbedingt arretiert und der Geheimpolizei zur Verfügung gestellt werden.“

Es wird wohl jeder fragen, für welche Sünden eigentlich sie so harte Strafen getroffen hat, womit haben denn diese „Stützen des Thrones“ ihren Vorgesetzten solchen Kummer bereitet, daß diese sich gezwungen sahen zu einer in der Geschichte der russischen Polizei geradezu unerhörten Maßregel? — Es stellt sich heraus, daß die Agenten der hiesigen Geheimpolizei in ihrem Eifer um die „Erhaltung der gesellschaftlichen Ordnung“ ein klein wenig zu weit gegangen sind! An anderen Orten beschränkten sich die patentierten Erhalter der Ruhe darauf, Waffen unter das Lumpengefindel zu verteilen und schwarze Banden zu bilden, um Juden, Studenten und ähnliche von Natur aus „politisch unzuverlässige“ Elemente in möglichst großer Zahl unschädlich zu machen. Daß die auf so billige Weise zu Waffen gekommenen Schurken alsbald diese Waffen auch zur Verübung privater Personen und staatlicher Institutionen verwandten, lag ja nur in der Natur der Sache. Die Geheimpolizisten von Zsaterinoslaw aber zeigten in dieser Hinsicht eine noch höhere Befähigung, indem sie diese „staatsberhaltende“ Arbeit ohne Hinzuziehung fremder Elemente auf eigene Faust vollführten. Alle Raubüberfälle der letzten Zeit wurden in Zsaterinoslaw von den Agenten der Geheimpolizei selbst veranfaßt! Dadurch wird es sonnenklar, weswegen kein einziger „Anarchist“ eingekerkert wurde, obwohl in letzter Zeit Ueberfälle zu jeder Stunde sowohl bei Tag als auch bei Nacht stattfanden. Aber wenn diese braven Leuten sich nur mit Verübung von Privatpersonen begnügt hätten, so kann man sicher sein, daß die Obrigkeit sie weiter frei gelassen ließe. Sie ließen sich aber von ihrer Tätigkeit zu sehr hinreißen und wandten ihre Aufmerksamkeit, mehr als es in Rußland erlaubt ist, auf staatliche Institute. Die auf diese Weise „exproprierten“ Behörden setzten es in diesem Maße durch, daß gegen die genannten Ehrenmänner eingeschritten wurde. — Und diesen Menschen wird Glück und Gedeihen und Freiheit eines jeden russischen Bürgers überantwortet! —

##### Der „Russ. Kurier“ schreibt:

Der soeben vom Minister Stolopin empfangene, dringend nach Petersburg berufene Gouverneur von Zsaterinoslaw, Staatsrat Klingenberg, mußte zugeben, daß die sogenannten „politischen Patrioten“, die sich des weitgehenden Schutzes der dortigen Gendarmen erfreuen, sehr wohl Pogrome und Plünderungen veranfaßten konnten, wozu er, der Gouverneur, machtlos sei!

##### Die Bauern.

Moskau, 26. September. (W. L. B.) Nach Meldung hiesiger Blätter hat sich der bereits unter dem 21. d. M. aus Bjarka gemeldete Bauernaufstand, der gelegentlich der Prüfung von Reservistenpapieren zum Ausbruch kam, im Kreise Walmysch weiter ausgebreitet und bereits 70 Dörfer ergriffen. Dorthin entsandte Justizbeamte haben unverdichteter Sache zurückkehren müssen, weil die Bauern alle wichtigen Punkte besetzt halten. Von den Amtspersonen des Kreises fehlt jegliche Nachricht, und man fürchtet für ihr Leben.

##### Eine kleine Statistik.

Der „Tschernomorski Dnjewnik“ teilt folgende auf Grund von Zeitungsnachrichten von ihm zusammengestellte Statistik mit, die vom 16. August bis zum 1. September (alten Stils) 1906 reicht, also nur 2 Wochen umfaßt:

Agarunruhen: Geplünderte und angezündete Güter 95. In Feuer aufgegangene Ernten 12. Abgebrannte Meierereien 540. Erschlagene Großgrundbesitzer 4. Geidete Bauern 15. Verwundete Bauern 150. Außerdem ist oft zu lesen, daß während der „Unruhen“ „viele“ getötet und verwundet und „massenhafte“ Verhaftungen vorgenommen sind, ohne ziffernmäßige Bestimmung der Zahl dieser „Fälle“.

Revolutionäre Unruhen: Landwächter 8 getötet, 6 verwundet, Polizeileute 10 bezw. 12. Polizeioffiziere 3 bezw. 4, Gendarmen 2 bezw. 2, ländliche Polizeileute 2 bezw. 2, Polizeikommissare 2 bezw. 2, Gendarmerieoffiziere 2, Soldaten 6 bezw. 12, Offiziere 2 bezw. 3, Untersuchungsrichter verwundet 1, Gerichtsvorsitzender getötet 1.

Außerdem wurden während der „Unruhen“ circa 500 Personen getötet und verwundet.

Verhaftungen: Verhaftete Reichstagsmitglieder 10. Agitatoren 315. Arbeiter 11.

Mit Beschlag belegt: Revolutionäre Buchdruckereien und Laboratorien 6, Bomben 25, Minen 25, Revolver 85, Patronen 4325, Einrichtungen: Revolutionäre 7. Zur Todesstrafe verurteilt 17.

Streiks: Einzelne Arbeitseinstellungen 16, Bewilligungen der Arbeiterforderungen 6, Arbeitsaufnahme unter den früheren Bedingungen 4.

„Brechtigkeit“: Unterdrückte und für eine bestimmte Zeit eingestellte Zeitungen 18.

Plünderungen: Privatpersonen (Summe ungefähr 100 000 Rubel) 70. Geschäftshandlungen und Kontors (Summe 375 000 Rubel) 42, Kirchen (Summe ungefähr 80 000 Rubel) 12, Klöster 2, Eisenbahnstationen 5, Bezirksämter 8, Staatliche Brauereianlagen 36, Steuereinnahmer (Summe ungefähr 400 000 Rubel) 7, Eisenbahnzüge 4, Postämter 16, Verhaftete Plünderer 59, Getötete während der Plünderungen 35, Verwundete während der Plünderungen 22.

##### Sveaborg!

Helsingfors, 25. September. Das Kriegsgericht in Sveaborg hat heute das Urteil über die Meuterei der Marinekompanie in Sveaborg gefällt. Von 174 Angeklagten wurden 4 zum Tode durch Erschießen verurteilt.

# Politische Uebersicht.

Berlin, den 26. September.

## Der Massenstreik auf dem Parteitag. (Privatdepesche des „Vorwärts“.)

Mannheim, 20. Sept., 2.55 nachm.

Die heute beginnende Massenstreikdebatte hatte die mächtigen Tribünen des Riesensaal mit dichtgedrängten Reihen von Zuhörern gefüllt. Mit größter Spannung lauschte man den Ausführungen der beiden Referenten. Die hinreichende agitatorische Wirkung, die Webels Referat zu Jena innebrachte, konnte die diesmahlige Rede nicht ausblenden, galt es doch, durch scharf pointierte Nachweise und zwingende Logik mannigfachen Irrungen und Wirkungen entgegenzutreten, die in der letzten Massenstreikdiskussion hervorgetreten sind. Nachdem Webel die Veröffentlichung des Konferenzprotokolls gerechtfertigt hatte, protestierte er zunächst dagegen, daß man ihm und seinen Vorstandskollegen überhaupt einen Vorstoß gegen die Jenaer Resolution habe zutrauen können. Seine Ausführungen in der Konferenz bedient sich durchaus mit seiner Rede in Jena. Dort wie hier habe er an einen demnächst zu unternehmenden Massenstreik zur Erringung des preussischen Wahlrechts nicht im Traume gedacht. Es wäre ja auch ein Verbrechen gewesen, das Proletariat unter Verfehlung aller für Preußen-Deutschland in Frage kommenden, geradezu einzigartigen Zustände der sicheren Niederlage entgegenzuführen. Ueber Ansichten, wie sie Stammpfer und Maurenbrecher die doch auf dem Standpunkte des historischen Materialismus stehen wollen, unläugbar über Unlust in der Partei und die Notwendigkeit, endlich einmal Taten zu sehen, geäußert, müsse man geradezu den Kopf schütteln. Wo sei Unlust zutage getreten? Wo habe man große Worte gemacht und nichts getan? Seien etwa die gewaltigen organisatorischen und propagandistischen Erfolge nichts? Davids Resolution, durch die Friedfertigkeit des Proletariats gefördert werde, sei ganz überflüssig. Der über alle Zweifel erhabene gute Wille des Proletariats werde vor eventuellen Konflikten nicht schützen. Das Proletariat werde den Massenstreik nicht leichtsinnig machen. Komme aber das Wahlrecht oder das Koalitionsrecht in Gefahr, so erfordere die Ehre der Partei den Kampf bis zum Äußersten.

Genosse Legien begann mit einem scharfen Vorstoß gegen die Lokalfisten, die sich durch ihr letztes Programm als Anarchos selbst aus der Partei ausgeschlossen hätten. Der Parteivorstand habe sich bei der Veröffentlichung des Protokolls von der Redaktion des Zentralorgans und von den Berlinern scheiden lassen. Eine einfache Erklärung des Parteivorstandes, daß im Protokoll nichts Anstöß-erregendes stehe, hätte durchaus zur Beruhigung genügt. Im Grunde genommen sei der Massenstreik nichts anderes als der für Unstun erklärte alte Generalstreik. An eine erfolgreiche Durchführung eines solchen Kampfes sei zurzeit nicht zu denken. Deshalb sei die ganze Debatte überflüssig gewesen. Sie haben den Beginn nur unsere Schwäche verraten. Die Gewerkschaften seien bereit, wie die Kölner Resolution beweise, gemeinsam mit der Partei Angriffe auf die Volkrechte abzuwehren; sie würden dabei alle gebotenen Mittel anwenden. Sie schon jetzt auf bestimmte Kampfmittel festzulegen, sei unklug. Im Grunde seien, das verrate die letzte Massenstreikdebatte, Partei und Gewerkschaften völlig einer Meinung. Deshalb möge man eine Resolution annehmen, die ausspreche, daß der Parteitag die Jenaer Resolution bejaht, die aber der Kölner Resolution nicht widerspreche.

Die Debatte, zu der bereits 40 Redner gemeldet sind, verspricht recht lebhaft zu werden. Das unverkennbar vorhandene Einheitsstreben wird den Austrag gleichwohl vorhandener Meinungsdivergenzen nicht verhindern.

Mannheim, 20. Sept., 8.30 nachm.

Die Fortsetzung der Massenstreikdebatte gestaltete sich heute nachmittags außerst lebhaft. Es handelte sich im wesentlichen darum, ob das von Kautsky gestellte Amendement, das den Gewerkschaften die Pflege sozialdemokratischen Geistes zur Aufgabe macht und betont, daß auch für Parteigenossen, die gewerkschaftliche Kämpfe bekämpfen, Parteitagbeschlüsse maßgebend sein müßten, angenommen werden soll oder die von Parteivorstand und Kontrollkommission empfohlene Fassung der Resolution, die Kautskys Amendement ablehnt. Unter lebhaftester Anteilnahme des Parteitagbesuchers und des Teilnehmenden wechselte die bei aller Sachlichkeit sich häufig zu leidenschaftlichem Pathos erhebenden Kontroversen der zahlreichen Redner. Die Fortsetzung der Massenstreikdebatte dürfte auch die morgige Tagung ausfüllen.

### Das Urteil von Breslau.

Der Handhabhaber von Breslau ist noch immer nicht gefunden — aber 50 Monate 49 Wochen und neun Tage Gefängnis und fünf Mark Geldstrafe sind über 37 Angeklagte im Breslauer Kravallprozeß verhängt worden. Der Handhabhaber, der den unglücklichen Vieswald zum Krüppel machte, wird nicht gefunden, aber der Gerechtigkeit ist Weniges geschehen durch die Bestrafung der Frepler wider die Herrlichkeit der Arbeitswilligen und die Gewalt preussischer Schulleute, die mit blinkendem Schwert und dem Eifer der Gerechtigkeit, die die Vinde vor den Augen trägt, auf Beteiligte und Unbeteiligte ohne Ansehen der Person einschlugen.

Das Urteil, das in später Nachmittags, um 2 1/2 Uhr morgens gefällt wurde, ist folgendes:

Die Angeklagten Schneider und Leuschner (der erstere soll gegen einen Schutzmann ein Messer gezückt, der zweite einem älteren Arbeitswilligen ins Gesicht gespuckt haben) werden zu je sechs Monaten Gefängnis verurteilt. Ein Angeklagter wurde zu fünf Monaten, vier zu je drei Monaten, neun zu je zwei Monaten, drei zu je einem Monat, vier zu je sechs Wochen, sechs zu je drei Wochen, drei zu je zwei Wochen, einer zu einer Woche, drei zu je drei Tagen verurteilt. Die Hebamme Haase erhielt fünf Mark Geldstrafe. Sechs Angeklagte wurden freigesprochen, darunter die Frau Feig und der 18jährige Schlosserlehrling Schimpf, der nach der Anklage den Aufgehängten haben sollte: „Die Kester sind wohl heute alle verrückt!“

Die Begründung des Urteils zeigt, daß das Gericht sich in allen Stücken, mit Ausnahme des Strafmaßes, auf den Standpunkt des Staatsanwalts gestellt hat. Der Vorsitzende, der Landgerichtsdirektor Billing, führte aus:

Das Gericht habe sich auf den Standpunkt des Reichsgerichtes vom Oktober 1905 gestellt, wonach der § 153 der Gewerbeordnung nicht nur seiner Entstehungsgeschichte nach, sondern auch dem Sinne nach anzulegen sei. Demzufolge hat das Gericht angenommen, daß die Ausgesperrten, die sich auf dem Striegauer Platz versammelt hatten, die Absicht gehabt haben, die Arbeitswilligen ebenfalls zur Niederlegung der Arbeit zu veranlassen, um dadurch die Vertriebe lahm zu legen und so ihre eigene Wiedererrichtung zu veranlassen, schließlich auch, um dadurch den streikenden Formern und Gewerkschaften günstigere Lohn- und Arbeitsbedingungen zu ver-

schaffen. Ferner hat das Gericht angenommen, daß eine Verabredung unter den Ausgesperrten festgestellt sei (?), und zwar dadurch, daß am Tage vor dem Kravall Versammlungen und am Tage des Kravalls eine Kontrolle der Ausgesperrten stattgefunden habe. Aus dem Verhalten der Angeklagten geht, so führt die Begründung weiter aus, hervor, daß sie „wie auf Kommando“ (1) gehandelt haben. Von diesen Erwägungen ausgehend, hat das Gericht bei sämtlichen Angeklagten den Tatbestand des Streikvergehens (§ 153 der Gewerbeordnung) für erwiesen angenommen. Dagegen hat das Gericht nicht für festgestellt erachtet, daß bei irgendeinem Angeklagten der Tatbestand des Aufzwecks zutrifft, sondern in allen diesen Fällen nur Anlauf, beziehungsweise Beihilfe zum Auf- lauf (§§ 113 und 116 des Strafgesetzbuches) angenommen. Sieben Strafanträge wegen Beleidigung waren während der Verhandlung von den Antragstellern zurückgezogen worden, so daß deswegen eine Verurteilung nicht mehr erfolgen konnte. Bei den übrigen Angeklagten, die sich seit dem April in Haft befinden, hat das Gericht einen Teil der Untersuchungshaft auf die Strafen angerechnet.

Das Urteil beruht also, soweit es sich auf den § 153 der Gewerbeordnung stützt, auf der für den juristischen Laien (und für zahlreiche Juristen) unfassbaren Anschauung, daß Arbeiter, die ausgesperrt sind, d. h. vom Unternehmer an freiwilliger Arbeit gehindert werden, zum Beschuße der Erlangung günstiger Lohn- und Arbeitsbedingungen handeln, sofern sie die Aussperrung zu beenden suchen. Noch befremdlicher und unfassbarer ist die Deduktion, daß die Verabredung behufs Erlangung günstiger Lohn- und Arbeitsbedingungen, die nach dem angezogenen Paragraphen nötig ist, um den strafbaren Tatbestand zu erfüllen, in der Teilnahme an den von den Ausgesperrten veranstalteten Versammlungen und der von den Organisationen eingerichteten Kontrolle gefunden wird. Eine Interpretation, die bewundernswürdig ist wegen ihres Scharfsinnes, die aber gerade deshalb das Ansehen der Justiz in Deutschland nicht heben dürfte.

Verschiedene Angeklagte sind verhältnismäßig gelinde dabongekommen — nach dem geurteilt, was wir sonst bei ähnlichen Anlässen von der deutschen Justiz gewöhnt sind. Die Breslauer Richter, die nicht gerade wegen ihrer Milde berühmt sind, haben gegen diese Angeklagten nicht die höheren Maße der Strafen anzuwenden vermocht, die ihnen nach dem Gesetzbuche zur Verfügung standen. Der Tatbestand, wie er sich nach der Beweisaufnahme darbot, gab keine Handhabe zu größerer Strenge. Das Gericht hat nicht Aufzweck, nur Anlauf in dem Verhalten der Angeklagten gefunden. Das Urteil ist eine — gewiß ungewollte — Kritik des Verfahrens der Breslauer Schutzmansschaft. Das wird im Ausführlicheren noch nachzuweisen sein.

Am selbigen Tage, da das Urteil gegen die Angeklagten des Kravallprozesses gefällt wurde, stand zu Breslau die Zivilklage des unglücklichen Vieswald gegen die Stadt Breslau auf Schadenersatz für die ihm abgehackte Hand an. Der Termin hat abermals ergebnislos geendet, er wurde auf unbestimmte Zeit vertagt. Der arme Krüppel muß warten, die verletzte Autorität der Polizei, die verlegte Ehre und Rache der Arbeitswilligen aber ist gekühlt.

Und der Handhabhaber wird nicht gefunden!  
Das ist die Gerechtigkeit im Massenstaate!

## Deutsches Reich.

### Kolonialheros und Aufschneider.

Eine aus Lächerliche kreisende Eitelkeit und Selbstgefälligkeit ist zwar in gewissen künstlerischen und wissenschaftlichen Berufen etwas Alltägliches. Kaum irgend jemand dürfte jedoch auf dem Gebiete des Selbstaltus und der Münchhausenianen gleich Hervorragendes leisten als Herr Dr. Karl Peters, der große geniale Kolonialgründer und Entdecker des alten Goldlandes Ägypten. Um seine Verdienste um die Gründung des ostafrikanischen Schutzgebietes in das rechte Licht zu stellen, hat dieser lomische Herr bei C. A. Schwetschke u. Sohn, Berlin, ein neues Buch unter dem Titel „Die Gründung von Deutsch-Ostafrika“ erscheinen lassen, in welchem er sich selbst als großen Kolonialgründer feiert, und allerlei „Wichtiges“ aus seinem Leben mitteilt. Wie sich von selbst versteht, stellt er sich hoch über die gewöhnlichen „Afrikareisenden“ vom Schläge eines Schweinfurt, Wilmann usw. „In meiner Tätigkeit“, sagt er, „hatte der „Afrikareisende“ von Anfang an eine sehr untergeordnete, ja ganz beiläufige Rolle gespielt; nur die Tatsache, daß meine Kolonie in Afrika gegründet werden mußte, hatte mich zum Afrika-reisenden veranlaßt.“ An anderer Stelle vergleicht sich Peters mit „Reichsgütern“ wie Lord Elbe, Warren Hastings, Cecil Rhodes, mit Männern, wie Sir Walter Raleigh, Francis Drake und Fernando Cortez. Er erklärt, daß Cecil Rhodes die Aufgabe in die Hand nahm, die er (Peters) verließ, und er gibt seiner Ueberzeugung Ausdruck, daß ein Verwaltungssystem, welches derartige Kräfte (wie einen Peters) sich nicht assimilieren kann, gar wenig Aussicht hat, es im internationalen Weltkampf mit Völkern wie den Angelsachsen aufzunehmen, welche sie nicht nur zu gebrauchten verstehen, sondern sie geradezu aussuchen.“

Daneben tißt Herr Dr. Karl Peters wunderbare Anekdoten und Erzählungen aus seinem Leben auf, in denen er erfolgreich mit dem alten Baron Münchhausen konkurriert. Als Probe geben wir folgende graufige Spulgeschichte wieder, die Herrn Peters angeblich passiert ist, als er 1882 nach London gerufen wurde, um den Nachlaß seines Onkels, der selbst Hand an sich gelegt hatte, zu ordnen. Als mutiger Mann schloß Herr Peters allein in dem großen Londoner Hause bei der Leiche seines Onkels. Dieser freche Uebermut sollte sich jedoch fürchtbar rächen, denn in der Nacht besam des Onkels Leiche den unangebrachten Einfall, zum Teufel ein wenig zu spulen. Herr Peters berichtet über diesen Vorfall:

„Neben mir ruhte die Leiche auf meinem früheren Bett. Dichter Nebel schnitt und von der Außenwelt ab; im Kamin brante ein helles Feuer. Ein kaltes Souper war auf einem Seitentisch für mich aufgestellt. Ich lächelte bis 10 Uhr Diefte und legte mich dann nieder, nach zwei durchwachten Nächten. Schlaf! Schlaf! Aber die Flamme des Kaminsfeuers spielte entlang den Wänden, bald diese, bald jene Frage hervorzuwerfend. Ich konnte nicht einschlafen. Im Wittern hörte ich über mir Geräusch. Ich nahm ganz deutlich wahr, wie jemand sich auf meinem Bette bewegte, dann sah ich erhob. Ein Schritt, wie auf Fußböden, ging über den Fußboden meines früheren Schlafzimmers. Dann öffnete sich oben die Tür, und jemand kam die Treppe herunter, auf die Tür des Salons zu, in welchem ich lag. Ich erhob mich im Bett und ergriff die Feuerzange neben mir. Mein Haar muß emporgestiegen sein. Dann tappte eine Hand von außen über die Tür zu meinem Zimmer; bis zum Griff; dieser Griff drehte sich und die Tür ging auf. In derselben stand mein Onkel mit einer Kerze in der Hand, im Schlafrock, in welchem ich ihn am Morgen auf seinem Lager gesehen hatte; ich nahm sogar den roten Streifen um sein Genick wahr, der mich am Morgen entsetzt hatte. Ich war aufgerichtet im Bett, voll Grauen; er stand 15—20 Sekunden in der Tür, lächelnd. Dann schloß sich die Tür, ich hörte den Schritt die Treppe zurückzuführen. Die Tür oben

öffnete und schloß sich; der Körper streckte sich wieder auf dem Lager über mir aus, und alles war still. . . .

„Ich selbst glaubte in der Nacht vom Montag zum Dienstag und auch weiterhin sicher, daß ich nicht den Geist, sondern den Körper meines Onkels gesehen habe. Es schien mir am folgenden Morgen, daß die Leiche anders liege, als wie am Tage vorher.“

Auch zum Geschichtenerzählen gehört Verstand und Talent. Gätte Herr Dr. Karl Peters seinen Stoff den ostafrikanischen Gebieten entlehnt und z. B. von wunderbaren Kämpfen mit unzähligen Krokodilen und Löwen oder von überstandenen unerhörten Gefahren berichtet, er hätte unter den Kolonialgläubigen manchen Bewunderer erworben, aber die Londoner Geistesgeschichte ist doch gar zu erborn. —

### Das Recht auf Ausbeutung.

Im Schadenersatzprozeß der Hamburg-Amerika-Linie gegen ihre Schauerleute wegen Einstellung der Arbeit am 1. Mai ist am Dienstag das Endurteil des Hamburger Gewerbegerichts ergangen: Die Arbeiter sind, wie nach dem schon früher gemeldeten Zwischenurteil feststand, verurteilt worden. Jeder der 127 verklagten Schauerleute soll 18 M. und die auf ihn entfallenden Kosten zahlen.

Die Hamburg-Amerika-Linie hatte ursprünglich gegen 142 feste Schauerleute wegen Ruhenlassens der Arbeit am 1. Mai eine Schadenersatzklage in Höhe von 12000 M. anhängig gemacht. (Zuerst wurden ihr im Endurteil 2288 M., nachdem sie ihre Forderung auf 2540 M. ermäßigt hatte.) Durch Zwischenurteil hatte das Gewerbegericht den Anspruch der Amerika-Linie dem Grunde nach für berechtigt erklärt. Soweit die Klage jedoch auf Beurteilung der Schauerleute als Gesamtschuldner gerichtet war, ist sie abgelehnt worden.

In der Begründung dieses Zwischenurteils befanden sich, wie der „Vorwärts“ seinerzeit berichtete, die folgenden charakteristischen Stellen:

„Die Behauptung der Beklagten, es sei ihnen durch jahrelange Übung von der Amerika-Linie freigestellt, jederzeit einen eventuell mehrere Tage ohne weiteres von der Arbeit fortzubleiben, sei so unglücklich, so absurd, daß es nicht einmal für angebracht erschienen sei, die angebotene Beweisaufnahme zuzulassen! Das Gericht sei — ohne Beweisaufnahme! — vom Gegenteil überzeugt. Die Einrede, Beklagte hätten bereits 22 Stunden gearbeitet und hätten deshalb annehmen dürfen, sie sollten abgelehnt werden, sei hinsichtlich. Beklagte hätten gewußt, daß keine ordentlichen Erlöse für sie vorhanden gewesen seien. Der Lohnsatz für Schauerleute erkläre. Die Arbeitszeit solle 36 laufende Stunden einschließlich der Erpausen nicht übersteigen. Diese Arbeitsdauer sei gerichtsnötig im Hamburger Hafen seit vielen Jahren üblich und noch niemals als gegen die guten Sitten verstoßend erachtet worden. — Klägerin habe sich die offenbar auf einen gemeinsamen Beschluß der Beklagten zurückzuführende Arbeitsverweigerung am 1. Mai, die lediglich Demonstrationsszwecke diene, nicht gefallen lassen können. Sie mußte also von ihrem Rechte, die Beklagten zunächst zu entlassen, Gebrauch machen, wenn sie sich nicht der Lächerlichkeit habe preisgeben wollen.“ — „Eine vorläufige Schadenersatzklage möge hier wohl als vorhanden angenommen werden können. Die Arbeitsverweigerung lediglich zu Demonstrationsszwecken sei als eine gegen die guten Sitten verstoßende Handlung anzusehen.“

Das „Prinzip“ der Amerika-Linie, ihre Arbeiter ununterbrochen bis 36 Stunden ausbeuten zu dürfen, hatte aber gefiegt. Das Gewerbegericht hat gegen eine solche rigorose Arbeitsmethode durchaus nichts einzuwenden. Das ist die Quintessenz des Urteils, das die Arbeiter sich tief ins Gedächtnis einprägen werden.

Eine Ausbeutung menschlicher Arbeitskraft bis zu 36 Stunden verflucht nicht gegen die guten Sitten — wohl aber die Einstellung der Arbeit zum Zwecke einer Demonstration für die Verkürzung der Arbeitszeit auf ein menschenwürdiges Maß!

Das ist Bourgeois-Recht in Deutschland! —

### Internem Dernburg-Kurs. Die „Köln. Ztg.“ weicht zu melden:

„Der Vertrag des Auswärtigen Amtes mit der Wörmann-Linie über die Transporte nach Westafrika läuft schon im nächsten Frühjahr ab. Amtlich wurden die Hamburger und Bremer Firmen, die sich für eine neue Westafrika-Linie interessieren, zur Einreichung von Angeboten aufgefordert. Zweifelloß bleibt die Wörmann-Linie an den Transporten beteiligt.“

Was wird Herr Dernburg dazu sagen? Noch weiß man nicht, welchergestalt die Angebote der Hamburger und der Bremer Firmen, die sich für eine neue Westafrika-Linie interessieren, sein werden, und schon heißt es — von bornherein —: „Zweifelloß bleibt die Wörmann-Linie an den Transporten beteiligt!“ Auch wenn sie bedeutend teurer sein sollte als die anderen Firmen? — Komisch! Sehr komisch! Was wird Herr Dernburg dazu sagen? —

Zentrumsvollvertreter. Von der Art und Weise, wie Zentrums-kandidaten für die Parlamente aufgestellt werden, und von der Rolle, die auf diesem Gebiete die katholische Geistlichkeit spielt, weicht die „Köln. Ztg.“ ein ergötzliches Stücklein zu erzählen, und zwar aus dem Wahlkreise Kempen-Geldern, in dem jüngst der Fabrikant des „Booncamp von Raag Bitter“, ein Herr Underberg, zum Landtags-abgeordneten gewählt worden ist:

„Die Auswahl des Kandidaten hat“, heißt es in dem Bericht, „wohl alle Bewohner des Kreises, selbst die Mitglieder des Wahlkomitees überrascht, da diese um ihre Meinung nicht erst befragt worden waren. Der Vorsitzende Pfarrer Jozes hatte sie vor eine fertige Tatsache gestellt. Zuerst hatte er bei dem Postrate Grunsblöh, dann bei den Landwirten Blum und Krefeld angefragt, und als diese beiden ablehnten, war er des Suchens müde und trug die Kandidatur Herrn Underbergs an, von dem eine Abfrage nicht zu erwarten war. Das Wahlkomitee in der Angelegenheit zu befragen, war ja auch ganz unnötig: es hat einfach „Ja“ zu sagen.“

So wird man Vertreter des „katholischen Volkes“.

### Hamburger Liberalismus.

In der „Bürgerchaft“, dem Landtage der Elfrepublik, erschienen bis 1904 nur drei Fraktionen: Rechte, Zentrum und Linke. Die Rechte, auch Senatspartei genannt, setzte sich hauptsächlich aus solchen „Vollvertretern“ zusammen, die von den Notabeln, bestehend aus ehemaligen und jetzigen Mitgliedern der Gerichte und Verwaltungsbehörden, gewählt wurden. Dem Zentrum, nicht zu verwechseln mit dem katholischen Zentrum, und der Linken gehören zum größten Teil Hausagrarier schimmliger Sorte und Mittelhandwerker an. Keine dieser Parteien hatte eine ausgeprägt politische Tendenz. Daneben saßen bis zu dem genannten Jahre die Antisemiten Schatz und Naab, von denen letzterer bei den 1904 erfolgten halbseitigen Neuwahlen zur Bürgerchaft hinausgewählt wurde, und als einziger Repräsentant des Antisemitismus unter den Vorkämpfern. Eine andere Physiognomie erhielt 1904 diese Ultras-Vollvertretung durch die Neuwahl von z w 3 f f Sozialdemokraten, so daß deren dreizehn im Parlament saßen. Die Anzahl der drei-jährigen den zur Hälfte aus Privilegierten, zur Hälfte aus „Allgemeinen“ Wahlen hervorgegangenen Vollvertretern betrug auf die Kerben, daß sie unter Beibehaltung der Notabeln- und Grundeigentümerwahlen ein gründliches Gemisch von Zensur- und Klassenwahlen, verschleierte durch den Proporz, schufen, dessen Schönheiten nur anlässlich des Wahlrechtslandes eingehend geschildert haben. Von den 72 in der Stadt zu wählenden Abgeordneten — acht werden vom Landgebiet gewählt — aus der Gruppe der allgemeinen Wähler entfallen 48 auf die Bürger mit über 2500 M. und 24 auf die Bürger mit 1200 bis 2500 M. Einkommen. Damit die Sozialdemokraten nicht alle 24 Sitze der „Armenede“ erobern, hat man noch die Verhältniswahl hinzugefügt, so daß im günstigsten Falle

Die Sozialdemokratie mit 10 bis 15 Eichen abgepreßt wird. Das nennt man, um mit dem famosen Wahlrechtsausdruck zu reden, eine der Bedeutungen der Arbeiterschaft für das Hamburger Staatswesen entsprechende parlamentarische Vertretung!

Der Hamburger Liberalismus, der in wenigen Exemplaren in jeder der drei Bourgeoisfraktionen vertreten ist, hat nur einen recht schwachen Protest gegen die unerhörte Vergeßlichkeit der ungeschworenen Mehrheit der Bevölkerung erhoben. Die sich als „wirklich liberal“ gerierenden Elemente sind hinsichtlich der Beschaffenheit des Wahlrechts zur Bürgererschaft sehr bescheidene Leute; sie begnügen sich damit, für die Wiederherstellung des dem Begriff „Liberalismus“ geradezu ins Gesicht schlagenden alten Wahlrechts einzutreten, für ein Wahlrecht, das die privilegierten Wähler beibehält und den „allgemeinen“ Wählern mit über 1200 R. Einkommen bei fünfjähriger Steuerleistung 80 Sitze von 160 Konzediert. Aber selbst dieser „Liberalismus“ ist den Wahlrechtsräubern auf der Linken und Rechten sowie im Zentrum zu stark. Die „reinen“ Liberalen scheinen sich in dieser Gesellschaft nicht mehr wohl zu fühlen, sie haben eine liberale Bürgerchaftsfraktion ins Leben gerufen, der bisher dreizehn Abgeordnete beigetreten sind, und zwar vier aus der Fraktion der Rechten, acht aus der Fraktion der Linken und ein Fraktionsloser. In der neuen Fraktion, der ersten bürgerlichen Parteibildung mit politischem Anstrich in Hamburgs Parlament, befinden sich die herborwachsenden Köpfe unter den bürgerlichen Abgeordneten. Die neue Partei, über deren Programm noch nichts verlautet, hofft bei den Anfang 1907 stattfindenden halbjährigsten Neuwahlen gut abzuschneiden. Ein toter Körper läßt sich schwer galvanisieren. Sollte es in Hamburg einen wirklichen Liberalismus geben, dann hätte dieses Scheitern von Wahlführern, geschaffen von „liberalen“ Wahlrechtsräubern, nicht das Recht der Welt erbliden können.

Die neue Partei hat sich am Dienstag konstituiert und sich die Bezeichnung „Vereinigte Liberale“ beigelegt. —

Das Ende des Chemnitzer Bierkrieges. Die Friedensbedingungen zur Beilegung des Bierkrieges, die zwischen den Brauereien einerseits, dem Aktionsausschuß der Konsumenten, den Vertretern der sämtlichen Gast- und Schaenwirtvereinigungen der Stadt- und Amtshauptmannschaft Chemnitz und der Flaschenbierhändler andererseits vereinbart wurden, lauten im wesentlichen wie folgt: Der Preisausgleich für schwere Biere (Lager, Böhmisch und Bayerisch) beträgt eine Mark (50 Proz. der ursprünglichen Preissteigerung), für leichtes Bier 50 Pf. (sollte 1 M. betragen). Derselben Bedingungen gelten für Flaschenbiere, doch muß für jede Flasche 2 Pf. Einlage bezahlt werden. Sämtliche Klagen (wegen Verletzung und Entschädigung von 80000 M.) der vereinigten Brauereien gegen die „Kollisions“- und Verionen des Aktionsausschusses werden zurückgezogen. Sämtliche Brauereiarbeiter, die während und aus Anlaß des Bierkrieges ausgesperrt bzw. entlassen worden sind, werden zu den bisherigen Arbeitsbedingungen und an ihre alten Plätze wieder eingestellt. —

Scharfmacher-Duell. Unser Sonntagsartikel: „Die Jungen in Mannheim“ hat's der hiesigen „Konservativen Korrespondenz“ — und die ehrenwerte „Post“ hat selbstverständlich sofort in ihre Kerbe — angetan. Das edle Schwesterpaar schreibt beziehungsweise schreibt ab:

Im badischen Mutterlande darf sich die Sozialdemokratie schon etwas erlauben. Dort darf sie getrost, ohne gestört zu werden, die Jugendlichen gegen den „Militarismus“, d. h. gegen die Dienstpflicht im Heere aufheben. Ob sich aber das Deutsche Reich diese Unterminierung seiner Grundlagen von Baden aus weiter (1) gefallen lassen darf, ist eine andere Frage. Die Nachgiebigkeit der badischen Postverwaltung gegen die Sozialdemokratie ist ja von Berlin aus bereits ferrorrigiert worden. Mit gleicher Energie sollte auch dem andernweitigen Entgegenkommen der sächsischen Mutterländer Baden und Hessen zu der „Jungen Garde“ ein Ende gemacht werden. —

Mancher lernt's nie — so heißt ein altes Wort. „Konservative Korrespondenz“, „Post“ und ihre Sippen werden es nie begreifen, daß Kulturbewegungen nicht mit Knüttel und Drehschlegel niedergeschlagen werden können.

Vorbereitung von Handelsverträgen. Im Reichsamt des Innern tritt der „Köln. Zig.“ zufolge am 1. Oktober der wirtschaftliche Ausschuss zur Vorbereitung von Handelsverträgen zusammen. Auf der Tagesordnung steht der deutsch-spanische Handelsvertrag. —

„Noch ist Polen nicht verloren!“

Der verantwortliche Redakteur Anton v. Wolski vom „Gornojazaj“ aus Kottowitz war wieder einmal wegen Anfechtung zum Klassenhaß angeklagt. In einem Artikel, der mit den Worten anfangt: „Das Deutschtum drängt sich auf allen Ecken in unsere Orte ein“, wurden die Elternabend zum Gegenstand längerer Ausführungen gemacht. Lehrer mit „ganz deutschen Namen“ halten die Elternabende ab und lassen sich dafür in klingender Münze entschädigen. In dem Artikel wurden die Eltern ferner aufgefordert, nicht deutsche Schauvorstellungen der Elternabende zu besuchen, sondern ihre Kinder polnisch lesen und schreiben zu lehren.

Der Staatsanwalt fand in der ganzen Haltung des Artikels eine „Anfechtung der polnischen Bevölkerung gegen erlassene Bestimmungen der königlichen Regierung“ und beantragte eine Gefängnisstrafe von — sechs Wochen!!! Das Gericht gelangte zu einem freisprechenden Urteile. Die Elternabende seien wohl eine Anordnung der Regierung, doch bestehe keine Pflicht, diese Abende zu besuchen. —

Eine niedliche Enthüllung macht die bauerndändlerische „Neue Bayerische Landeszeitung“ des Anton Remminger in Würzburg. Das Blatt führt zurzeit eine bestige Fehde mit dem ultramontanen „Fränkischen Volksblatt“ resp. mit dessen Verleger und Redakteur, dem Reichs- und Landtagsabgeordneten Gerstenberger. Remminger teilt mit, daß der Verlag des Zentrumsblattes mit den Formularen der Fortabteilung der Kreisregierung, die in der Druckerei des Zentrumsblattes hergestellt wurden, Reklamen und Geschäftsempfehlungen an die Postämter unter dem Adressaufdruck „R. S.“, d. h. portofreie Regierungssache“ versendet. Ferner werden dem Bauerndändlerblatt zufolge aus dem Geschäft Gerstenbergers auch Zirkulare an die Amtsverbände als portofreie Dienstliche verschickt mit der Einladung, im Zentrumsblatt die amtlichen Anzeigen zu veröffentlichen; das liege im Interesse des Staatsanwalts. Remminger fragt schließlich bei der Postverwaltung an, ob Sie von den Empfängern Anzeige davon erhalten habe, daß der Gerstenbergersche Verlag sich hier einer ausgedehnten Posthinterziehung schuldig mache und ob deshalb Strafentwurf gestellt sei. Auf die Antwort kann man gespannt sein. —

Der Militarismus. Aus Mannheim a. Rh. wird der „Voss. Zig.“ vom 26. September gemeldet: Auf dem hiesigen Köln-Platz stand ein Unteroffizier, der einen aus Baden kommenden Reservisten transport begleitete, an einen jungen Mann, der mit Reservistenabzeichen geschmückt war, das Ansehen, auf sein Gesicht aufzufallen. Als der junge Mann, der gar kein Reservist war, der Aufforderung nicht nachkam, schlug ihn der Unteroffizier nieder. Von den Umstehenden, die für den Ueberfallenen Partei ergriffen, wurde nun der Unteroffizier geohrfeigt, nachdem man ihm Seitenstecher und Patronen abgenommen hatte. Als unter der Führung eines Offiziers eine Patrouille erschien, war der Unteroffizier bereits nach Köln weitergefahren. —

## Husland.

### Spanien.

Der Hirtenbriefschreiber von Luy wird — wie vorausgesehen war — im Papste bedacht. Die „Voss. Zig.“ erhält folgende Privatdepesche:

Madrid, 26. September. Die Antwort des Vatikans ist endlich eingetroffen und soll dahin lauten, daß der Bischof von Luy die

richtige Lehre der Kirche in der Frage der Jüdische verteidigt und nur in der Form gefehlt habe. Er habe deshalb die zu weitgehenden Aussprüche zurückzunehmen.

Die liberale Presse meint: Wenn die Regierung sich mit dieser Lösung zufrieden gebe, sei wenig oder nichts von ihr zu erwarten.

Wir meinen, der gute Alfons wird dem heiligen Vater die Hand küssen, dem Bischof von Luy und dem von Nordoba gnädig verzeihen und sich nach einem neuen Kabinett umsehen. —

## Dänemark.

### Die Sozialdemokratie im Landsting.

Wie wir bereits meldeten, sind vergangenes Freitag vier Sozialdemokraten in das dänische Landsting gewählt worden. Das ist ein Gewinn von 3 Mandaten! Stand Dänemark bisher schon mit seinen 24 Sozialdemokraten unter den 114 Mitgliedern des Folketings proportional mit an erster Stelle unter allen Ländern, so können sich unsere dänischen Genossen nun auch mit ihrer Vertretung in dem aus Klassenwahlen beruhenden Oberhaus des Reichstages sehen lassen. Ihre Vertreter im Landsting sind sämtlich Genossen, die sich durch langjährige Tätigkeit in der Partei- und Gewerkschaftsbewegung allgemeines Vertrauen in der Arbeiterschaft erworben haben: Genosse R. A. Andersen, jetzt zum dritten Male wiedergewählt, gehört bereits seit 16 Jahren dem Landsting an. Er ist einer der 7 Vertreter Kopenhagens, des ersten Landstingkreises. Der andere dort gewählte Sozialdemokrat, Chr. Christensen, ist Richtermeister von Vests. Er ist auch Stadtratsmitglied, bekleidet verschiedene Vertrauensstellen in der Partei und hat ebenfalls eine rege Tätigkeit in der Gewerkschaftsbewegung entfaltet. Genosse Chr. Petersen, im Nordstide-Wahlkreis auf Seeland gewählt, ist ein in der Partei- und Gewerkschaftsbewegung seit vielen Jahren eifrig tätiger Mann. Er ist Mitglied des Stadtrates von Kallundborg. Genosse Harald Jensen, im Randers-Wahlkreis auf Jütland gewählt, war von 1890—1892 und ist nun wieder seit 1895 Mitglied des Folketings und dort einer der tüchtigsten Vertreter der Arbeiterschaft. Er wird dieses Mandat niederlegen; sein Folkethingwahlkreis in Aarhus ist ein fester Besitz der Sozialdemokratie. Der einzige Radikale, der in das Landsting einzieht, gewählt in Kopenhagen von den sozialdemokratischen und radikalen Wahlmännern, ist Dr. Eduard Brandes, Bruder des berühmten Literaturhistorikers Georg Brandes und früherer Hauptredakteur von „Politiken“.

Das Landsting besteht nun aus 29 Konservativen, 10 Freikonservativen, 17 Regierungsliberalen, 3 Moderaten, 2 liberalen Wäldern, 1 Radikalen und 4 Sozialdemokraten. Die beiden zuerst genannten Parteien samt den Moderaten haben wieder die gleiche Zahl von Mandaten wie bisher. Aber die Regierungspartei hat 6 verloren. Sie verfügte im alten Landsting mit Hilfe der Freikonservativen und Moderaten über eine Mehrheit von 36 der 66 Abgeordneten, wogegen sie nun — die beiden Wälder mitgerechnet — nur 32 Stimmen zusammenbringt. Die Niederlage der Regierungspartei wird erst recht deutlich, wenn man bedenkt, daß nur 12 von ihren 23 Mandaten zur Wahl standen, sie also gerade die Hälfte davon eingebüßt hat. Die Wahl von 4 Sozialdemokraten bringt für unsere Genossen den wichtigen Vorteil mit sich, daß sie nun als selbständige Gruppe einen Vertreter in die Ausschüsse des Landstings senden können. Bei der bekannten Gründlichkeit und Sachkenntnis, mit der unsere Genossen alle parlamentarischen Vorlagen zu prüfen pflegen, wird übrigens der Einfluß jener vier weit stärker sein, als er ihrer Zahl entspricht. —

## Schweden.

### „Revolutionäre“ Vandalen in Stockholm.

Am Sonntag meldeten wir nach einem Telegramm aus Stockholm von Dynamitfunden und Verhaftungen von „Sozialisten“ und finnischen Flüchtlingen. Wie die Polizeiuutersuchungen jetzt ergeben haben, war eine Vandalenbande von zwei Fäkalen der „Paterprovinz-Privatbank“ und der „Stockholms Diskontobank“ geplant — angeblich zugunsten russischer Revolutionäre. Bomben sollten dabei als Schreckmittel dienen. Man fand in der Wohnung der Verhafteten auch Wäpfe, Revolver und andere Verkleidungsmittel. Die Verhafteten waren mit zwei Revolvern und einer Pistole bewaffnet. —

Die Polizei ist bei den Verhaftungen teils recht brutal vorgegangen. Ein schwedischer Buchbindergehülfe wurde so, wie er in der Werkstatt stand und arbeitete, verhaftet und gefesselt nach der Wache transportiert. Der Verdacht gegen ihn scheint aber sehr wenig begründet gewesen zu sein, denn er wurde gleich darauf wieder freigelassen.

Auch der jetzige Chef der finnischen „Roten Garde“, Lurto, Noth Nachfolger, ist am Sonnabend in Stockholm verhaftet worden. Er hatte sich mit zwei anderen Finnen nach der Wohnung der übrigen, bereits verhafteten Finnen begeben, als die Polizei dort noch Wacht hielt.

Die Schweden unter den Verhafteten gelten als „Jungsozialisten“, und deswegen wurde auch der Führer dieser Gruppe, Oute Vergegren polizeilich vernommen. Er erklärte, daß er nichts mit dem Vandalenplan zu tun und auch keine Kenntnis davon gehabt habe. Wohl wünsche er Revolution, doch sähe er Vandalen von Banken als ein höchst unpassendes und für die jungsozialistische Bewegung schädliches Mittel an.

Stockholms „Social-Demokraten“ sprich sein Bedauern darüber aus, daß einige junge schwedische „Revolutionäre“ sich für die Pläne der Finnen gewinnen ließen, und schreibt weiter:

„Im übrigen kann man daran zweifeln, daß Vandalen wirklich eines der von der revolutionären Partei zur Erreichung ihrer Ziele gutgeheißenen Mittel ist. Wie leicht kann nicht unter revolutionären Dednament irgend ein Gauner Vandalenverbrechen veranlassen und das Geld zu anderen Zwecken verwenden? Doch wir und hierzulande entschieden dafür bedanken, als Objekt für den „revolutionären“ Eifer der Vandalen zu dienen, ist selbstverständlich. Mögen sie sich an die Gelder des russischen Staats halten, wenn sie plündern wollen; mögen sie aber nicht dadurch, daß sie unserer Polizei Mut zu kosten geben, das Dasein der vielen Flüchtlinge gefährden, die — den Klauen des russischen Adlers entziehen — sich hier eine Freistätte gesucht haben.“

### Die Regierung und das Asylrecht.

Es zeigt sich immer deutlicher, daß die schwedische Regierung nur zu sehr geneigt ist, dem russischen Jaren und seinen Kreaturen Wütelndienste zu leisten und den guten Ruf Schwedens als eines Landes, das politisch verfolgten Fremdlingen eine Freistätte gewährt, zu vernichten. Ueber die Stellung der schwedischen Regierung zur Abhaltung des Kongresses der russischen „Radettenpartei“ hat letzter Tage ein Journalist den Minister des Äußeren befragt. Er antwortete zunächst, daß eine Anfrage irgend welcher russischen Partei-gruppe über Abhaltung eines Kongresses nicht eingegangen sei. „Sollte aber“, so sagte er weiter, „etwas derartiges in Frage kommen, so wäre es sicher unter allen Umständen unabweisliche Pflicht der Regierung, darauf zu sehen, daß dabei nichts geplant wird, was Verhätungen gegen die bestehende Ordnung in einem freundschaftlich gesinnten Staate umfaßt.“ Gleichsam zur Entschuldigung führte der Minister an, daß, soweit ihm bekannt sei, eine solche Kontrolle in allen Ländern ausgeübt werde, wo dergleichen Kongresse zugelassen würden. Darin ist der Minister wohl nicht gut unterrichtet. Wenigstens ist nicht bekannt geworden, daß die französische Regierung vor ein paar Jahren der Konvention der russischen Oppositionsparteien in Paris solche Hindernisse bereitet hätte.

Der Minister wurde weiter befragt über seine Stellung zu dem Zirkular vom 27. April 1906, durch das die Behörden angewiesen wurden, von den zuziehenden Russen Anmeldung bei der Polizei zu verlangen. Er antwortete, es sei klar, daß irgend welche Schikanen gegen russische Flüchtlinge nicht beabsichtigt wären, aber nicht minder klar sei es, daß jene Bestimmungen über die Anmeldepflicht unbedingt befolgt werden müßten. Es wird also jetzt, entgegen dem, was sonst Fremden gegenüber üblich war, jeder Russe, der nach Schweden kommt, als eine verdächtige Person angesehen, die polizeilich überwacht werden muß. Nach allem, was in letzter Zeit in der

freisinnigen Presse Schwedens über die Behandlung russischer Flüchtlinge bekannt geworden ist, erscheint die schwedische Polizei immer mehr als eine Filiale der russischen Gendarmerie.

Wie es heißt, soll die Radettenpartei ihren Kongress demnächst in Norwegen abhalten — mit Erlaubnis der norwegischen Regierung. (?) —

## Amerika.

### Trübe Aussichten.

Die Hoffnung, daß die Streitigkeiten auf Kuba in Güte beigelegt würden, scheint sich nun leider doch nicht zu verwirklichen. Gestern (Mittwoch) liefen folgende Depeschen ein:

New York, 26. September. Wie ein Telegramm der New York Tribune aus Washington meldet, hat Präsident Roosevelt angeordnet, daß alle verfügbare Marineinfanterie sofort nach ihrem Eintreffen auf Kuba gelandet werden soll, wozu bereits Befehl an die Kreuzer „Prairie“, „Brooklyn“ und das Schlachtschiff „Texas“ ergangen ist, die ebenso wie ein in New Orleans gedarterter Kaufahrer nach Kuba unterwegs sind, um Truppen dorthin zu bringen. Man nimmt an, daß in kurzer Zeit eine Streitmacht von 12 000 Mann, die teils bereits in Kuba sind, teils Marshorber erhalten haben, unter dem Befehl des Oberst Walker, der seinerzeit die Marinetruppen auf dem Marsche nach Peking befehligte, auf Kuba versammelt sein werden.

Savanna, 26. September. (Meldung des Reuterschen Bureaus.) Präsident Palma hat den Kongress zu einer außerordentlichen Sitzung auf Donnerstag einberufen und will demselben seinen und des Vizepräsidenten Eintritt anheimstellen, nachdem er persönlich Taft und Bacon die unbedingte Verwerfung der Friedensbedingungen seitens der Regierung mitgeteilt hat. Der Vizepräsident hat sich bei einer Unterredung im Namen der gemäßigten Partei über die unbillige Behandlung seitens der Kommission Roosevelts beklagt und erklärt, daß Taft und Bacon sich rückhaltlos auf die Seite der Liberalen gestellt hätten im Gegensatz zu der bestehenden und anerkannten Regierung. Taft erklärt Palmas Vorgehen sei ungerechtfertigt, da er zuerst in Verhandlungen eingetreten sei mit dem freiwilligen Versprechen, sich an die Entscheidung der amerikanischen Abgeordneten zu halten, dann aber gleich den ersten Vorschlag, der gemacht worden ist, abgelehnt habe. Taft hat mit Rücksicht auf die Haltung der Regierung weitere Beratungen mit den Liberalen verschoben. Alle Mitglieder des Kabinetts haben ihre Demission angeboten. —

## Soziales.

### Gegen die gewerbliche Stellenvermittlung.

kämpfen mit viel Energie und Zähigkeit die Arbeiter im Wälder-, Schlächter- und Gastwirtsgerwerbe. Gerade in diesen Berufen ist die Ausbeutung durch die gewerblichen Stellenvermittler am schlimmsten. Mit Mißständen dieser Art im Gastwirtsgerwerbe beschäftigte sich der Ausschuss für Gutachten und Anträge des Gewerbegerichtes vor einiger Zeit und empfahl ein Verbot der Stellenvermittlung gegen Entgelt und Erlaß eines Reichsgesetzes, wodurch die Stellenvermittlung einen öffentlichen rechtlichen Charakter erhalte. Wie Stellenlose durch die Agenten ausgebeutet werden, ist bekannt; die einträglichen Stellen in Hotels sind fast nur durch die Agenten zu erhalten. Es wurde dem Ausschuss eine Statistik vorgelegt, nach welcher von 514 Hotelbedienten 343 Stellen durch Kommissionäre und 171 durch Vereine vermittelt wurden. Von den letzteren hatten 39 Gefährden von 3—15 M. zu bezahlen. Die ersteren hatten Gefährden von 8 bis 72 M. zu entrichten. Die Arbeitgeber, die häufig aus diesen Stellenvermittlungsbureaus noch Extraprofite ziehen oder andere Vorteile davon haben, waren weniger geneigt, dem gänzlichen Verbot zuzustimmen, konnten sich aber doch der Einsicht nicht verschließen, daß eine Veränderung der bestehenden Zustände notwendig ist.

Gestern, Mittwoch, beschäftigte sich der genannte Ausschuss des Gewerbegerichtes mit derselben Materie, es handelte sich um Mißstände im Wälder- und Schlächtergerwerbe. Auf Anregung des Magistratsrats v. Schulz befürworteten die Herren Arbeitgeber, daß die Vertreter der Presse sich zurückziehen möchten. Man weiß zur Genüge, daß die gewerbliche Stellenvermittlung auch bei den Wäldern und Schlächtern oft zu schamloser Ausbeutung führt. Es wurde festgestellt, daß bei den Schlächtern für den Nachweis einer Stelle meist 10 M., in einem Falle sogar 100 M. bezahlt werden mußte. Die Schlächtermeister sind noch eher zu einem Entgegenkommen geneigt als die Wäldermeister, die Schwierigkeiten machen. Im allgemeinen herrschte aber die Ansicht vor, daß mit den bestehenden Mißständen ausgeräumt werden muß. Zu einem bestimmten Beschluß kam man im Ausschuss noch nicht; eine weitere Sitzung, die Mitte Oktober stattfinden soll, wurde für notwendig gehalten. Jedenfalls werden die Arbeiter nicht verkümmern, die Agitation gegen die gewerbliche Stellenvermittlung im Fluß zu erhalten.

### Internationale Arbeiterschulungskonferenz.

Die internationale diplomatische Konferenz für Arbeiterschulung in Bern unterzeichnete in der Schlichtung die Konvention über die Nacharbeit von Frauen in industriellen Betrieben. Die Delegierten von Dänemark, Spanien, Frankreich, Großbritannien, Italien, Luxemburg, den Niederlanden, Portugal, Schweden und der Schweiz reichten einen Antrag ein, wonach die durch die Konvention im Zweifel gelassenen Fragen der Prüfung einer Kommission sollen unterbreitet werden können, in der jeder Staat durch einen Delegierten vertreten wäre. Die Kommission solle eine rein beratende Aufgabe haben und würde in keinem Falle eine Enquete vornehmen oder sich in die Verwaltung der Staaten einmischen können. Sie würde nur über die ihr unterbreiteten Fragen einen Bericht zu erstatten haben, der den vertragsschließenden Staaten mitgeteilt würde. Dieser Antrag wäre in eine Konvention umzuwandeln, sobald alle Signatarmächte der Konvention ihm beigetreten sind. Bezüglich des Verbots des weichen Phosphors in der Jänholzindustrie wurde die Konvention nur von sieben Staaten unterzeichnet, nämlich Deutschland, Dänemark, Frankreich, Spanien, den Niederlanden, Portugal und der Schweiz. Das Protokoll der Konvention bleibt für die Staaten offen, die ihr später beitreten wollen.

### Vom Herrgott verlassen.

Die freien Gewerkschafter in Dortmund ersuchten über die Christlichen bei der Vertreterwahl zur Ortskassenklasse einen schönen Sieg. Disher schon hatten die freien Gewerkschafter die Majorität, von 8 Bezirken gehörten ihnen 5. Nun hielten die Christen zum Sturm aus. Die bekannten Wäpfe der Christen wurden aufgehoben, um den freien Gewerkschaften eine Niederlage zu bereiten. Man schaute sich sogar nicht, in einem Flugblatt die Lüge zu verbreiten, die Sozialdemokraten hätten im Reichstags dagegen gestimmt, daß statt 13 28 Wochen Strafen gelöst werden, obwohl die sozialdemokratische Fraktion ein volles Jahr beantragt hat. Für die Verleumdung ist den Christen denn auch der Lohn geworden. Sie haben, anstatt die Freien zu werfen, noch einen Bezirk verloren, besitzen also nur noch zwei Bezirke. Die jetzige Niederlage muß die Kirche sehr empfindlich treffen. Der Sieg war ihnen von der „Tremonia“, dem bekannten ultramontanen Hehblatt, in sichere Aussicht gestellt; erst sollten sie ihrer religiösen Pflicht genügen, also zur Kirche gehen, und dann sollten sie wählen. Aber es hat alles nichts genügt, weder gehen noch beten.

# Parteitag der sozialdemokratischen Partei Deutschlands zu Mannheim.

(Telegraphischer Bericht.)

Dritter Verhandlungstag.

Mittwoch, den 26. September.

Vormittags-Sitzung.

9 Uhr. Den Vorsitz führt Singer.

Singer: Es ist noch ein Gast eingetroffen. Der Sekretär des Schweizer Textilarbeiterverbandes aus Zürich, Genosse Jenni, ist vom Zentralrat des Verbandes als Delegierter hergeschickt. Ich heiße ihn herzlich willkommen.

Der Parteitag tritt in die Beratung von Punkt IV der Tagesordnung:

## Der politische Massenstreik.

Hierzu liegt die von dem Antragsteller **Vebe** l folgendermaßen abgeänderte Resolution 144, ferner die Anträge 58 bis 71, 136, 143, 145 vor.

Singer: Alle diese Anträge betrachte ich als Amendements zu der Resolution **Vebe** l. Insofern werden die Antragsteller nicht das Wort zur Begründung, sondern nur das Wort in der Diskussion erhalten. Ich schlage vor, für alle Anträge auf einmal die Unterstützungsfrage zu stellen. Die Antragsteller werden dann in der Diskussion über ihre Anträge sprechen können. (Zustimmung.)

Alle Anträge werden genügend unterstützt.

Referent **Vebe** l: Als wir im vorigen Jahre in Jena aus- und angingen, hat wohl niemand geahnt, daß wir in diesem Jahre schon wieder über den politischen Massenstreik sprechen müssen. Wie das gekommen ist, ist Ihnen allen bekannt. Die Art, wie diese Diskussion provoziert wurde, muß allerdings auf das allerentschiedenste verurteilt werden. Sie wissen ja, daß auf Grund einer vertraulichen Besprechung durchaus unverbindlicher Art, die Generalkommission und Parteivorstand im Februar hatten, und über welche die Generalkommission in der kurz darauf folgenden Konferenz der Zentralverbände ein Protokoll aufgenommen wurde, das allerdings — wie ich nachweisen werde — die Verhandlungen vielfach unrichtig wiedergibt. Durch die Indiskretion der sogenannten „Einigkeit“ in Berlin ist es dann zu großen Debatten gekommen. Ich finde, daß das Wort „Einigkeit“ in diesem Falle der brutalste Hohn ist. (Sehr richtig!) Wenn man loyal zu Werke gehen wollte, und wenn die betreffenden Redakteure sich als Parteigenossen betrachteten, war es ihre Pflicht und Schuldigkeit, da aus dem Protokoll klar hervorging, daß der Parteivorstand bei diesen Verhandlungen nicht vertreten war, zunächst einmal bei diesem Antrag, ob das Protokoll in Wahrheit das wiedergibt, was in der vertraulichen Besprechung verhandelt war. (Sehr richtig!) Wenn sie dann mit der Antwort nicht zufrieden waren, mochten sie tun, was sie für gut hielten. Aber auch dann würde ich die Veröffentlichung als Treubruch charakterisieren müssen. (Sehr richtig!) Es trifft vielleicht auch hier einmal das Wort zu von der Kraft, die stets das Böse will und doch das Gute schafft.

Nach einer Richtung hin muß ich meine lebhafteste Verwunderung ausdrücken, nämlich darüber, daß als jene tendenziöse Entstellung des Protokolls veröffentlicht wurde, ein ganzer Teil der Parteipresse ohne weiteres diese Dinge als wahr und richtig unbedenken hinnehmen und sich in der schärfsten Kritik gegen Parteivorstand und speziell gegen meine Person erging. Man nahm unbedenken an, daß das, was da berichtet sei, auf Wahrheit beruhe. Ich stehe nicht an, zu erklären: Wenn das wahr wäre, was damals durch die „Einigkeit“ veröffentlicht ist und was bis zu einem gewissen Grade im Protokoll der Generalkommission seine Bestätigung findet, dann gäbe es keine Verurteilung scharf genug gegen diejenigen, die sich das erlaubt haben, was sie sich nach dem Protokoll erlauben haben sollen. Denn dann wäre unsere Handlungsweise, speziell die meinige, nichts mehr und nichts weniger, als Parteiverrat. Ich kann es mit kaum vorstellen, wie eine Behörde wenige Monate nach einem Parteitage, auf dem eine bestimmte Resolution angenommen worden ist, die die Nichtschar für die Parteipolitik bilden sollte, wenn entgegen einer solchen die Parteileitung sich in Verhandlungen mit einer Körperschaft einläßt, die bezwecken sollen, einen vom Parteivorstand gefassten Beschluß nicht zu machen. Nicht nur, daß derselbe Mann, der jene Resolution vertreten und herbeigeführt hatte, daß dieselbe angenommen worden ist, es sein soll, der das plötzlich zu nichte macht, was er vor der Partei bekundet hat. Man hätte doch erwarten dürfen, daß wenigstens einige der Parteiblätter sich die Frage vorgelegt hätten, ob einem Manne, der nunmehr ein Menschenalter lang für die Partei gekämpft hat, ob einem solchen Manne eine derartige Fehlleistung und Niedertracht zugetraut werden kann. (Lebhafte Zustimmung.) Wenn ich es auch billige, daß ein Mißtrauen beobachtet wird, daß man sich alle Behörden der Partei, die eine leitende Gewalt haben, beobachtet und ich dieses Mißtrauen sogar für einen demokratischen Zug ansehe, so ist doch die Art, wie diesmal das Mißtrauen in der Partei zum Ausdruck gekommen ist, eine so starke Stütze, wie ich es noch nicht kennen gelernt habe. Wir im Parteivorstand waren nun selbstverständlich in einer sehr unangenehmen Lage verlegt. Die Verhandlungen hatten in eine Versammlung der Zentralverbände der Gewerkschaften stattgefunden, man hatte diese Verhandlungen für geheim erklärt, das Protokoll war nur an eine beschränkte Zahl von Personen hinausgegeben und allen zur Pflicht gemacht worden, den Inhalt desselben streng vertraulich zu behandeln, und nun erscheint aus einmal durch die Indiskretion eines angeblichen Parteiblattes ein Teil aus diesen Verhandlungen, der sie oben- drein noch in ein falsches Licht setzen muß. Der Parteivorstand, der der Hauptangeklagte ist, ist gezwungen, auf Grund der Tatsache, daß jene Verhandlungen für geheim erklärt worden sind, zu schweigen. Ich glaube niemals, so lange wir eine sozialdemokratische Partei in Deutschland haben, ist eine Parteileitung in einer so außerordentlich unangenehmen Lage gewesen, wie wir damals im Parteivorstand. (Sehr richtig!) Wir mußten damals alle Angriffe über uns ergehen lassen und mußten uns darauf beschränken, einige Richtigstellungen vorzunehmen, auf den Inhalt selbst aber konnten wir nicht eingehen. Dabei verstand es sich von selbst, daß, nachdem einmal die Indiskretion begangen war, sowohl unter den Parteigenossen, wie unter den Gewerkschaftsmitgliedern das dringende Verlangen bestand, nimmermehr klar zu sehen, und genau zu wissen, was verhandelt worden sei, um ein endgültiges Urteil in der Sache zu haben und danach ihre Stellung einzunehmen zu können. Es war daher selbstverständlich, daß wir uns an die Generalkommission wandten, sie möge, soweit die Verhandlungen über Partei und Gewerkschaft in Frage kämen, das Protokoll frei geben, um auf diese Weise der gesamten Partei und der Öffentlichkeit Einblick in die Verhandlungen zu ermöglichen. Die Generalkommission hat dies abgelehnt und hat sich an den Beschluß der Konferenz gebunden erachtet. Damit konnten wir uns jedoch nicht einverstanden erklären, denn die Kritik in der Presse wurde immer schärfer, die Anzuehmigkeit der Genossen immer größer und in zahlreichen Zuschriften an den Parteivorstand gaben die Genossen ihrem Unwillen entschiedensten Ausdruck und verlangten unter allen Umständen, daß der Parteivorstand dafür einzutreten habe, daß das Protokoll der Öffentlichkeit übergeben werde. Wir stellten darauf an die Generalkommission das Verlangen, sie möge die Anfrage an die Teilnehmer der Konferenz richten, ihnen die Sachlage darlegen und sie erlauben, die Erlaubnis zur Veröffentlichung zu geben. Das Abstimmungsresultat ist so gewesen, daß die große Mehrheit der Vertreter aus jener Gewerkschaftskonferenz diese Veröffentlichung abgelehnt haben. Wir waren dadurch in eine noch schlimmere Lage verlegt als dordem. Wir schritten nun schweren Herzens zu dem Vorgehen, das allen bekannt ist. Sie sind der Meinung gewesen, daß höhere Interessen auf dem Spiele stehen und daß es unmöglich ist, die Sache länger zu vertuschen, weil dann mit jedem Tag der Unwillen und die Anzuehmigkeit in der Partei und den Gewerkschaften immer größer wird. (Lebhafte Zustimmung.) Doch verstehen wir sehr wohl, daß die Generalkommission über den Beschluß

des Parteivorstandes, das Protokoll zu veröffentlichen, auf das äußerste erbittert war. Aber wir müssen doch auch bitten, daß die Mitglieder der Generalkommission sich einmal in unsere Lage versetzen und sich die Frage vorlegen, was sie getan haben würden an der Stelle des Parteivorstandes. Auch die Generalkommission würde in einem solchen Falle zu keiner anderen Handlungsweise gekommen sein wie der Parteivorstand. Wir haben sehr lange über diese Frage diskutiert, wir haben alle möglichen Fälle in Erwägung gezogen, aber die Gründe für die Veröffentlichung waren so stark, daß wir glaubten, es wagen zu müssen, im Widerspruch mit der Generalkommission die Veröffentlichung vorzunehmen. Und ich glaube, die Veröffentlichung hat keinen Schaden gestiftet. (Sehr richtig!) Jedenfalls wäre der Schaden, der ohne die Veröffentlichung eingetreten wäre, ein weit, weit größerer gewesen. Und auch die Generalkommission selbst sagt in einer Erklärung, es sei in der letzteren nichts enthalten, was die Gewerkschaftsvertreter vor den Parteigenossen zu verheimlichen hätten. Ist das der Fall, so muß umso mehr der Schritt, zu dem wir uns in der äußersten Not — von allen Seiten gedrängt — entschlossen, auch auf billige Verständigung von jener Seite stoßen und die Sache als unumgänglich hingenommen werden, weil auf andere Weise eine gründliche Aussprache nicht möglich gewesen wäre. (Lebhafte Zustimmung.) Ich habe bereits erklärt, daß diese Besprechung, die im Februar dieses Jahres zwischen Generalkommission und Parteivorstand stattgefunden hat, eine durchaus unverbindliche war, so unverbindlich, daß wir im Parteivorstand, als wir den Beschluß zu dieser Einigung gefaßt hatten, und nicht einmal unter uns verständigt haben, was wir der Generalkommission in der Zusammenkunft sagen wollten. Wir haben es jedem einzelnen Vorstandsmitglied überlassen, welche Mitteilungen, Anschauungen und Äußerungen er in dieser vertraulichen Besprechung machen wolle. Es war von vornherein nicht beabsichtigt, nach irgend einer Richtung hin bindende Beschlüsse zu fassen. Das finden Sie auch bestätigt in dem Protokoll der Generalkommission auf Seite 6, wo Legien wiederholt erklärt, daß die am Freitag abgehaltene Besprechung über die Stellung der Generalkommission zu der Frage des politischen Massenstreiks eine durchaus unverbindliche gewesen sei — eine Abmachung, die nach keiner Richtung hin, weder nach der einen, noch nach der anderen Seite zu bestimmten Beschlüssen drängen sollte. Wir sind zu diesen Beschlüssen gekommen, als sich gleichzeitig für uns die Notwendigkeit herausstellte, mit der Generalkommission über die oberflächlichen Partei- und Gewerkschaftsverhältnisse Rücksprache zu nehmen.

Das war die erste Veranlassung zu einer Besprechung, und diese Verhandlungen haben einen Tag völlig ausgefüllt. Dann kam die zweite Verhandlung, in der wir in unverbindlicher Weise die Situation besprachen und unsererseits erklärten, daß die Lage nach unserer Auffassung derart sei, daß unter den damaligen Verhältnissen unter keinen Umständen an einen Generalstreik zu denken sei, weil er unrettbar mit einer glänzenden Niederlage der Partei endigen würde. (Hört! hört!) Aus dem Protokoll soll auf Seite 7 und 8, wo das Referat des Genossen **Silberschmidt** steht, der Gedankengang hervorgehen, den ich in meiner Rede entwickelt habe. Nun habe ich die erste Rede in jener vertraulichen Besprechung gehalten, und die Rede hat nach meiner Auffassung sicherlich eine Stunde gedauert, nach der Auffassung der Genossen im Parteivorstand war sie von noch längerer Dauer. Jedenfalls war es eine Rede, die mit dem Inhalt einer Druckseite nicht erschöpfend wiedergegeben werden konnte. (Sehr richtig!)

Also, wenn schon an sich der Rauminhalt in dem **Silberschmidt'schen** Referat zeigt, daß unmöglich der Inhalt meiner Rede auch nur annähernd wiedergegeben sein kann, so kommt hinzu, daß die verschiedenen Gedankengänge derart ineinander und aneinander geschoben worden sind, daß sie notwendigweise zu einem durchaus falschen Wille führen mußten. Ich habe in der Konferenz meine Anschauung, wie überhaupt ein Massenstreik zu inszenieren ist, auseinandergesetzt. Ich habe dabei ausführlich Veranlassung genommen, die ganze deutsche innere Situation, speziell die des Königreichs Preußen, einer Kritik zu unterziehen. Ich habe nachdrücklich darauf hingewiesen, daß darüber kein Zweifel besteht, daß ein Generalstreik in Deutschland beziehungsweise in Preußen etwas anderes bedeuten würde, als in irgend einem anderen Lande der Welt, daß die Gewalten und die Organisation, die uns da gegenüberstehen — auf der einen Seite das preussische Königtum und Junkertum, auf der anderen Seite die stramm organisierten Industriearbeiter —, daß diese jedem Versuch eines Massenstreiks mit derartig brutalen Mitteln entgegenzutreten könnten, daß wenn wir zu jenem Schreiten wollten, wir weit besser organisiert sein müßten, als wir es jetzt und auf lange Zeit hinaus sein können. Es wäre die absolute Unmöglichkeit vorhanden, unter diesen Umständen daran zu denken, einen derartigen Massenstreik in Szene zu setzen, es stünde vielmehr zweifellos zu erwarten, daß der Massenstreik fehlschlagen würde und daß auch das Scharfmachertum sofort die Gelegenheit ergreifen würde, zu Ausnahmemaßregeln zu schreiten. Dabei sei es ganz sicher zu erwarten, daß diese Ausnahmemaßregeln die nötige Berücksichtigung an den maßgebenden Stellen im Reichstag und in anderen Körperschaften finden würden. (Sehr richtig!)

Da haben wir uns gesagt, es wäre im höchsten Maße gewisslos, wenn wir in einer solchen Situation einen derartigen Schritt täten. Wir müssen protektieren gegen die Äußerung einiger Parteigenossen in der Presse, wir hätten den Massenstreik riskieren müssen, selbst in der sicheren Voraussetzung, dabei zu unterliegen. (Sehr richtig!) Freilich gibt es Momente im Leben der Völker, wo es heißt: „coûte que coûte“, wo der Kampf bis zum äußersten aufgenommen werden muß, selbst in der Voraussicht einer sicheren Niederlage. Aber ich bestreite auf das entschiedenste, daß im gegenwärtigen Moment die Situation in Preußen so beschaffen wäre, daß ein derartiger Kampf aufgenommen werden dürfte. Man würde jeden General, der seine Armee in eine Schlacht führt, wo der Untergang des Heeres sicher ist, für wahnsinnig halten, ihn sofort vor ein Kriegsgericht stellen und innerhalb 24 Stunden erschießen. In einer ganz ähnlichen Situation würde sich der Parteivorstand befinden. Eine solche Aktion wäre nichts als eine Kopflosigkeit und müßte mit einer furchtbaren Niederlage enden. Ich glaube, daß gerade diejenigen, die den Vorstand jetzt heftig kritisieren, die ersten sein würden, um gegen uns vorzugehen. (Lebhafte Zustimmung.) Die Haltung, die ein Teil der Parteipresse gegen den Parteivorstand bei dieser Gelegenheit eingenommen hat, muß mich zu diesem Urteil führen.

Es ist nun aber sehr begreiflich, daß die Gewerkschaftsführer, als ich diese Gesichtspunkte entwickelte, hierin nicht nur eine Verstärkung ihres Standpunktes erblickten, sondern mit innerer Genugtuung auch noch weitere Schlüsse zogen, als sei ich überhaupt gegen jeden Massenstreik in der Zukunft und gegen jede Massenstreikpropaganda.

Daß diese psychologische Erklärung richtig ist, geht daraus hervor, daß unmittelbar auf der Konferenz selber derartige Anschauungen zutage traten, so daß ich genötigt war, auf das entschiedenste zu erklären, ich stünde nach wie vor auf demselben Standpunkt wie in Jena und hätte von meiner Jenaer Rede kein Wort zurückzunehmen. Es ist eine falsche Auffassung der Jenaer Resolution, als verlangte sie, daß wir bei nächster Gelegenheit ohne weiteres in einen Massenstreik eintreten sollten. Ich will nachweisen, daß diejenigen, die da sagen, den großen Worten von Jena sei gar keine Tat gefolgt, die Jenaer Verhandlungen, wie ich zu ihrer Ehre annehme, vollständig vergessen haben. Von ihrer Gewissenhaftigkeit hätte ich allerdings erwartet, daß sie, ehe sie ein solches Urteil fällten, das Protokoll von Jena zur Hand genommen und geprüft hätten, was **Vebe** l und die anderen dort gesagt hatten. (Sehr richtig!) Wäre das geschehen, so hätten sie in meiner ganzen Rede nicht einen Satz, nicht ein Wort gefunden, das so ausgelegt werden könnte. Ich habe das Protokoll über die Verhandlung über den Massenstreik in Jena zweimal Wort für Wort durchgelesen und war überrascht, wie torrett der Standpunkt war, den wir dort eingenommen haben. Daß ich selbst schon auf der Konferenz mich gegen mißverständliche Äußerungen von Mitgliedern der Generalkommission gewendet habe, erklärt **Silberschmidt** selbst in einer Bemerkung gegen Geier auf Seite 47 des Protokolls der Verhand-

lungen der Gewerkschaftsvorstände. Dort heißt es: „Allerdings hat **Vebe** l erklärt, daß er das, was er in Jena gesagt, auch heute noch Wort für Wort aufrecht erhält. Das steht allerdings im schärfsten Widerspruch zu der Mitteilung **Silberschmidt's** auf Seite 7 des Protokolls. Ich erkläre mir diesen Widerspruch, wie gesagt, aus dem angeführten psychologischen Momente heraus.“

Schon ein Blick auf die bisherige Massenstreikdebatte zeigt, daß ohne die Zustimmung der Gewerkschaftsführer und Mitglieder an die Ausführbarkeit eines Massenstreiks nicht gedacht werden kann. Die bloße Tatsache, daß die Zahl der politisch organisierten Genossen nur 400 000 beträgt, muß jeden vernünftigen Mann davon überzeugen, daß die Arbeitseinstellung dieser, selbst wenn man einen gewissen Anhang dazu rechnet, wirkungslos sein muß. Es ist geradezu undenkbar, einen Massenstreik durchzuführen, ohne daß in den Massen die Gesamtstimmung dazu vorhanden ist. (Lebhafte Zustimmung.) Massenstreikstimmungen aber lassen sich nicht künstlich machen. (Lebhafte Zustimmung.) Das haben wir gesehen, als Mitte August d. J. die Führer der russischen Sozialdemokratie mit zwei Drittel Mehrheit den Massenstreik beschlossen. Dieser Massenstreik aber scheiterte, weil die große Mehrheit der Arbeiter und Arbeiterorganisationen erklärten, sie machten nicht mit. Das sollte eine sehr bemerkenswerte Lehre für diejenigen sein, die da glauben, in jedem Augenblick sei ein Massenstreik zu machen. (Sehr richtig!)

Dabei darf aber nicht verkannt werden, daß die Situation in Rußland mit der in Deutschland nicht zu vergleichen ist. Rußland ist ein ökonomisch und politisch sehr rückständiges Land. Rußland wird despotisch regiert, die Bevölkerung hat nicht die geringsten politischen Rechte. Was sie sich erobert hat, ist dem Jarat abgerungen, aber noch nicht gesetzlich sanktioniert. Der Kampf in Rußland ist ein revolutionärer Kampf, bei dem es sich darum handelt, die elementarsten Grundbedingungen des staatlichen Lebens erst zu erobern. (Sehr richtig!)

(Fortsetzung in der 1. Beilage.)

## Verfammlungen.

Eine öffentliche Versammlung der Bankangestellten hatte der Zentralverband der Handlungsgehülfen am Montag nach dem Rußerfest einberufen. Als Referent fungierte **Georg Bernhardt**. Er knüpfte an die kürzlich bekannt gewordene Tatsache, daß die Großbanken, nach dem Anfangsbuchstaben ihrer Firmen „B-Banken“ genannt, ein Kartell geschlossen haben, wonach keine der betreffenden Banken einen Angestellten engagieren darf, der bei einer anderen dem Kartell angehörenden Bank in ungeliebter Stellung sich befindet. — Dies Kartell unterzog der Redner einer scharfen Kritik, er fernschmete es als eine Vereinbarung, welche die Freizügigkeit der Angestellten unterbindet, und beleuchtete dann die Verhältnisse der Bankangestellten überhaupt. Dann wendete sich der Redner den Organisationen zu, welche auf die Bankangestellten als Mitglieder rechnen, er zeigte, daß weder die bestehenden Bankbeamtenvereine, noch der deutschnationale Handlungsgehülfenverband in der Lage sind, die Interessen der Bankangestellten in wirksamer Weise zu vertreten, daß dies vielmehr nur durch den Zentralverband der Handlungsgehülfen geschehen kann, der, im Gegensatz zu den anderen Organisationen, von der Erkenntnis ausgeht, daß das wirtschaftliche Verhältnis der Bankangestellten zu den Unternehmern kein anderes ist, als das der industriellen Arbeiter zu ihren Unternehmern, daß es hier wie da also gelte, den Kampfs zwischen Kapital und Arbeit durchzuführen. — Wie gewöhnlich, so gestaltete sich auch in dieser Versammlung die lange Diskussion zu einer Auseinandersetzung zwischen Vertretern des Zentralverbandes auf der einen und Vertretern des deutschnationalen Verbandes auf der anderen Seite, von der zwei leitende Personen in einer ungläubigen feischen und oberflächlichen Weise gegen die Klassenbewußte Handlungsgehülfenbewegung polemisierten. Mit etwas mehr Einsicht und Sachlichkeit wie die beiden antisemitischen Leuchten vertrat der Vorsitzende des deutschen Bankbeamtenvereins die Grundsätze dieser Organisation.

Nach einem Schlusswort des Referenten wurde mit großer Mehrheit eine Resolution angenommen, welche dem Referenten zustimmt, das Kartell der B-Banken als einen unerhörten Eingriff in die Freizügigkeit der Angestellten erklärt und als Mittel zur Abwehr derartiger Eingriffe in die Rechte der Angestellten den Anschluß an den Zentralverband der Handlungsgehülfen, der auf dem Boden der modernen Arbeiterbewegung stehenden Organisation, empfiehlt.

Von einer vom Zentralverband der Fleischer und Berufsgehilfen einberufenen gut besuchten öffentlichen Protestversammlung referierte **Paul Hensel** über das Thema: „Der Innungs-Arbeitsnachweis als internationales Streikbrecher-Vermittlungsbureau“. In seinen Ausführungen geißelte Referent scharf das Verhalten des Innungs-sprechmeisters **Hermann Träbert**, welcher schon seit Jahren Arbeitswillige nach verschiedenen Orten, wo Streiks ausgebrochen waren, geschickt hat. Speziell während des Stettiner Hafenarbeiterstreiks habe man mit allen Mitteln versucht, Arbeitswillige nach dort zu locken. Das einzige Mittel, diesem Treiben ein Halt entgegenzusetzen, sei eine starke Organisation, und deshalb sei es Pflicht aller Fleischergehilfen, dem Verband beizutreten.

Genosse **Janson**, als Vertreter der Hafenarbeiter, schilderte die Entstehung des Kampfes der Stettiner Hafenarbeiter und die Rücksichtslosigkeit des Unternehmertums. Er erlaubte die Anwesenheit, alles Mögliche zu tun, um Arbeitswillige vom Kampfplatze fern zu halten.

Hierauf referierte **Paul Bergmann** über: „Sonntagsruhe, Fleischermeister und Polizeibehörde“. Redner ging mit dem Verhalten der Berliner Fleischermeister, welche ihre Gesellen Sonntags in heimlicher Rästeliebe 6-8 Stunden ausbeuten, scharf ins Gericht. Die Polizei fördere indirekt die Sonntagsarbeit, weil sie sich zu wenig um die Fleischerbetriebe kümmere. Hier könne nur eine starke Organisation Erneuer schaffen. Nach einer kurzen Diskussion wurde eine im Sinne der Referate gehaltene Resolution einstimmig angenommen.

## Letzte Nachrichten und Depeschen.

### Landtags-Wahl.

Hannover, 26. September. (W. Z. W.) Bei der heute hier stattgehabten Landtagswahl für den verstorbenen Abgeordneten **Dr. Sattler** ist Gymnasialdirektor **Dr. Randsdorf** (natl.) mit sämtlichen abgegebenen Stimmen gewählt worden.

### Arbeiterloos.

Wetzlar, 26. September. (W. Z. W.) In der am Bahnhof gelegenen Röhrengießerei erlitten 4 Arbeiter durch feurigflüssiges Eisen lebensgefährliche Verletzungen. Ein Arbeiter ist seinen Wunden bereits erlegen.

### Kurze Freude.

München, 26. September. (W. Z. W.) Der Hilfsarbeiter, der Mechaniker und der Soldat **Auf** — drei Brüder — wurden verhaftet, nachdem sie sich des Diebstahls in der Münze dringend verdächtig gemacht hatten. Insbesondere hatte der Soldat so hohe Ausgaben gemacht, daß der Verdacht der Polizei auf ihn gelenkt wurde. Man fand bei ihm noch den Betrag von 60 000 M.

### Im Kampf für die Freiheit.

Odesa, 26. September. (W. Z. W.) Der durch das Kriegsgericht zum Tode verurteilte Revolutionär **Demidow** aus Malzen wurde heute hingerichtet.

### 10 000 Rubel erbeutet.

Poltawa, 25. September. (W. Z. W.) In der vergangenen Nacht überfiel eine Bande Vandalen das Gutshaus im Dorfe **Kanowka** und raubte den 10 000 Rubel enthaltenden Kesselsack.

### Parteitag der sozialdemokratischen Partei Deutschlands zu Mannheim.

Telegraphischer Bericht.  
(Fortsetzung aus dem Hauptblatte.)

Rebel fortsetzend:

Es ist natürlich, daß die Arbeiter, die diesen Kampf führen, dabei auch soziale Verbesserungen ihrer Lage herbeizuführen suchen. Selbstverständlich nimmt dieser Kampf Formen an, die wir bisher in keiner Revolution gelaufen haben. Die Arbeiterklasse greift natürlich zu der Waffe des Massenstreiks, weil es in Rußland die einzig mögliche Waffe für sie ist. (Sehr richtig!) In jedem revolutionären Kampfe werden immer neue Kampfmethoden angewandt, die der ökonomischen Struktur der Länder entsprechen. Aber auch in Rußland, wo der Massenstreik naturgemäß eine große Rolle spielen muß, weicht er, wenn die Massen in einer gegebenen Situation keine Stimmung dazu empfinden. Das hat die russische Sozialdemokratie erfahren. In Rußland wird der Kampf um eine neue Staatsordnung geführt, bei uns aber sind seit einer Reihe von Jahren die Vorbedingungen, um die man in Rußland noch kämpfen muß, bereits erfüllt. (Sehr richtig!) Deshalb ist die Situation in Deutschland nicht mit der in Rußland zu vergleichen. Sowie wir an der Ordnung der Dinge auch auszuweichen haben, niemand wird doch behaupten, daß wir in unserem Kampfe in allen Fällen zu ähnlichen Methoden zu greifen hätten wie unsere russischen Genossen. (Sehr richtig!) Wir haben im Deutschen Reich das allgemeine Wahlrecht. Dabei will ich einfügen: Wenn Genosse **Maurenbrecher** gegen unsere Taktik auf den Wahlrechtskampf in Oesterreich verweist, so sollte ein Mann, der auf dem Boden der materialistischen Geschichtsauffassung stehen und tiefe historische Studien gemacht haben will, doch wissen, daß die Oesterreicher um ein Wahlrecht kämpften, das bei uns seit fast 40 Jahren verwirklicht ist. Der Kampf um das allgemeine Wahlrecht für die Landtage mit Massenstreiks zu führen, ist den österreichischen Arbeitern nicht eingefallen. Sie sagten sich: Was wollen wir an der Spitze arbeiten, ehe die Grundlage geschaffen ist. Der Vergleich mit Oesterreich trifft also in keiner Weise zu. Billigerweise sollte man erwarten, daß ein Mann, der sich als Politiker ansieht, der Historiker sein will, diese Tatsachen im Kopfe hätte, um solche Vergleiche zu unterlassen. (Sehr richtig!)

Lange vor Rußland sind Massenstreiks von den Arbeitern in Belgien, Holland, Schweden und Italien geführt worden. Diese sind aber in ihrem Wesen und in ihrem Ziel mit dem russischen Massenstreik nicht zu vergleichen. Dort handelt es sich um einen großen revolutionären Kampf um die primitivsten Existenzbedingungen, auf der anderen Seite aber nur um einen Kampf, um ganz bestimmte Ziele und bestimmt abgegrenzte Zwecke. 1893 hatte es sich in Belgien um die Eroberung des allgemeinen Wahlrechts gehandelt. Der Massenstreik hatte unabweisbar Erfolg, insofern als die Klassenwahl abgeschafft und das allgemeine Wahlrecht allerdings mit dem Pluralstimmrecht gegeben wurde. Im Gegensatz zu früher haben die belgischen Genossen jetzt 30 Vertreter in der Kammer. Dagegen ist der zweite Massenstreik in Belgien im Anfang dieses Jahrhunderts gegen das Pluralstimmrecht misslungen. Vielleicht deshalb, weil beim ersten Male die belgische Bourgeoisie überrollt wurde und sich mächtig ins Vordringen jagte, das zweite Mal aber nicht. (Lebhafte Zustimmung.) Ganz ähnlich liegt es mit den Massenstreiks in Holland, Schweden und Italien. In Italien waren die Massenstreiks spontane Ereignisse, die aus dem Rintell des Volkes erklärlich waren. Die Frage liegt bei uns ähnlich wie in diesen Ländern. Es handelt sich bei uns nicht um die Umgestaltung des ganzen politischen Oberbaues der bürgerlichen Gesellschaft. Zudem ist bei uns der Massenstreik für die Eroberung politischer Rechte im wesentlichen auf Norddeutschland beschränkt. Es ist doch selbstverständlich, daß, wenn die Norddeutschen als letztes Mittel zur Eroberung des Wahlrechts zum Massenstreik greifen, die Süddeutschen dabei natürlich nicht mitmachen. Sie können uns höchstens moralisch und materiell unterstützen. Eine Hoffnung etwa auf einen Sympathiestreik der Süddeutschen wäre auf Sand gebaut. Das müssen wir uns sagen, wenn wir die Situation kalt und nüchtern betrachten. Und gerade bei dieser Frage ist eine solche Betrachtungsweise vor allem angebracht.

Ob es in dem Falle eines Generalstreiks zum Blutvergießen kommen könnte, kann ich nicht sagen. Jedenfalls darf man nicht sagen, weil in Rußland die Revolution mit dem Massenstreik eingeleitet hat, müssen wir dasselbe tun. Dieser Gedanke hat ja neulich die Mainzer Genossen unter Führung des Genossen **Dr. David** veranlaßt zu erklären, daß unter keinen Umständen an eine blutige Revolution bei uns gedacht werden könne. Der Massenstreik könne zwar einmal als letzte Waffe dienen, aber immer nur als friedliches Kampfmittel. Nun, Parteigenossen, welche Wirkungen von einer unzufriedenen Masse eventuell ausgehen werden, entzieht sich jeder Berechnung. Wir haben nie erklärt, daß wir eine Revolution machen; wir haben immer betont, daß Revolutionen von oben, von den herrschenden Klassen gemacht werden, die den Wünschen des Volkes nicht nachkommen. Daß aber, wenn das Maß der Unzufriedenheit im Volke den höchsten Grad erreicht hat, es zu explosiven Ausbrüchen kommen kann, ist niemals ausgeschlossen. Diejenigen, die da meinen, Deutschland sei infolge des Volkscharakters der Deutschen für alle Ewigkeit gegen derartige Revolutionen gesichert, die ihren sich ganz gewaltig. (Sehr richtig!) Ich kann nicht das Gegenteil behaupten. Das hängt von den Verhältnissen und den daraus resultierenden Stimmungen ab. Ebenfalls wie man sagen kann, es wird zur Revolution kommen, kann man sagen, es wird auf keine Weise zu gewaltigen Eruptionen in Deutschland kommen. (Sehr richtig!) Für uns kommen nur für die Anwendung des Massenstreiks bestimmte Voraussetzungen in Frage. In der Jenaer Resolution heißt es, daß es im Falle eines Anschlages auf das allgemeine, direkte, gleiche und geheime Wahlrecht oder das Koalitionsrecht Pflicht der gesamten Arbeiterklasse ist, jedes Mittel anzuwenden und als ein solches Mittel bezeichnen wir die Massen-Arbeits Einstellung. Nun sehe ich gewiß nicht an, zu erklären, daß wenn ein Attentat auf das allgemeine Wahlrecht geplant ist, oder wenn den Arbeitern das Koalitionsrecht genommen werden soll, gar nicht mehr die Frage entstehen kann, ob wir wollen, sondern dann müssen wir. (Sehr richtig!) Rechte, die wir besitzen, lassen wir uns nicht nehmen. Dann wären wir erbärmliche, elende Kerle. (Lebhafte Zustimmung.) Das ist der Punkt, wo es kein Heilsen, kein Handeln und kein Reden mehr gibt. Dann haben wir allesamt ins Feuer zu gehen, und wenn wir auf der Strecke bleiben. (Erneute lebhafteste Zustimmung.) Wenn die Gegner das versuchen, dann haben sie auch die Konsequenzen zu tragen. Dann sind wir als Männer und Frauen, die ihre Menschenrechte verteidigen, Rechte, ohne die kein Volk existieren kann, gezwungen, alles anzubieten, um ein solches Attentat zurückzuweisen, koste es, was es wolle. (Sehr richtig!) Ich habe die heftigste Ueberzeugung, daß dann weit über den Rahmen der deutschen Sozialdemokratie, weit über den Rahmen der Gewerkschaften hinaus die gesamte Arbeiterklasse, soweit sie politisch denkt und fühlt, soweit sie überhaupt eine Idee von dem ungeheuren Werte dieser Rechte besitzt, sich einmütig diesem Kampfe anschließen wird. (Sehr richtig!) Ganz anders, wenn es sich um ein Recht handelt, das man erst erobern muß. Wir müssen uns klar machen, daß die Kraft für Eroberung von Rechten, die in den Einzelstaaten wurzeln, durch Gründung des Deutschen Reichs ganz bedeutend geschwächt ist. Ich glaube nicht, daß ein süddeutscher Genosse behaupten sollte, es sei ausschließlich ihnen zu danken, daß sie das allgemeine Wahlrecht

besitzen. Nein, das ist die Folge der historischen Entwicklung, der ganz eigenartig anders gearteten ökonomischen und politischen Verhältnisse in den süddeutschen Staaten, insbesondere der grundverschiedenen Stellung der verschiedenen bürgerlichen Parteien untereinander. In keinem dieser Staaten hat man das allgemeine, gleiche, direkte und geheime Wahlrecht den Sozialdemokraten gegeben, sondern die Mehrheitsparteien glaubten dadurch die Herrschaft erlangen zu können. (Sehr richtig!) Daß die Sozialdemokratie dadurch gezwungen war eine sehr unangenehme Weigabe. Hätten sie das vermeiden können, dann hätten sie es getan. Man hat auch nach anderer Richtung hin ganz merkwürdige Erfolge in der Partei gemacht; man hat die Dinge vollständig auf den Kopf gestellt, als wenn die Agitation Laßalles das allgemeine Reichstagswahlrecht herbeigeführt hätte. Zu einer Zeit, wo Laßalle mit seiner Forderung noch gar nicht aufgetreten war, bestand in den konservativen Kreisen Preußens, besonders in den Kreisen, die sich damals um **Wagener** gruppierten, die Idee, aus Grund der Erfahrungen, die die Konservativen in der Konfliktzeit mit dem Dreiklassenwahlrecht gemacht hatten, das allgemeine Wahlrecht für Preußen zu gewähren, in der Hoffnung, daß es dadurch möglich wäre, die oppositionelle Dreiklassenmajorität zu stürzen. Das ist historische Wahrheit, und von diesem Gedankenangang ist auch **Wismar** beeinflusst gewesen. Es gab für **Wismar** bei Schaffung des Reichstages des Norddeutschen Bundes gar keine andere Möglichkeit, als die Einführung des allgemeinen, gleichen, direkten und geheimen Wahlrechts. So sehr ich bereit bin, meinen Einfluß auf die öffentlichen Dinge nach jeder Richtung hin zur Geltung zu bringen, so möchte ich doch auf der anderen Seite sehr nachdrücklich gegen eine derartige Geschichtsfälschung mich wenden, als wären wir damals schon vor weit wie mächtig gewesen. (Sehr richtig!)

Nun ist zweifellos durch die Einführung des allgemeinen Wahlrechts, durch die soziale Gesetzgebung lange Jahre das Interesse der Arbeiter für den Reichstag in Anspruch genommen worden, während sie für den Landtag kein Interesse hatten. Sagte doch **Lieblich** noch vor acht Jahren: „Ich, was geht uns der preussische Landtag an. Den lassen wir verkaufen.“ Ich selbst habe in Köln eine dennernde Philippika gegen die Beteiligung an den Landtagswahlen gehalten. 66 Jahre haben wir uns nicht um den Landtag gekümmert. Es wäre eine psychologische Ungeheuerlichkeit, wenn wir bei der langen Tradition, die uns am Heine hängt, plötzlich in den Massen große Begeisterung für den Massenstreik gegen das Dreiklassenwahlrecht verlangen wollten. Wenn sich auch die Gegner darüber freuen, so muß ich doch sagen, es ist gegenwärtig noch nicht der Moment gekommen, daß wir in den Massenstreik für das allgemeine Wahlrecht in Preußen einzutreten vermöchten. Nun ist gesagt worden: „Ihr habt doch anders geredet. In Sachsen und Preußen wurde der Massenstreik geplant.“ Derartige Anschauungen soll auch ich nach **Silberstein** auf jener Konferenz geäußert haben. Das ist ein totales Mißverständnis. In Hamburg wurden zum Protest gegen die neue Wahlrechtsvorlage im Mai vorigen Jahres von der Parteileitung eine große Zahl von Vorleser-Versammlungen arrangiert, die aber zur unangenehmsten Ueberraschung der dortigen Parteileitung außerordentlich schwach besucht waren. Es war in der Hamburger Arbeiterkammer gegenüber dem Wahlrechtsattentat des Senats gar keine Stimmung vorhanden. Der Parteivorstand hat dann nach Hamburg geschrieben, wie wären bereit, mit den Hamburger Genossen zu beraten, was in der gegebenen Situation zu tun wäre. Ich habe dabei etwas richtig zu stellen. Es ist in einer Polemik, die wir im Frühjahr hatten, behauptet worden, daß damals diese Anregung von seiten des Parteivorstandes nach Hamburg gerichtet worden sei, ehe noch überhaupt die Hamburger Genossen daran gedacht hätten, sich weiter ins Benehmen zu setzen, was sie nun nach jenem Sonntag tun sollten. Das hat sich als Irrtum herausgestellt. Am 22. Mai hat die Hamburger Parteileitung diese Frage erörtert und beschlossen, die drei sozialdemokratischen Vertreter von Hamburg im Reichstage, **Rehger**, **Diez** und mich, nach Hamburg zu berufen, um in der Sache weitere Schritte zu unternehmen. Mittelsweile war allerdings der Brief des Parteivorstandes unterwegs, traf aber erst Dienstag ein. Es gehörte also zweifellos den Hamburger Genossen der Vorzug der Initiative. Nun ist in jener Zusammenkunft allerdings auch der Massenstreik erörtert worden; aber nicht eine Stimme hat erklärt, sich auf denselben einlassen zu wollen. Wir waren fest überzeugt, daß es geradezu wahnwitzig sei, in diesem Moment an einen Massenstreik zu denken. Es kam hinzu, daß die Vorlage des Senats nicht beabsichtigte, den Arbeitern überhaupt das Wahlrecht zu nehmen, sondern daß sie nur ein anderes System bezweckte, um den, wie sie fürchtete, übermäßigen Einfluß der Sozialdemokratie nach Möglichkeit zu verhindern. Also weder damals noch später war in Hamburg vom Massenstreik die Rede.

Genau dasselbe war in Sachsen der Fall. Dort ist der Parteivorstand wiederholt veranlaßt worden, Konferenzen der sächsischen Parteivertreter über den Wahlrechtskampf beizuwohnen. Ich habe aus verschiedenen Gründen an keiner dieser Konferenzen teilgenommen, kann aber aus Grund von Berichten meiner Vorstandsgenossen erklären, daß allerdings im Gegensatz zu Hamburg eine Minorität der Vertretung innerhalb der sächsischen Sozialdemokratie für die Inszenierung von Massenstreiks war, während die große Mehrheit, und darunter auch die Vertretung des Parteivorstandes, sich energig gegen den Massenstreik unter den damaligen Verhältnissen ausgesprochen hat. Wäre er doch eingetreten, so wäre der Parteivorstand natürlich der letzte gewesen, der öffentlich dagegen aufgetreten wäre. In einem solchen Falle wäre er verpflichtet gewesen, auch gegen seine Ueberzeugung dafür einzutreten. Sowieviel Solidaritätsgefühl müssen Sie Ihrem Parteivorstand zutrauen, sonst täten Sie am besten, ihn lieber heute als morgen zum Teufel zu jagen. (Heiterkeit und Zustimmung.) Es ist aber auch nicht wahr, daß in Preußen die Frage des Massenstreiks irgendwo in nennenswerten Kreisen erörtert worden wäre. Die gesamten 78 Abgeordneten waren damals im Reichstage versammelt. Über von keiner Seite ist dieser Gedanke zur Debatte gebracht worden. Von der Kontrollkommission ist niemand an uns herangetreten, von seiten keiner Organisation in Preußen, nicht einmal ein Brief mit diesem Bunde ist an den Vorstand gekommen. Ich kann weiter erklären, daß alle Schritte, die damals beraten sind, in voller Uebereinstimmung mit den Vertretern der Parteileitung in Berlin vereinbart worden sind. Da ist allerdings auch im Laufe der Diskussion das Wort Massenstreik gefallen, aber ernsthaft ist von keiner Seite dieser Gedanke vertreten worden. Nun bin ich im höchsten Grade erstaunt gewesen, in einigen Vorkühnungen der letzten Wochen die Anschauung zu hören, daß doch in erheblichen Kreisen auch der preussischen Partei der Gedanke des Massenstreiks Wurzel gefaßt habe und daß — das hat man nicht gesagt, aber das lag darin — der elende Parteivorstand mit seiner Feigheit und Superklugheit das hintertrieben habe. So wird in einem Artikel des Genossen **Stamper** in Nr. 49 der „Neuen Zeit“ vom 1. September, „Wahlrechtsbewegung und Massenstreik“ mit aller Entschiedenheit betont, daß in den Massen der Genossen der Gedanke des Massenstreiks tiefe Wurzel geschlagen habe, und daß es nur eines entscheidenden Schrittes von seiten der Zeitung bedürft hätte. Nebenbei möchte ich den Genossen doch raten, zu bedenken, daß wir eine demokratische Partei sind und nicht eine Regierung haben, die mit ihrer alles umfassenden Weisheit zu beschließen hat, während Sie nur als Schachfiguren zu betrachten sind. (Heiterkeit und Zustimmung.) Das erste muß also sein, daß **Witzlich** in den Massen der Genossen Stimmung für den Massenstreik vorhanden ist, und diese Stimmung muß dann ihrerseits den Vorstand vorwärtsstreifen. Von alledem haben wir nicht das geringste gehört. Da wird Bezug genommen auf die Verlesungen am 21. Januar, 18. März und 1. Mai. Es mag ja sein, daß der eine oder der andere Redner in der Hitze des Gefechtes eine Drohung mit

dem Massenstreik ausgesprochen hat; aber daraus kann man doch noch nicht schließen, daß die Masse der Genossen für den Generalstreik ist. Der Parteivorstand darf auf keinen Fall leichtfertig eine Niederlage herbeiführen; mit der einen ist es nicht getan! Das ganze Streben der Gegner geht dann dahin, unsere Kampfesfähigkeit auf alle Zeit zu vernichten. (Lebhafte Zustimmung.) Daß man das nicht fertig bringt, das weiß ich auch. Das haben wir unter dem Sozialistengesetz bewiesen. Aber wir wären Toren und Narren, wenn wir uns zum zweitenmale eine derartige Situation und nunmehr selbst auf den Hals malen. (Sehr richtig!) Die ganzen Darlegungen **Stamper**s mögen der ehrlichen Ueberzeugung des Schreibers entsprungen sein, aber dann fehlt ihm vollständig der Kontakt mit der großen Mehrheit der Parteigenossen. (Lebhafte Zustimmung.) Es wird auch bemängelt, daß wir unsere Petition an das Abgeordnetenhaus und Herrenhaus wie üblich mit „Hochachtungsvoll ergebene“ unterschrieben haben. (Heiterkeit.) Darüber allgemeines Entsetzen. Das war ein Haupt- und Kardinalverbrechen. Nun, wir alle sind ja schon in der Lage gewesen, an höher gestellte Personen, Korporationen usw. schreiben zu müssen und da gebrauchten Sie auch die üblichen Höflichkeit, die mit dem inneren Gefühl sehr wenig zu tun haben. Es ist eine der konventionellen Tugenden, an denen die bürgerliche Gesellschaft so außerordentlich reich ist. Oder meinen Sie etwa, wir hätten in der Tat diese fürchterlichen Gefühle. (Heiterkeit.) Ich habe manchen der Kritiker in Verdaht, daß er sogar in Briefen an einen oder den anderen Parteigenossen am Schluß Höflichkeit gebrauchte hat, die mit seinen inneren Gefühlen gegen denselben sehr wenig zusammen trafen. (Große Heiterkeit und Sehr gut!) Daraus dem Parteivorstand einen Strich drehen zu wollen, ist sicherlich kleinlich. (Sehr wahr!) Was ist denn der Zweck dieser Petition? Wir wollten auf diesem Wege erreichen, daß diese Körperchaften noch einmal ihr Urteil über diese Frage abgeben sollten. Freilich kam da die sogenannte Wahlrechtsreform des Ministers des Innern, und durch deren Beratung wurde dann die Petition einfach für erledigt erklärt, so daß unser Zweck nicht erreicht wurde. Ein weit stärkeres Stück wie der Artikel von **Stamper** ist derjenige des Genossen **Maurenbrecher**. Ich bedauere ganz außerordentlich, daß ich mich mit diesem Genossen auseinandersetzen muß. Der Artikel der „Neuen Gesellschaft“, Heft 34, ist betitelt: „Die nächste Aktion.“ Ich habe ja schon vorher meine höchste Bewunderung über die politische Auffassung **Maurenbrecher**s ausgesprochen. Ich persönlich habe dazu um so mehr Ursache, als ich es gewesen bin, der im Parteivorstand amgerollt hat, daß Genosse **Maurenbrecher** in die neue Parteischule als Lehrer aufgenommen wurde und das ja Geschichte zugewiesen bekam. Ich stehe aber gar nicht an zu erklären, daß, wenn ich diesen Artikel gekannt hätte, ich wahrlich nicht anders gehandelt hätte. Nicht, daß Genosse **Maurenbrecher** zu dem Parteivorstand in Opposition tritt — das wäre ja Wahnsinn, wenn ein derartiges Motiv für uns maßgebend sein sollte! Er kann so scharf schreiben wie er will — aber was er schreibt, muß Hand und Fuß haben. Es müssen Gründe sein und nicht Behauptungen, von denen ich sagen muß, daß wenn ein Quatraner eine derartige historische Auffassung vertritt, ich das begreife, nicht aber von einem 30-jährigen Lehrer der Geschichte. Er schreibt: „Die Kraftlosigkeit und Aktionslosigkeit der Partei kontrastiert zu stark mit den großen Worten, die wir im letzten Winter an manchen Stellen gehört haben. Es ist das Gefühl vorhanden, wir wollen endlich einmal einen Fortschritt sehen.“ Dann kommt er auf die historische Auffassung, die ich vorhin bereits widerlegte, und weiter schreibt er: „Es muß ein Erfolg erlangen werden, sonst gräbt sich die Unlust, das Gefühl der Unfruchtbarkeit, der Sadaße, der falschen Zeitung noch tiefer ein als bisher. Wir müssen das Vertrauen der Masse wieder gewinnen, indem wir ihnen Ziele zeigen, die zu erreichen heute schon möglich sind, und für die es sich lohnt, zu kämpfen.“ Ich fordere Sie hiermit allesamt auf, wenn einer von Ihnen aus seiner eigenen Erfahrung imstande ist zu bestätigen, daß das Bild, das hier **Maurenbrecher** von der Parteistimmung entwirft, richtig ist, dann will ich pater peccavi sagen. Aber das ist nicht wahr; nirgends ist das vorhanden. (Sehr richtig!) Wie in aller Welt kann vor allem ein Historiker sagen: „Wir müssen einen Erfolg haben?“ Wie kann man einer Partei, die in der Minorität ist, die nicht über die Staatsgewalt verfügt — wie kann man der zumuten: Du mußt einen Erfolg haben? Ich freue mich ja über diesen Durst nach Latein, den Genosse **Maurenbrecher** zeigt. Er ist drei Jahre in der Partei — das soll kein Vorwurf für ihn sein — wie aber stehen in der Mehrzahl bereits vier, fünf, ja zehnmal länger in der Partei, und da können Sie wohl glauben, daß wir, die wir mit der Zahl der Jahre auch dem Ende unseres Lebens entgegen gehen, allesamt das dringende Verlangen haben, nicht nur einen Erfolg, sondern hundert Erfolge, ja den ganzen Erfolg zu haben. (Lebhafte Zustimmung.)

Wir arbeiten alle mit Leibeskraften daran, um ihn zu erzielen; aber zu sagen: jetzt müssen wir Erfolge haben, oder wir sind verloren, ist einfach eine kindliche Auffassung von den Entwicklungsmöglichkeiten der Geschichte eines Volkes. (Lebhafte Zustimmung.)

Und wo haben wir denn das Vertrauen der Massen verloren, daß wir es wiedergewinnen müssen, wo denn, wo irgend? Wo? — Zeigt das etwa die gewaltige Zunahme der organisierten Genossen, die steigende Abonnentenzahl der Parteipresse, zeigen das unsere Erfolge bei den Gemeindevahlen usw.? Genau das Gegenteil ist der Fall. (Lebhafteste Zustimmung.)

Genosse **Hilferding**, der unteren preussischen Verhältnissen vollständig fernsteht, hat ein viel richtigeres Urteil über die ganze Situation der Partei in Preußen und über den Massenstreik abgegeben als **Maurenbrecher**. Es denkt niemand von uns daran, die Jenaer Beschlüsse aufzuheben oder irgendwie zu hemmeln. Nicht ein Wort der Jenaer Resolution entspricht der Auffassung, die die Gegner der Taktik des Vorstandes geäußert haben. Ebenso wenig nehme ich ein Wort meiner damaligen Rede zurück. Ich möchte hier nur eine charakteristische Stelle hervorheben. Nachdem ich die verschiedenen Massenstreiks in den verschiedenen Ländern besprochen habe, komme ich auf Deutschland, und da sage ich: Wir Deutschen tun nicht so leicht einen Schritt, den wir uns nicht genau überlegt haben, was uns ja den Vorwurf zugezogen hat, wir wären wie der österreichische Landsturm, der immer hinten nachhinkt. Wir sind der Meinung: Ehe wir uns in so große Kämpfe einlassen, müssen wir erst gründlich organisieren, agitieren, politische und wirtschaftliche Aufklärung schaffen, die Masse selbstbewußt und widerstandsfähig machen, sie begeistern für den Moment, wo wir ihr sagen müssen: Du hast Dein Alles einzusetzen, weil eine Lebensfrage für Dich als Mensch, als Familienvater, als Staatsbürger auf dem Spiele steht.

Wenn ich auch mit großer Begeisterung für den Massenstreik eingetreten bin, so kann man doch aus keinem Worte herausnehmen, daß ich bereits im nächsten Jahre für einen Massenstreik eingetreten sei. Gerade weil es sich für uns nach der ganzen Gestaltung der politischen Verhältnisse in Deutschland um ganz bestimmte Rechte handelt, für die der Massenstreik inszeniert werden muß, und weil wir in eigenem Interesse den Wunsch haben müssen, eine solche Demonstration vollständig in der Hand zu haben, verlangen wir, daß in viel höherem Maße jetzt agitiert und aufgeklärt wird, damit wir im gegebenen Moment unsere disziplinierten Massen, die die unorganisierten fortziehen sollen, in der Hand haben, so daß keine Dummheit gemacht wird. (Sehr richtig!) Ich erkläre Ihnen im Namen des gesamten Parteivorstandes und der Kontrollkommission, die wir darüber beraten haben, wir stehen auf dem Boden, daß zwar der Massenstreik notwendig ist, aber wir lassen uns nicht in einen Massenstreik hineinziehen, einerlei von welcher Seite das geschieht. (Lebhafte Zustimmung.) Wir betrachten den Massenstreik als die letzte Rettung unserer Partei, aber als ein Kampfmittel, das wir mit aller Kraft und Disziplin und Selbstbeherrschung anzuwenden müssen.

um ihn so zu gestalten, wie wir es im Interesse der Partei und des Volkes für notwendig halten. (Sehr richtig!) Das können wir im Augenblick mit unserer Organisation noch gar nicht riskieren. Darüber ist jeder Optimismus falsch. Wir haben nach jeder Richtung hin unsere Tätigkeit entfaltet, so daß gerade die Anregung in Jena bereits in der kurzen Frist von einem Jahre sehr schöne Erfolge gebracht hat. Aber die Agitation muß noch ganz anders geführt werden, und wenn das geschehen ist, wollen wir einmal sehen, was wir weiter tun müssen.

Wie ist in der gegnerischen Presse, zuerst in der „Frankfurter Zeitung“, speziell nachgefragt worden, daß ich hin und her geflüchtete hätte in der Frage des Massenstreiks und daß ich mich in Bremen gegen den Massenstreik erklärt hätte und vier Wochen vorher in Amsterdam. In Amsterdam haben wir für die Massenstreik-Resolution gestimmt. In Bremen habe ich gar nichts über den Massenstreik gesagt.

Es entsteht nun speziell die Frage: Wie stehen unsere Gewerkschafter zum Massenstreik? Sie wissen alle, daß bei den Debatten, die wir voriges Jahr in Jena gehabt haben, vielfach auf die Kölner Resolution Bezug genommen worden ist und die Meinung vertreten wurde, daß jene Resolution mit der Jenaer in einem erheblichen Widerspruch stehe. Ich will mich hier über diese Frage nicht weiter aussprechen. Ich möchte aber doch das eine konstatieren, und zwar tue ich es mit Freuden, daß sowohl Linde als auch die Partei aus den Reden einzelner Redner auf der Konferenz der Gewerkschaftsvorstände in Berlin ausgesprochen worden ist, die Verhandlung im großen und ganzen doch gezeigt hat, daß wir uns trotz alledem bedeutend näher gekommen sind als das noch in Jena der Fall zu sein schien. Darüber kann gar kein Zweifel bestehen. Und es hat mir insbesondere eine große Genugtuung bereitet, in der Rede des Genossen Wömelburg auf jener Konferenz zu lesen, daß Wömelburg die Ansicht ausspricht, wenn es sich einmal darum handeln sollte, daß das für die Arbeiter und speziell die Gewerkschaften unentbehrliche Koalitionsrecht in Frage gestellt werden sollte, dann wieder die Gewerkschaften gar nicht erst die Initiative der Partei abzuwarten haben, sondern sie müßten dann selbst auftreten und mit dem Generalstreik ins Zeug gehen. Das ist eine sehr erfreuliche UeberEinstimmung. Ich habe auch aus einer anderen Bemerkung erfahren, daß selbst ein sehr ausgeprägter Gegner des Massenstreiks in jener Versammlung ausgesprochen hat: „Ich habe an mir gemerkt, daß man nach und nach anfängt, sich an den Gedanken des Massenstreiks zu gewöhnen.“ Das beweist, daß durch die Erörterungen in Köln und Jena und nacheinander in der Presse doch eine ganze Anzahl Genossen zu tieferem Nachdenken veranlaßt worden ist und daß die Ergebnisse des Nachdenkens erheblich abweichen von ihrem früheren Gedankengang. Daß wir die Gewerkschaften für die Idee des Massenstreiks gewinnen müssen, erscheint mir ganz zweifellos. Ebenso, daß der Massenstreik ohne Mitwirkung der Gewerkschaften nicht durchführbar ist. (Sehr richtig!) Auf der anderen Seite allerdings ist in den Gewerkschaftskreisen durch eine Reihe von Äußerungen in Artikeln und Reden und namentlich auch bei den Verhandlungen in diesem Frühjahr der Gedanke zum Ausdruck gekommen, daß man in der Tat in der sozialdemokratischen Partei geneigt wäre, mit dem Massenstreik zu spielen. Wir haben da die Nieder-Barnimer Resolution, die das wunderbare leistet, was in dieser Hinsicht geleistet werden kann. Ja, Parteigenossen! Weiß denn der Nieder-Barnimer Wahlkreis, der mit Mehrheit diese Resolution angenommen hat, nicht, was der Parteitag über die StraßenDemonstrationen beschlossen hat? Weiß er denn nicht, daß, wenn wir in dieser Weise StraßenDemonstrationen inszenieren, das zu einem Blutbad führt, ohne daß wir die Garantie haben, aus dem Blutbad als Sieger hervorzugehen? Es wird nicht bloß von Demonstrationen gesprochen, sondern auch vom Massenstreik. Der Massenstreik wird dabei als Agitationsmittel dargestellt: Heute machen wir einen Massenstreik, morgen machen wir einen Massenstreik, lediglich nur als Agitationsmittel. Derartige Grundzüge muß ich entschieden ablehnen und ich kann den Parteitag nicht genug bitten, die gesamten Resolutionen, die zu diesem Kapitel gestellt sind, abzulehnen und die Resolution anzunehmen, die wir Ihnen vorliegen. Ich bemerke dabei, daß der Übergang Teil dieser Resolutionen ja schon in diesem Augenblick erledigt ist. Denn sie verlangen, man solle das Mittel des Massenstreiks nicht preisgeben. Dazu ist man gekommen durch die Mitteilung, im Parteivorstand sei der Gedanke vorhanden, man wolle die Idee der Jenaer Resolution preisgeben. Es wird weiter verlangt, man solle eine Broschüre über den Massenstreik veröffentlichen. Das ist ja schon in Jena beschlossen worden. Wir haben schon veranlaßt, daß die gesamten Verhandlungen des Parteitages über den Massenstreik gedruckt und veröffentlicht werden. Es wird ferner in einer Resolution verlangt, wir sollten auch die jetzigen Verhandlungen über den Massenstreik veröffentlichen. Ich für meine Person habe nicht das geringste dagegen. Und ist das der Fall, dann glaube ich kaum, daß noch jemand in einer Broschüre etwas Neues über den Massenstreik sagen könnte. Dann wird es sich nur um eine Broschüre für jene Kreise handeln, die bisher der Partei fernstanden und das halte ich auch für wünschlich. Auch in Stuttgart hat man sich mit einer ähnlichen Resolution befaßt wie in Nieder-Barnim. Es wird gefordert, ich stünde im Parteivorstand allein und bedürfe einer Rückenstärkung. Ich kann Ihnen nur sagen: Wie sind im Parteivorstand in der Frage des Massenstreiks ein, so daß ich garnicht notwendig hatte, irgendwie den Dränger und Schieber zu machen, ja daß sogar in einem Punkte ich für meine Kollegen zu konservativ gewesen bin. (Hört, hört!) und daß ferner der Parteivorstand einen von mir vorgeschlagenen Punkt nicht in die Resolution aufgenommen hat, wonach der Parteivorstand, wenn es einmal soweit sei, einen außerordentlichen Parteitag einberufen solle, der feierlicher Beschluß fassen solle. Am übrigen betone ich noch einmal, ist die Parteileitung in der Auffassung einig. Ich habe mich nur noch mit wenigen Worten gegen eine Resolution zu wenden, die die Wählhäuser Genossen gefaßt haben. Die Resolution steht unter Nummer 64 c und bezieht sich darauf, daß Gefahr besteht, daß im großen Parteikampfe der russischen Genossen die preussische Regierung Gelfste bekommen könnte, preussische Truppen nach Rußland einrücken zu lassen, um die Revolution mit Hilfe deutscher Blutes zu erstickern. Auch Genosse M a u r e n b r e c h e r hat denselben Gedanken in einem Artikel geäußert. Auch im Ausland war diese Meinung weit verbreitet. Aus den verschiedensten Kreisen der russischen Genossen sind Anfragen an mich gestellt worden, ob es wahr sei, daß Deutschland intervenieren wolle und wie sich die deutschen Sozialdemokraten dabei verhalten würden. Da habe ich geantwortet: Es ist garnicht daran zu denken, daß Deutschland intervenieren wird. Hat man auch noch eine so schlechte Meinung von der Leitung unserer auswärtigen Politik, so muß man doch sagen, eine solche Intervention ist undenkbar. Der Reichskanzler selbst hat ja auch die erste Gelegenheit wahrzunehmen und erklärt, daß alle diese Gerüchte unwahr seien, daß in Deutschland und in Preußen kein Mensch daran denke, sich Rußlands anzunehmen. Es ist ja nicht zu leugnen, daß das Herz des deutschen Kaisers, der Regierung und der Bourgeoisie auf Seiten des Jaren sind. Selbstverständlich wünscht man, daß es gelingen möge, die russische Revolution niederzuzwingen; aber bis zur Tat, deutsche Truppen in Rußland einmarschieren zu lassen, ist noch ein großer Schritt. (Sehr wahr.) Man exemplifizierte dabei auf das Jahr 1792. Aber damals war ganz Europa der Feind der französischen Revolution. Da konnte man hoffen, die Revolution im Wute zu erstickern. Und doch ist der Versuch mißglückt.

Die Situation von 1792 und 1906 ist eine total verschiedene. Heute gibt es keine europäische Koalition, die gegen Rußland mobil zu machen bereit wäre, heute steht Deutschland infolge seiner ungeschickten auswärtigen Politik ganz isoliert da. Die österreichische Presse aller Parteien hat sofort in der energischsten Weise dagegen protestiert, daß man an ein solches Einschreiten denken könne. Das Einschreiten Deutschlands in Rußland würde einen europäischen Krieg bedeuten. (Sehr wahr!) Da wird man sich in Deutschland verflucht fühlen, eine derartige ungeheure Gefahr herbeizurufen. (Sehr wahr!) Was ist denn das, was die Wählhäuser beantragen haben, anders, als der auf dem Bäringer Kongreß durch

Neuweghais beauftragte allgemeine Streik um den Frieden im Falle des Ausbruchs eines Krieges? Ja, Genossen, die wichtigsten von Ihnen haben einen großen Krieg erlebt. Sie haben gar keine Ahnung von der Situation, die 1870 bei Ausbruch des Krieges bestand. Mittlerweile sind wir freilich viel härter geworden; aber auch die Machtmittel der Gegenseite sind ganz gewaltig gemachsen. (Sehr richtig!) Vor allem ist die militärische Rüstung ganz anders geworden. Wer glaubt denn, daß man in einem Moment, wo eine Aufrüstung, ein allgemeines Fieber die Massen bis in die tiefsten Tiefen aufrüttelt, wo die Gefahr eines ungeheuren Krieges mit seinem entsetzlichen Glend uns vor Augen steht, wer glaubt, daß es in solchem Augenblick möglich ist, einen Massenstreik zu inszenieren? (Sehr richtig!) Das ist eine ungeheuer kindliche Idee. Bei Ausbruch eines solchen Krieges marschieren vom ersten Tage ab in Deutschland 5 000 000 unter den Waffen! Zurückbares Glend, allgemeine Arbeitslosigkeit, Hunger, Zerstörung der Fabriken, Sinken der Wertpapiere — glaubt man, man könne in einem solchen Moment, wo jeder an etwas anderes denkt, einen Massenstreik inszenieren? (Sehr gut!) Würde eine Parteileitung so koplos sein, an einem solchen Tage einen Massenstreik zu inszenieren, so würde sofort mit der Mobilmachung der Kriegszustand über ganz Deutschland verhängt werden, und dann haben nicht mehr die Zivilgerichte, sondern die Militärgerichte zu entscheiden. Ich habe schon läuten hören, und das halte ich für wahrscheinlich, weil man in den entscheidenden Streifen glaubt, die Sozialdemokratie könnte so töricht sein und einen solchen Beschluß fassen, daß man sich an möglicherweise schon lange mit dem Gedanken trägt, dann allen Führern der Sozialdemokratie dasselbe Schicksal zu bereiten, wie 1870 den Mitgliedern unseres Parteiaussschusses. Wenn Sie glauben, daß in einem solchen Falle die Gegner irgend welche Nachsicht üben würden, so irren Sie sich; ich würde das auch für ganz unbegreiflich halten. Es ist eben bei uns anders, als in anderen Ländern. Deutschland ist ein Staatswesen, wie es zum zweiten Male auf der Welt nicht existiert. Man mag das da oben als Kompliment ansehen, es ist aber Wahrheit und diese Wahrheit müssen wir uns vor Augen halten und danach unser Handeln einrichten. (Sehr richtig.) Also ich kann Sie nur dringend bitten, auch die Resolution Wählhäuser abzulehnen. — Nehmen Sie meine Resolution an, dann ist der Weg gegeben, auf dem die Partei weiter siegreich ihr Ziel verfolgen kann. (Stürmischer Beifall!)

Singer teilt mit, daß inzwischen zu der Resolution W e b e l folgender Änderungsantrag 168 eingegangen ist:

„Antrage, der Resolution W e b e l (Nr. 136) im ersten Absatz folgende Fassung zu geben:

„Der Parteitag bestätigt den Jenaer Parteitagsbeschlüß zum politischen Massenstreik, der mit der Resolution des Kölner Gewerkschaftskongresses nicht im Widerspruch steht.“

#### Korreferent Legien:

Es mag richtig sein, daß der Parteivorstand sich, als er das Protokoll veröffentlichte, in einer sehr unangenehmen Lage befand. Aber man darf nicht übersehen, daß er sich selbst diese Lage geschaffen hat. Er hat selbst im gegebenen Moment nicht den richtigen Weg eingeschlagen. Ob die Veröffentlichung von Seiten der Anarchosozialisten oder vom Parteivorstand geschah, ist gleichgültig. Es bleibt eine Indiskretion, ein Weg, der sehr wenig zu empfehlen ist, was vielleicht dem Parteivorstand noch einmal recht unangenehm in Erinnerung kommen dürfte. Ich sage, der Parteivorstand hat selbst zur gegebenen Zeit nicht den richtigen Weg eingeschlagen und sich so in die unangenehme Lage gebracht. Nicht beim Parteivorstand war die Reizung vorhanden zur Veröffentlichung, sondern die Redaktion des „Vorwärts“ hat ihn dazu gedrängt. Erst nachdem die Redaktion sich ein Protokoll von uns erbeten hatte mit dem ausdrücklichen Vermerken, daß der Inhalt veröffentlicht werden sollte und wir die Erlaubnis zur Veröffentlichung verweigerten, hat sich der Parteivorstand mit der Frage der Veröffentlichung beschäftigt. Die ganze Art seines Vorgehens war nicht richtig. Es gewinnt den Eindruck, als wenn der Parteivorstand nur unter dem Einfluß der Berliner Parteigenossen gehandelt habe. (Zustimmung und Widerspruch.) Hat doch besonders F a n n k u c h am Montag in seinem Geschäftsbericht erklärt, der Vorstand wäre sich bewußt, daß die Redaktion des „Vorwärts“ bei ihrer Forderung die Prekommission geschlossen hinter sich hatte. Genossen! Ja, was geht denn die Stellungnahme der Prekommission und ihre Geschlossenheit den Parteivorstand an, wenn es sich darum handelt, in einer so wichtigen Frage eine Entscheidung zu treffen? Wir haben den Eindruck, als wenn der Parteivorstand sich bei seinen Entscheidungen übermäßig von den Berliner Parteimitgliedern beeinflussen läßt. Das darf nicht sein. Der Parteivorstand steht über den Berliner Organisationen; er steht über der Redaktion des „Vorwärts“ und er hat sich von dieser Seite nicht drängen zu lassen. Nachdem die Redaktion erklärt hat, die Generalkommission habe ihr zwar ein Protokoll überwiesen, sie habe es aber nicht abgelehnt, weil ihr nicht das Recht eingeräumt worden war, es zu veröffentlichen, erst da schrie die Parteivorstand an die Generalkommission, es sei der Wunsch nach Veröffentlichung vorhanden. Und es ist eigentümlich, ehe der Brief des Parteivorstandes an uns kam, las ich ihn schon gedruckt im „Vorwärts“. (Hört! hört!) War es tatsächlich richtig, von vornherein durch diese Publikation sich in eine Zwangslage bringen zu lassen, die Veröffentlichung vornehmen zu müssen, gleichviel ob die Generalkommission zustimmte oder nicht? War das der richtige Weg, um eine Verhandlung zu erzielen? Die Indiskretion, die sehr richtig von der Redaktion des „Vorwärts“ als eine Infamie bezeichnet worden ist, ging von Gegnern aus, denn diese lokalistischen Gewerkschaften gehören nicht zur sozialdemokratischen Partei. (Sehr richtig!) Sie stehen zur sozialdemokratischen Partei genau in dem gleichen politischen Gegenlage wie die konservativen oder das Zentrum oder irgend eine andere politische Partei. (Sehr richtig!) Zuruf: Redet doch keinen Unsinn! Ich werde Ihnen das sofort beweisen, Genossen aus Berlin. Diese lokalistischen Organisationen haben auf ihrem ersten Kongreß im Jahre 1887 in Halle eine Resolution angenommen, in der es heißt: „A. daß dieser notwendige und unvermeidliche Massenstreik nur unter engem und bewußtem Anschluß an die Grundsätze und Taktik der sozialdemokratischen Partei Deutschlands mit Aussicht auf Erfolg geführt werden kann.“ Weiter wird in einer besonderen Resolution gesagt: „Eine Trennung der gewerkschaftlichen Bewegung von der bewußten sozialdemokratischen Politik ist unmöglich, ohne den Kampf um die Verbesserung der Lage der Arbeiter auf dem Boden der heutigen Ordnung ausichtslos zu machen und zu lähmen.“ Weiter heißt es, daß die Bemühungen, von welcher Seite sie auch kommen mögen, die den Zusammenhang der gewerkschaftlichen Bewegung mit der Sozialdemokratie zu lockern oder zu durchbrechen bestrebt sind, als arbeiterfeindlich zu betrachten sind. Und was beschloß diese Gruppe auf ihrem letzten Kongreß 1906? „Wenn der wirtschaftliche und politische Kampf mit Erfolg und Nachdruck von den Arbeitern geführt werden soll, dann ist es notwendig, daß er als Klassenkampf im Sinne des revolutionären Sozialismus geführt wird. Dazu gehört die Bildung und der Ausbau solcher Gewerkschaften, die sowohl den auf Verbesserung des Lebensunterhaltes und der Arbeitsbedingungen gerichteten Tageskampf führen, wie auch die auf Beseitigung der Klassenherrschaft gerichteten Vorkämpfer unterstützen, die begründet sind in der sozialistischen Weltanschauung, und ihren Ausdruck finden in der Propaganda für die Idee des Massen- resp. Generalstreiks.“ (Hört! hört!) Also des anarchischen Generalstreiks! 1897 in Halle und die ganzen Jahre hindurch erklärt die Gruppe, sie stehe auf dem Standpunkt der sozialdemokratischen Partei. 1906 erklärt sie, nicht mehr zu ihr zu gehören, sondern daß sie sich möglicherweise in der Klassenkampf im Sinne des „revolutionären Sozialismus“. Unter dieser Bezeichnung segelt bei uns die Gruppe der Anarchisten. Diese Organisation hat mit der Sozialdemokratie nichts mehr zu tun. Wollen Sie noch ein Urteil hören, ob meine Auffassung richtig ist, dann hören Sie einen von denen, die dieser Gruppe nahestehen. Dr. R i c h e l s, der für die „Einigkeit“ geschrieben hat, sagt in dem neuesten Heft des „Archivs für Sozialwissenschaft“, sie (die lokalistische Gruppe) verwerfe die Neutralität

und bekeme sich zum revolutionären Sozialismus. Und zwar sind auf dem letzten Kongreß, der im April 1906 in Berlin stattfand, die Statuten imofern modifiziert worden, als man das Wort Sozialdemokratie hat fallen lassen und, um den anarchischen Elementen in der Arbeiterchaft den Eintritt nicht zu erschweren, dafür das Verbot der einzelnen Mitglieder zum Boden des Klassenkampfes als conditio sine qua non gesetzt hat. Glauben Sie jetzt vielleicht nach diesen Feststellungen noch, daß diese Gruppe zu uns, zur sozialdemokratischen Partei gehört? Sie hat sich selbst außerhalb der Partei gestellt. (Sehr richtig!) Sie steht uns gegenüber wie jeder andere Gegner, ja dadurch, daß sie sich auf dem Boden des Klassenkampfes zu stehen den Anschein gibt, ist sie uns vielleicht gefährlicher als diejenigen, die sich offen als unsere Gegner bekennen. Und wenn nun eine solche Indiskretion begangen wird von Leuten, die mit uns nichts zu tun haben, so ist doch deshalb nicht irgend eine Imhänzung in der Partei berechtigt, die ganzen vertraulichen Verhandlungen preiszugeben. Ich glaube nicht, daß sich der Parteivorstand, wenn die Indiskretion von einer konservativen oder einer Zentrumszeitung begangen wäre, verpflichtet gefühlt hätte, den Teil des Protokolls, den er veröffentlicht hat, zu veröffentlichen. Wohin das führt, sehen wir ja. Der Parteivorstand hält diesen Teil des Protokolls für so wichtig, daß er veröffentlicht werden muß. Die Anarchisten halten einen anderen Teil für wichtig. Sie veröffentlichen die Verhandlungen der Gewerkschaftsvorstände darüber, ob die Organisationen heute fähig sind, in einen Abwehrkampf gegen die Unternehmer einzutreten zu können, also den Teil, der am allerwenigsten den Gegnern bekannt gegeben werden sollte. (Sehr richtig!) Das hätte sich der Vorstand überlegen sollen; er hätte sich sagen sollen, daß es nicht möglich ist, das Protokoll im Gegensatz zu denen zu veröffentlichen, die darüber zu bestimmen haben. Der Parteivorstand wird hoffentlich doch wenigstens vor der Veröffentlichung von dem Inhalt des Protokolls Kenntnis genommen haben. Lange genug war es ja in seinen Händen. Ich will mit dem Parteivorstand nicht darüber rechten, warum er von einem Protokoll, dem er nachher eine solche Wichtigkeit beimißt, nicht früher Kenntnis nimmt. Jedenfalls mußte er davon Kenntnis haben zu der Zeit, wo dieser Teil des Protokolls durch den „Vorwärts“ veröffentlicht wurde. Er mußte wissen, daß es zur Klärung der Stellung der Gewerkschaften zum Massenstreik nicht notwendig war, das Protokoll zu veröffentlichen. Erst durch das Vorgehen des Parteivorstandes ist die Spannung in den Parteikreisen hervorgerufen. Wäre es bei richtiger Ueberlegung nicht vollständig ausreichend gewesen, wenn der Parteivorstand erklärt hätte: Wir können den Parteigenossen nach Kenntnisnahme des Protokolls mitteilen, daß in ihm nichts enthalten ist, was sich gegen die sozialdemokratische Partei richtet. (Sehr gut!) Durch eine solche Erklärung wäre die ganze Frage aus der Welt geschafft. (Zustimmung und Widerspruch.) Über haben Sie nicht das Vertrauen zu unserem Parteivorstand, daß eine solche Erklärung, wenn er sie abgibt, wahr ist? Hat man das Vertrauen, dann muß man sich nicht einer solchen Erklärung zufrieden geben. Der Weg, den der Vorstand hätte einschlagen können, war sehr leicht und einfach. Nach meiner Ueberzeugung fehlt es im Vorstand an dem einheitlichen geschlossenen Willen, und es ist ein übermäßiger Einfluß der Berliner Gruppen und der Redaktion des „Vorwärts“ vorhanden. (Zustimmung und Widerspruch.) Es ist bedauerlich, das konstatieren zu müssen. Wie wäre es denn sonst möglich, daß in dieser strittigen Frage ein Mitglied des Parteivorstandes ganz auf eigene Faust vorgehen konnte. Es ist ja bekannt, daß, bevor der Parteivorstand Stellung nahm, W e b e l sofort mit der Erklärung hervortrat, daß die Sache nicht stimme mit S i l b e r s c h m i d t s Wiedergabe der W e b e l s c h e n Thesen. Bevor man eine solche Behauptung in die Welt setzt, hätte sich doch erst einmal der Gesamt-Parteivorstand über die Sache klar werden müssen. Als die Indiskretion der „Einigkeit“ erschien, hatte die Generalkommission gerade Sitzung. Wir sagten uns, es ist überflüssig, mit dem Parteivorstand zu verhandeln, denn das, was die „Einigkeit“ veröffentlicht hat, widerspricht ja nicht dem Jenaer Beschluß, insbesondere auch nicht den Ausführungen von W e b e l. (Sehr richtig!) Wir dachten uns, der Vorstand wird erklären: Selbstverständlich haben die Verhandlungen stattgefunden. Und das, was da gesagt ist, deckt sich vollständig mit der Auffassung, die in Jena zutage getreten und gegenwärtig in der Partei vorhanden ist. Ganz im Gegensatz zu unserer Auffassung aber kommt mit einmal die Erklärung von W e b e l, daß das im Protokoll wiedergegebene Referat von S i l b e r s c h m i d t voller Mißverständnisse ist und daß namentlich die sechs Thesen, die S i l b e r s c h m i d t dem Sinne nach wiedergegeben hat, stark entstellt seien. Ja, ist denn W e b e l nicht zum Bewußtsein gekommen, als er seine Feilen niederlegte, daß er dadurch unbedingt den Widerspruch der Generalkommission hervorrufen müßte. (W e b e l: Selbstverständlich!) Hier handelt es sich nicht um Meinungsäußerungen von S i l b e r s c h m i d t. Die von ihm niedergeschriebenen Thesen waren nicht Thesen von ihm oder W e b e l, sondern es waren Thesen, die als richtig anerkannt worden sind von den Vertretern, die an der Sitzung vom 16. Februar teilgenommen haben. Die einstündige Rede gab S i l b e r s c h m i d t und nicht W e b e l Veranlassung, die wichtigsten Punkte kurz zu skizzieren. Wir sollten die Vereinbarung der Konferenz der Zentralvorstände vorlegen. S i l b e r s c h m i d t hat infolge dessen die Sache skizziert. Es ist falsch, daß uns von dem Parteivorstand oder von W e b e l irgend eine bestimmte Sache oder Thesen vorgelegt sind. Die Sache ist einfach von S i l b e r s c h m i d t niedergeschrieben. Sie sind nach der Rede von W e b e l verlesen, von W e b e l und anderen kritisiert, sie sind abgeändert worden, wurden wieder verlesen und dann ist gesagt: Schön. Nun wollen wir in den beiderseitigen Körperchaften weiter über diese Sache verhandeln. Wenn es so ist, Genosse W e b e l, wie können Sie da öffentlich erklären, daß die Sache stark entstellt wiedergegeben worden seien? Nein, das sind die Sätze, denen Sie am 16. Februar zugestimmt haben! (W e b e l ruft wiederholt: Das ist nicht wahr!) Dann bitte ich Sie, uns zu beweisen, daß Sie uns etwas vorgelegt haben. Umbrreit als Teilnehmer hatte bei Beginn der Sitzung den Antrag gestellt, einen Protokollführer zu bestellen. Es wurde von F r a n k l a n d oder von W e b e l erklärt: das ist nicht nötig, und uns ist nichts Schriftliches von W e b e l vorgelegt worden. Beweisen Sie doch, daß die Dinge sich anders abgepielt haben! W e b e l hätte es sich sehr überlegen müssen, bevor er die Erklärung abgab, daß die Sache stark entstellt sind. Gewiß, die Wiedergabe eines Referates kann voller Mißverständnisse sein. Darüber streiten wir uns nicht. Wir streiten uns nicht darüber, ob S i l b e r s c h m i d t das wiedergegeben hat, was W e b e l in seiner Rede gesagt hat. Wir hatten die Empfindung, als ob er das tatsächlich wiedergegeben hat. Aber das ist auch nicht das Entscheidende. Entscheidend ist, daß man uns den Vorwurf gemacht hat, daß die Thesen entstellt sind. War sich W e b e l denn nicht bewußt, was er damit den Vertretern der Generalkommission sagte? Entweder ihr selbst S c h a f e l o p f e oder G a u m e r! S c h a f e l o p f e waren wie dann gewesen, wenn wir das nicht verstanden hätten, und G a u m e r, wenn wir zugelassen hätten, daß S i l b e r s c h m i d t etwas anderes, als in der Konferenz vorgekommen, berichtet hätte. Also, so leicht ist die Sache nicht zu nehmen. Der Parteivorstand hätte sich mit der Generalkommission verständigen müssen, bevor er seine Publikationen veröffentlichte. Aber es fehlt eben im Parteivorstand an der Einheitslichkeit. W e b e l hat nicht das Recht, über Verhandlungen, die zwischen zwei Körperchaften gepflogen sind, eine Publikation zu erfassen, (W e b e l: da hört doch alles auf!), ohne sich mit dem Parteivorstand vorher zu verständigen. Die Publikation enthielt nur die Unterschrift von W e b e l. Nachher in den weiteren Publikationen des Parteivorstandes kommt das, was W e b e l gesagt hat, nicht mehr in dieser Weise zum Ausdruck. W e b e l sagt, das Protokoll gibt die Verhandlungen nicht richtig wieder. S i l b e r s c h m i d t soll sich in Widersprüchen ergangen haben. Ich finde keinen Widerspruch, denn in dem einen Falle handelte es sich um theoretische Auseinandersetzungen über den politischen Massenstreik, in dem anderen Falle um Beratungen über die praktische Durchführung. W e b e l behauptet weiter, es sei bei den Beratungen im Parteivorstand nicht auf die Stimmung hingewiesen worden, die sich in Hamburg, Gießen und Braunschweig, besonders in

Verlin gestand machte. In der Rede von Bebel ist das allerdings nicht gesagt, aber zu Anfang der Sitzung meinte Pfandhach: wir halten uns für verpflichtet, mit der Generalkommission eine Beratung zu pflegen. Die Stimmung in Hannover, Sachsen, Preußen und besonders in Berlin, wo gedrängt wird, veranlassen uns dazu. Silbermann hat also durchaus nicht falsch berichtet. Man kann sehr wohl annehmen, daß auf den politischen Massenstreik hingewirkt wurde, so heißt es z. B. in der „Sächsischen Arbeiterzeitung“ vom 4. Dezember 1905:

„Von der Erbitterung, von der Empörung der Arbeiterschaft kann sich nur der einen Begriff machen, der sie erlebt, der sie mitempfindet! Vor den blühenden Mägen der Polizei wurde der Ruf ausgehoben: Jetzt kommt der Massenstreik! Und wer die Stimmung des Proletariats kennt, der weiß, daß dieser Schrei nicht eine leere Drohung ist! Der weiß, daß Massen von Arbeitern heute auf diese Ruf warten! Noch hat es die Regierung in der Hand, das äußerste zu verhüten, noch können die Nationalliberalen durch tätiges Einwirken auf die Regierung die drohende Schädigung, die ihnen die Arbeitseinstellung verursachen würde, verhindern, vermeiden. Rügen die Herrschenden handeln, ehe es zu spät ist. Denn das steht fest, das wirkt seine Macht um: der Wahlrechtskampf des sächsischen Volkes geht weiter, geht weiter in verschärfter Form.“ Wenn man das liest, muß man allerdings zu der Meinung kommen, daß es dort nahe beim Massenstreik war. (Sehr richtig!) Also, der Parteivorstand hat nicht richtig gehandelt, und wenn er sagt, er befand sich in einer unangenehmen Lage, so hätte er dafür sorgen müssen, daß diese Lage nicht geschaffen wurde. Der Parteivorstand wird wohl zu der Überzeugung gekommen sein, daß die Generalkommission eine verhandlungsfähige und auch vertragsfähige Körperschaft ist. Da war die Veröffentlichung des Protokolls doch mindestens — um seinen schiefen Ausdruck zu gebrauchen — eine sehr unfreundliche Handlungsweise, und Sie können es wohl verstehen, wenn ich erkläre, daß unter den Mitgliedern der Generalkommission sehr wenig Reue für weitere Verhandlungen mit dem Parteivorstand besteht. (Hört, hört!) Denn wer weiß, ob wir nicht wieder in dieselbe Situation kommen. Man muß zum mindesten wünschen, daß der Parteivorstand erklärt: Wir sehen ein, daß die Publikation ein Fehler war! Erst dann wird das volle Vertrauen, das die ganze Partei hindurch zwischen Parteivorstand und Generalkommission herrscht, in ganzem Umfang wiederkehren. Der Parteivorstand sollte sich zu dieser Erklärung verstehen, dann dürfte die Differenz bald verschwinden. Nun zu der Frage des politischen Massenstreiks. Wenn je der Beweis dafür geliefert ist, daß es unpraktisch ist, für eine rings von Feinden umgebene, vortwärts strebende Partei die Kampfmittel von vornherein zu bestimmen, die in einem gegebenen Moment angewandt werden sollen, dann ist der Beweis dafür durch das geliefert, das wir seit Jena erlebt haben. Bebel hat dort den politischen Massenstreik empfohlen. Mit Begeisterung ist seine Forderung akzeptiert worden und was haben wir heute? Kahezu die Hälfte der Rede von Bebel war gerichtet auf die Abwehr der gegen ihn und den Parteivorstand erhobenen Angriffe. Das ist die Folge dessen, daß man sich auf ein Kampfmittel festlegt, ohne die Überzeugung zu haben, daß es in aller nächster Zeit sich wird durchführen lassen. Vielleicht sieht Bebel heute ein, daß mein Antrag in Jena auf Streichung dieses Satzes durchaus nicht unbegründet war. Ich erklärte damals, daß dieser Satz ein Zugeständnis an den Anarchosozialismus sei. Wie richtig ich hatte, dürfte Bebel wohl jetzt eingesehen haben. Die Anarchosozialisten haben tatsächlich den Jeneser Beschluß als ein Zugeständnis, als eine Abschlagszahlung angesehen auf den von ihnen propagierten Generalstreik. Als sie sahen, daß sich ihre Hoffnungen nicht erfüllten, richteten sie ihren Angriff nicht etwa gegen die Generalkommission, denn sie hatten die Kommission schon vorher als eine nichtswürdige Institution und die Führer als jämmerliche selbe Kerle bezeichnet, sondern gegen den Parteivorstand, namentlich gegen Bebel. In der Publikation der „Einigkeit“, die von sämtlichen Vertretern der Lokalorganisationen unterzeichnet war, heißt es: „Wenn die Angaben Silbermanns in bezug auf die Ausführungen des Genossen Bebel in einer Sitzung der Generalkommission mit dem Parteivorstand auf Wahrheit beruhen, so bedeutet das einen Gefühnswechsel Bebel's seit dem Jenerer Parteitag, den wir ihm nicht zugestimmt hätten. Entweder ist dann die deutsche Arbeiterschaft auf dem Jenerer Parteitag schon getäuscht worden, oder die Macht der Generalkommission, stehend auf dem Kölner Gewerkschaftskongreß-Beschluß betr. den Massenstreik, ist so groß, daß nachträglich Parteitagbeschlüsse illusorisch gemacht und die deutschen Arbeiter täuscht werden können. Unterzeichnete Organisationsleiter erklären demgegenüber auf das nachdrücklichste, unbeeinträchtigt jener geheimen Abmachungen, die Propaganda des Generalstreiks resp. Massenstreiks, wie dies im Programm der Freien Vereinigung deutscher Gewerkschaften niedergelegt ist, weiter eifrig zu betreiben, und halten es für ihre Pflicht wie bisher so auch ferner, das Proletariat bei jeder Gelegenheit auf die Bedeutung jenes wirtschaftlichen Kampfmittels hinzuweisen! Weiter heißt es an einer anderen Stelle: „Seine Geheimpolitik darf in einer so großen Partei wie die unserer getrieben werden, sondern offen müssen wir kämpfen. So Bebel in Jena am 22. September 1905, und am 10. Februar das diametrale Gegenteil von ein und demselben Bebel. Diese 1: Der Parteivorstand hat nicht die Absicht, den politischen Massenstreik zu propagieren, sondern wird, soweit es ihm möglich ist, einen solchen zu verhindern suchen. Am Schluß heißt es: „Hieraus ist zu ersehen, daß mit dem Vertrauen des organisierten Proletariats schon seit langer Zeit der größte Mißbrauch getrieben worden ist, den wir für unsere Pflicht halten aufzudecken. So wird es auch verständlich, daß seit geraumer Zeit in den sonst radikalsten Parteiblättern ein ganz anderer Wind weht, als kurz nach dem Jeneser Kongreß. Arbeiter Deutschlands! Wenn jemals geflügelte Worte Sinn und Bedeutung haben, dann dürfte es jetzt mehr denn je am Platze sein, sich des Ausspruchs zu erinnern: „Rüht auf eure Trümmen!“ Die Anarchosozialisten waren nicht auf ihre Rechnung gekommen, daher die Angriffe. Was der Parteivorstand getan hat, war nichts anderes, was Bebel zur Begründung seiner Resolution in Jena ausgeführt hat. Deshalb konnten die Anarchosozialisten nicht auf ihre Rechnung kommen. Aber man sieht, daß sie tatsächlich den Jeneser Beschluß als Abschlagszahlung auf den anarchosozialistischen Generalstreik betrachtet haben. Nun kann man allerdings sagen: Diese Leute stehen außerhalb der Partei. Aber auch aus Äußerungen unserer Parteipresse kann man die Auffassung gewinnen, als stände man in kurzer Zeit vor der Durchführung eines politischen Massenstreiks, als sei es besonders notwendig, zu diesem Mittel zu greifen, um das allgemeine Wahlrecht in Preußen zu erringen. Auch diese Behauptungen sahen sich in ihren Hoffnungen getäuscht, weil sie ihre Erwartungen zu hoch gespannt hatten. Wenn man die Jeneser Resolution objektiv und ruhig durchliest, so hat man eigentlich die Empfindung, daß der Satz vom politischen Massenstreik völlig da hinein geklebt ist. Entgegen aller Tradition hat man hier ein Kampfmittel von vornherein festgelegt. Bisher pflegten wir den Gegnern nicht zu verraten, was wir im gegebenen Moment tun würden. Dies Abweichen von der alten Tradition hat eine ganze Reihe von Genossen sehr unangenehm berührt. Dazu kam, daß wir mehr als zwei Jahrzehnte in Deutschland zu der Auffassung erzogen sind, die Auer so formuliert hat: „Generalstreik ist Generalsinn!“ Da sollen wir mit einemmal unsere Meinung ändern? Zwischen dem in Jena vorgeschlagenen Massenstreik und dem Generalstreik, wie er auf internationalen Kongressen, besonders in Frankreich, gepredigt wird, besteht doch ein großer Unterschied. Sollen wir all das, was wir Jahrzehnte lang für richtig gehalten haben, was uns von unseren ersten Führern gepredigt ist, mit einemmal über den Haufen werfen? (Auf: Warum denn nicht?) Nicht jeder kann seine Meinung von einem Tag auf den anderen ändern. Das mag man ändern wem, und nicht. Man hat ja auch zehn Jahre hindurch in der Partei gelehrt, daß Revolutionen im alten Sinne nicht mehr möglich sind. Man hat immer gesagt: Auf dem Boden der Gesetzlichkeit gedeihen wir am besten. Man hat immer und immer wieder gesagt: Wir können keinen gewaltsamen Widerstand leisten. Als wir dann bei den Wahlen von 1903 die meisten Stimmen aufbrachten und die zweitstärkste Fraktion des

Reichstags wurden, da gab die Tatsache, daß wir trotzdem äußerlich einen sehr geringen Einfluß haben, einem Teile unserer Genossen Anlaß zu erklären, so geht es nicht weiter, es müssen andere Saiten aufgezoogen werden. Dazu kamen die Vorgänge der russischen Revolution, und all das erklärt, daß man nach neuen Kampfmitteln suchte. Es ist auf die Erfolge des Massenstreiks in verschiedenen Ländern hingewiesen worden. In Italien hatte der Massenstreik seinen Erfolg, in Holland war er verfehlt. Die Folge davon waren Streikgebote. Und einen Streik, wie wir ihn in Schweden gehabt haben, können wir in Deutschland alle Tage herbeiführen. Die Zustände in Oesterreich vollends sind mit denen in Deutschland gar nicht zu vergleichen. Dort herrscht der Nationalitätenhader, die Regierung selbst will dort das Wahlrecht ändern, und man könnte fast sagen, die österreichische Sozialdemokratie handelt mit dem Willen der Regierung. Man erblickt in Oesterreich in der Arbeiterschaft heute geradezu den Ketter des Staates. Die Arbeiter stehen nicht so im Gegensatz zur Regierung und den herrschenden Klassen wie in Preußen. Trotzdem würde Ihnen, wenn Sie unsere österreichischen Vertreter fragen würden, was eingetreten wäre, wenn es zum politischen Massenstreik gekommen wäre, genau dieselbe Antwort zu teil, wie mir: „Blutvergießen!“ Wenn man damit schon dort rechnet, wo man das Recht auf die Straße besitzt, das wir uns erst erkämpfen müssen, wie will man dann Vergleiche ziehen zwischen den Vorgängen in diesen Ländern und bei uns? Und wenn man nun gar mit Ausland kommt und sagt, daß dort zum erstenmal der politische Massenstreik als revolutionäres Kampfmittel angewandt ist, so stimmt das nicht. Die ersten Kämpfe in Rußland waren genau solche Lohnkämpfe, wie wir sie in Deutschland mit wechselnden Erfolgen führen. Es wurden Forderungen auf Verbesserung der Lage der Arbeiter gestellt. Um diese Forderungen ist gekämpft worden. Später waren es nicht mehr einfache Arbeitseinstellungen zur Erreichung bestimmter Forderungen, sondern revolutionäre Ausbrüche. Da setzte das russische Volk für seine Freiheit alles auf Spiel. Wie kann man da sagen, daß sich das, was sich dort vollzogen hat, in gleicher Weise in Deutschland vollziehen kann. Ich stimme mit Bebel vollkommen überein, derjenige ist recht, der da meint, daß es in Deutschland und Preußen zu einer revolutionären Periode wie in Rußland nicht kommen kann. Ich bin überzeugt, wir kommen in eine solche Periode hinein. Es wird die Stunde schlagen, wo wir alles einlegen müssen, um die alten Rechte zu erhalten oder neue Rechte zu erwerben. Aber man soll nicht sagen: wenn die Stunde kommt, dann muß das und das geschehen; kommt die Stunde, dann ist die Entscheidung schnell getroffen, dann werden die Massen, wenn konservative Leute an der Spitze stehen, einfach über die Köpfe der Führer hinweg entscheiden. Dann gibt es kein Beschießen über den politischen Massenstreik mehr, dann ist der politische Massenstreik da. Glauben Sie, daß dann unsere politisch und gewerkschaftlich gesuchten Arbeitermassen in der Fabrik stehen bleiben werden? (Lebhafte Zustimmung.) Es ist eben in Deutschland über diesen politischen Massenstreik schließlich auch eine ganz andere Auffassung vorhanden, wie das Genossenschaftsmitglied in seinem Referate auch wieder zum Ausdruck gebracht hat, nämlich die, daß der politische Massenstreik zur Erreichung bestimmter politischer Ziele in Szene gesetzt werden kann, ohne daß er den Charakter eines revolutionären Ausbruchs erhält. Das ist so die allgemein herrschende Auffassung, die allerdings in neuerer Zeit sich zu wenden scheint. Neuerdings finden wir, daß die Stimmen sich mehren, die den politischen Massenstreik gewissermaßen als Anfang der Revolution betrachten. Bebel sagte freilich heute, ob diese Auffassung richtig sei oder nicht, wolle er dahingestellt sein lassen, es sei jedenfalls ungeschickt, solche Auffassungen auszusprechen. Für noch viel ungeschickter halte ich es aber, wenn man dem Gegner sagt, welches Kampfmittel man zu gegebener Zeit anwenden will. Wenn man es für ungeschickt hält, eine solche Meinung auszusprechen, dann soll man diese Frage nicht erst zur Diskussion stellen, denn Unmündigkeit herrscht doch über die Frage, ob der Massenstreik anwendbar ist oder nicht, keinesfalls. Wenn man nun von dem, wie gesagt, heute herrschenden Standpunkt, daß der Massenstreik durchzuführen ist, ohne blutigen Kampf, ihn betrachtet, so kann man von zwei Voraussetzungen ausgehen: entweder man sucht durch den politischen Massenstreik das ganze Getriebe des Staates lahmzulegen und dadurch die herrschenden Klassen zu zwingen, den Anforderungen des Proletariats nachzugeben, oder man betrachtet einen solchen politischen Massenstreik als Demonstration nach außen, um zu zeigen, welche Massen heute für die Forderungen des Proletariats eintreten. Daß wir das erstere wenigstens in der gegebenen Situation nicht können, darüber sind wir uns wohl klar. Um das Getriebe des Staates lahmzulegen, bedürfen wir in erster Linie der Organisation der Transportarbeiter, und diese, insbesondere die Eisenbahner, fehlen uns in der Organisation vollständig. Und glaubt man denn wirklich — daran möchte ich besonders erinnern — daß, nachdem wir uns Jahrzehnte vergeblich bemüht haben, die Eisenbahner zu organisieren, nachdem wir ihnen Jahrzehnte vor Augen geführt haben, wie durch die Organisation ihre wirtschaftlichen Interessen gefördert werden, glaubt man wirklich, daß nun diese Leute sich durch die Idee des politischen Massenstreiks für unsere Bewegung gewinnen lassen? Ich glaube es nicht. Es fehlen uns also die Arbeitermassen, die in der Lage wären, das ganze Getriebe des Staates lahmzulegen. Andererseits soll als Demonstration der politische Massenstreik nicht benutzt werden, das hat ja besonders Bebel erklärt, indem er sagte: „Wir dürfen unter keinen Umständen auf die Straße gehen, wir dürfen uns nicht zeigen.“ Das war ja ein besonderer Teil seiner Rede in Jena. Dort sagte er: „Nun, in Wirklichkeit hat der Vergarbeiterstreik nicht die geringste Handhabe zum Einschreiten geboten. Die Vergarbeiter haben einen großen Streik geführt, der bedeutender war als die sogenannten Massenstreiks in allen anderen Ländern je gewesen sind, und zwar in bewundernswürdiger Ruhe. Ich führe damals von Brüssel, von einer internationalen Konferenz zurück und erstaunte über die feierliche Ruhe im Ruhrrevier. Keine Eisen dampfte, während man sonst die Fenster des Waggons wegen Rauches schließen muß. Das Land war eine grüne, von der Sonne freundlich beschienene Ebene. Die Dörfer lagen so friedlich da, als wöolte kein Mensch darin. Wenn das möglich ist bei einer Arbeiterschaft, die politisch und kulturell rückständiger ist als manche andere, da muß man doch fragen: Was müssen wir da nicht leisten können bei weit höheren Mitteln und einer weit mehr entwickelten Organisation und Disziplin, ohne daß die Folgen eintreten, die Seine voraussetzt.“ (Lebhafte Zustimmung.) Also Bebel bringt hier klipp und klar zum Ausdruck: Demonstrativ soll der Massenstreik nicht wirken, es soll niemand sich auf der Straße zeigen, ja, was soll uns dann aber dieses Kampfmittel des politischen Massenstreiks? Was wollen wir dann damit erreichen? Können wir ihn nicht durchführen, um das Getriebe des Staates lahm zu legen, und wollen wir ihn nicht benutzen als Demonstration, was nützt er uns dann noch? Wie liegen denn die Dinge heute? Ich kann wohl ohne weiteres sagen, in der Metallindustrie und Holzindustrie, in dem ganzen Baugewerbe und auch in einem Teile der Bekleidungsindustrie würde eine Massenarbeitseinstellung durchgeführt werden können. Bei der Nahrungsmittelindustrie würde die Sache schon schwieriger stehen, da mangelt es an der ausreichenden Organisation. Ja aber, Parteigenossen, was wäre denn nun erreicht, wenn wirklich die genannten Gewerbe der Parole folgen und die Arbeit einstellen würden? Glauben Sie denn, daß durch einen solchen Streik das Unternehmertum oder die Regierung sich zu bestimmten Zugeständnissen zwingen lassen würde? In einer solchen Situation handelt es sich doch für unser Unternehmertum und für die herrschenden Klassen um Sein oder Nichtsein. Da wird ein Kampf geführt um die Existenz und um die Vorrechte dieser Klasse. Glauben Sie denn, daß diese Klasse in einer solchen Situation nicht 14 Tage oder 4 Wochen lang die Betriebe der Metallindustrie, Holzindustrie und des Baugewerbes ruhen lassen würde? Das tun sie doch heute schon! (Sehr richtig!) Schon heute sperren sie die Arbeiter wochenlang aus, um ganz andere, minderwertige Zwecke zu erreichen. Und was werden sie erst tun, wenn es sich darum handelt, die Vorrechte, die sie besitzen, zu verteidigen? Waschen Sie sich doch

die Situation einmal klar! Anders liegt es, wenn wir den politischen Massenstreik als Demonstration benutzen wollen und wenn dann diese Hunderttausende, vielleicht mehr als eine Million Arbeiter der genannten Gewerbe als Masse zusammenströmen und nach außen hin zeigen: hier stehen wir und können nicht anders, diese Forderungen stellen wir. Sie bewegen sich auf einer vollständig irrigen Bahn, wenn Sie auf der einen Seite sich bemühen, sich nicht als PreSSIONsmittel den politischen Massenstreik nicht anzuwenden und auf der anderen Seite sagen, als Demonstrationsmittel wollen wir ihn nicht anwenden, weil wir da Gefahr laufen, mit den Staatsgewalten in Konflikt zu kommen. Sie sehen also, daß die Dinge durchaus nicht so einfach zu entscheiden sind, und daß es mit einem Parteitagbeschlusse in dieser Frage noch lange nicht getan ist. Da ist noch sehr viel zu erwägen und zu prüfen, ehe man zu diesem letzten Mittel greift, als welches Bebel den politischen Massenstreik bezeichnet hat und als welches ich ihn auch betrachte. In dieser Beziehung gibt es keine Differenz zwischen uns. Als letztes Mittel wird uns die allgemeine Arbeitseinstellung dienen, darüber sind wir uns einig. Aber man soll von der Auffassung abgehen, daß man einen solchen Streik als Demonstration durchführen könnte, ohne auf die Straße zu gehen. In einem solchen Falle muß man eben eventuell sich das Recht auch auf der Straße erkaufen. Da müssen wir Leben und Blut eventuell preisgeben. Dann handelt es sich nur darum, zu prüfen: Ist das Objekt die Opfer wert, die wir zu bringen genötigt sind? Ist es das Blut und Leben der Arbeitermassen wert? Das ist die einzige Frage. Kommen wir zu einer solchen Entscheidung, dann können wir nicht sagen: jetzt Euch in eure Dachkammer, bleibt zu Hause und wartet ruhig ab, bis die Regierung bewilligt, was Ihr fordert. So gehen die Dinge nicht. (Sehr richtig.) Um auf die Regierung PreSSION auszuüben, brauchen wir auch nicht den Generalstreik, da haben wir noch andere Mittel, die wir aber auch in der nächsten Zeit noch nicht anwenden können. Es würde vollständig genügen, wenn die Vergarbeiter einmal 10 Wochen oder ein Vierteljahr die Arbeit einstellen. Bei den internationalen Verbindungen der Vergarbeiter, die sich immer weiter und weiter ausdehnen, würde auch mit der Gefahr nicht zu rechnen sein, daß vom Auslande Zufuhr kommt. Wenn wir dann einig und geschlossen dastehen und sie materiell unterstützen, dann, Genosse Bebel, brauchen wir nicht den politischen Massenstreik, dann führen wir mit dem Vergarbeiterstreik die Forderungen durch, die wir an die Regierung zu stellen haben. Aber dazu bedarf es auch erst des Ausbaues der Organisation. Auch die Vergarbeiter beginnen erst wieder ihre Patalone zu formieren. Ein solcher allgemeiner Streik der Vergarbeiter, der gewiß auch dazu führen könnte, einen Teil der Staatsbetriebe lahm zu legen, ist aber nicht das, was wir unter politischer Massenarbeitseinstellung verstehen, sondern der Kampf einer Organisationsgruppe zur Erreichung politischer Zwecke. Sie sehen also, daß wir uns mit der Frage, was wir als Kampfmittel anwenden können, durchaus beschäftigt haben, daß alle Möglichkeiten schon abgewogen sind, was geschehen kann, für den Fall, daß die Situation sich noch schlimmer gestaltet als bisher. Aber um diese von mir angeführten Mittel anzuwenden, dazu bedarf es der politischen Spannung. Dafür müssen die Voraussetzungen gegeben sein, man muß sich klar darüber sein, daß die Forderungen, die gestellt werden, unter allen Umständen durchzuführen sind. Kommt diese Spannung, dann wird es keinen Streit darüber geben, in welcher Art wir kämpfen und wie das Kampfmittel heißt, das angewendet werden soll. In gewisser Beziehung betrachte ich die Diskussion über den politischen Massenstreik für gefährlich, nicht für gefährlich etwa nach der Richtung hin, daß ich fürchte, wir könnten durch die Diskussion über den politischen Massenstreik in nächster Zeit gegen unseren Willen zu einem solchen Massenstreik gedrängt werden. Wir glauben doch, daß das Verantwortungsgefühl der obersten Instanzen groß genug ist, um im letzten Augenblick zu erklären: Nein, zu dem Mittel kann nicht gegriffen werden, und daß die Disziplin der Massen groß genug ist, um den Weisungen der leitenden Stelle zu folgen. — Aber nach einer anderen Richtung sehe ich eine Gefahr, wenn wir dieses Kampfmittel propagieren, darüber diskutieren. Dann kann es leicht dahin kommen, daß die Massen glauben, es können mit diesem Kampfmittel in absehbarer Zeit bestimmte Forderungen durchgedrückt werden und wenn dann in kritischen Situationen, wie sie bei uns am 21. Januar gegeben waren, von oben von der leitenden Stelle erklärt wird: wir können dieses Kampfmittel nicht anwenden, dann tritt Enttäuschung bei den Massen ein und es wird schwer sein, die Massen wieder für unsere Kampforganisation zu gewinnen. Von diesen Gesichtspunkten ging der Kölner Gewerkschaftskongreß bei seinem Beschluß über den Generalstreik aus. Es ist nun gefragt worden, hatte der Gewerkschaftskongreß überhaupt Ursache zur Beratung des politischen Massenstreiks? Es ist ihm vielfach vorgeworfen worden, daß er vor der Verteilung diese Frage verhandelt und entschieden hat. Gerade dieser Umstand hat viele Genossen veranlaßt, sich gegen den Kölner Beschluß zu wenden, ohne ihn in seinen Einzelheiten zu prüfen. Demgegenüber behauptet ich, daß das Recht zur Beratung des politischen Massenstreiks unbedingt dem Gewerkschaftskongreß zustand. Sie dürfen nicht vergessen: Kommt es zur Anwendung dieses Kampfmittels, dann sind die Gewerkschaften die ausführenden Organe. (Sehr richtig!) Und sie sind es, die auch den größten Teil der Führer zu stellen haben werden. (Sehr richtig!) Denn es wird ganz selbstverständlich bei diesem Kampfmittel der Zusammenhalt nach Verufen sich als das Allerbeste erweisen. Weiter kommt in Betracht, daß die Erörterung des politischen Massenstreiks bei uns in Deutschland zuerst von den Lokalisten ausgegangen ist, und gerade deshalb hatte der Kongreß nicht nur das Recht, sondern die Pflicht, sich mit dieser Frage zu befassen. (Sehr richtig!) Denn wir haben die Erfahrung doch in anderen Ländern gemacht und machen sie jetzt auch in Deutschland, wohin es führt, wenn in Gewerkschaftskongressen der Generalstreikgedanke Wurzel greift bei der Konsolidation der Organe. Bei den Arbeiterkammern in Italien, bei dem nationalen Arbeitersekretariat in Holland ist, wie bei den Lokalisten in Deutschland ist der politische Massenstreik als Kampfmittel anerkannt, und sie werden mir angeben, gewerkschaftlich haben diese Organisationen gar nichts gefoltert, haben sie keine Bedeutung und zwar gerade aus dem Grunde, weil man dort glaubt, im politischen Massenstreik das Kampfmittel gefunden zu haben. Nach diesen Erfahrungen war es die verdamnte Pflicht und Schuldigkeit des deutschen Gewerkschaftskongresses, die Arbeiter zu warnen vor der Idee des Generalstreiks. Die Partei sollte uns dankbar sein, daß wir auf unserem Kongreß es verhindert haben, daß auch bei uns der antiparlamentarische Standpunkt unter den Arbeitern sich nicht ausbreitet wie bei den Lokalisten und in Italien, Holland und Frankreich. (Sehr gut!) Die Partei sollte uns dankbar sein, daß wir die Gewerkschaftslogen warnten, der Idee des anarchosozialistischen Generalstreiks zuzuliebe die notwendige Kleinarbeit hintanzusetzen. Zur Entschärfung derjenigen, die sich gegen den Beschluß des Gewerkschaftskongresses gewandt haben, lägen ich nur annehmen, daß sie entweder den Kölner Beschluß nicht gelesen haben, oder daß sie nicht begriffen haben, was er in erster Linie bezweckte. Wenn die Parteipresse, anstatt die Führer der Gewerkschaften und den Kongreß in einer Weise anzugreifen, wie es geschehen ist, lieber die Gründe, die den Gewerkschaftskongreß zu seiner Stellungnahme geführt haben, geprüft hätte, dann bin ich überzeugt, hätten wir die heutigen Auseinandersetzungen, die ich am allermeisten vermeiden gesehen hätte, erspart. (Sehr richtig!) Denn was kommt denn bei dieser Diskussion des politischen Massenstreiks heraus, zu der Sie uns gezwungen haben? Was heißt denn diskutieren? Diskutieren heißt, sich darüber auseinandersetzen, ob ein in Vorschlag gebrachtes Kampfmittel anwendbar ist oder nicht. Bei einer solchen Diskussion müssen wir dann selbstverständlich auch dazu kommen, unsere Schwächen darzulegen. (Sehr richtig!) Das habe ich wohl heute auch getan. Ich habe vor aller Welt gesagt, wie schwach wir eigentlich sind, wie schwach es mit unserer Organisation bestellt ist, wie wenig wir in der gegenwärtigen Situation in der Lage sind, dies Kampfmittel anzuwenden. Ist das der Partei dienlich? Nein. Die Diskussion über den politischen Massenstreik, die uns so sehr empfohlen wird, hat sehr ihre zwei Seiten. (Sehr richtig!) Leider haben sich

die Dinge ja nun so gestaltet, daß jetzt in dieser Diskussion an der ganzen Sache nichts mehr zu verderben ist. Die Gegner wissen jetzt ohnehin unsere Schwäche ganz genau einzuschätzen und wissen, daß sie uns in der gegenwärtigen Situation nicht zu fürchten brauchen. Das ist der Erfolg, den diejenigen, die die Diskussion empfohlen haben, herbeigeführt haben. Aus dem Grunde hätte ich in Jena beantragt, den betreffenden Satz zu streichen. Er hätte sehr gut herausfallen können, ohne irgend etwas an unserer Stellung zu ändern, und es wäre diese Streichung sehr erwünscht gewesen, weil dann die Kölner und Jenaer Resolution sich vollständig gedeckt hätten. Ich bin genötigt, Ihnen wenigstens einige Sätze der beiden Resolutionen zu zitieren, um die Wichtigkeit dieser meiner Behauptung zu beweisen, die ich aufstelle, um Sie zu veranlassen, den von mir gemachten Vorschlag auf Aenderung der Resolution Webel zu akzeptieren. Es heißt in der Kölner Resolution: „Der fünfte deutsche Gewerkschaftskongress erachtet es als eine unabwiesbare Pflicht der Gewerkschaften, daß sie die Verbesserung aller Gesetze, auf denen ihre Existenz beruht, und ohne die sie nicht in der Lage sind, ihre Aufgaben zu erfüllen, nach besten Kräften fördern und alle Versuche, die bestehenden Vollrechte zu beschneiden, mit aller Entschiedenheit bekämpfen.“ Damit deckt sich ein Teil der Jenaer Resolution. Da heißt es: „Demgemäß erklärt der Parteitag, daß es namentlich im Falle eines Antrages auf das allgemeine, gleiche, direkte und geheime Wahlrecht oder das Koalitionsrecht die Pflicht der gesamten Arbeiterklasse ist, jedes geeignete erscheinende Mittel zur Abwehr nachdrücklich anzuwenden.“ Diese beiden Sätze lassen die Frage, was im entscheidenden Moment zu geschehen hat, offen. (Sehr richtig!) In beiden herrscht der Gedanke vor: Kommt es zu der entscheidenden Stunde, dann werden wir jedenfalls das Kampfmittel des politischen Massenstreiks anwenden. Nun kommt aber der Satz, von dem ich erst sagte, daß entgegen aller Tradition der Partei in die Resolution ein Kampfmittel von vornherein, wie ich meine, nahezu hineingequält ist. Wäre er nicht hineingequält, so gäbe es gar keine Meinungsverschiedenheit zwischen den Vertretern der Partei und der Gewerkschaften. Denn es kommt ja nicht allein auf den Wortlaut der Resolution an, sondern auch auf ihre Begründung. Und nun hören Sie einmal, was Bömelburg als Referent über diese Frage ausgeführt hat. Er sagte: Einer Erörterung der Frage des politischen Massenstreiks zur Erweiterung oder Erhaltung der Vollrechte braucht man nicht aus dem Wege zu gehen. Aber ich würde es für einen entscheidenden Fehler halten, wollte man den politischen Massenstreik als ein neues Kampfmittel gegen die Reaktion im Voraus bestimmen. Die Taktik im Kampfe gegen Unternehmertum und Reaktion kann man nicht ganz beliebig im Voraus bestimmen, sondern sie hat sich nach den Verhältnissen zu richten. (Sehr richtig!) Ich habe in meiner Resolution ausgesprochen, daß die Gewerkschaften die Pflicht haben, jeden Versuch der Reaktion, die Vollrechte zu beschneiden, mit aller Entschiedenheit zu bekämpfen; aber welche Mittel zu diesem Kampfe angewandt werden sollen, das können wir ruhig der Zukunft überlassen. Es wäre ein Fehler, wollten wir irgendwelche Grundregeln für Kämpfe der Zukunft festlegen. Denn einmal kann man die Taktik nicht im Voraus bestimmen und zweitens ist der politische Massenstreik ein Kampfmittel, bei dessen Anwendung man sehr vorsichtig sein soll.“ An einer anderen Stelle heißt es: „Trotzdem haben wir heute keine Ursache zu sagen, solche Mittel sollen nicht angewandt werden. In solchen Fragen entscheidet man von Fall zu Fall.“ Und an einer weiteren Stelle: „Die Arbeiter wissen, was sie für Menschenrechte haben, und keine Reaktion ist mehr imstande, diesen Gedanken aus der Bevölkerung herauszubringen. Wenn man uns auf diese Weise niedertreten wollte, dann würden wir andere Mittel finden, um den Kampf erfolgreicher gegen die Reaktion zu führen.“ (Sehr richtig!) Wenn wir dafür sorgen, daß die Arbeiterorganisationen stärker und stärker werden, daß die Arbeiter zu Klassenbewußten Kämpfern erzogen werden, dann können wir ruhigen Mutes der Zukunft entgegensehen, wir werden dann, wenn es einmal zu kämpfen gilt, am Plage sein und die Arbeiterklasse — das wird keiner verhindern können — sie wird siegen, sie wird das Ziel erreichen, das sie sich gesetzt hat.“ In diesen Ausführungen liegt nicht eine Spur von Bestimmtheit oder Wahntrauen auf die eigene Kraft. So reden die Gewerkschaftsführer, von denen sich Parteigenossen erlaubt haben als von bornierten Leuten zu sprechen. Das sind Worte, die sich diejenigen, welche solche Angriffe gegen die Gewerkschaftsführer gerichtet haben, hinter die Ohren schreiben sollen. Dann sagte Bömelburg im Schlußwort: „Davon, daß der Kongress sich ein für allemal gegen den politischen Massenstreik erklärt, steht nichts in der Resolution. Es ist nur gelagt, daß wir uns nicht auf eine bestimmte Taktik festlegen wollen. Die Frage, ob man event. von dem politischen Massenstreik Gebrauch machen will, läßt die Resolution offen. Sie steht also nicht im Widerspruch zu der Amsterdamer Resolution.“ Diese Ausführungen zeigen klipp und klar, daß der Kölner Kongress sich nicht gegen den politischen Massenstreik richten wollte. Weiter sagte Bömelburg in Jena: „Soweit es sich um Maßnahmen gegen die Verschlechterung des Wahlrechts oder des Koalitionsrechts oder Verteidigung anderer politischer Freiheiten handelt, besteht Einigkeit in der Gesamtpartei und zur Gesamtpartei gehören auch wohl die Mitglieder der freien Gewerkschaften. Ich habe die Überzeugung, daß in den freien Gewerkschaften wenig Personen organisiert sind, die sich nicht auch zur sozialdemokratischen Partei bekennen. Die Gesamtpartei also ist sich darüber einig, daß in einem solchen Fall die Arbeiterklasse selbst vor den äußersten Mitteln nicht zurückzuckt. Nur darüber gehen die Meinungen auseinander, ob man von vornherein die Kampfmittel des näheren bestimmen soll. In der gleichen Weise habe ich in Jena in einer persönlichen Bemerkung am Schluß der Verhandlungen erklärt, daß ich nicht die Auffassung habe, daß die Jenaer Resolution irgendwie im Widerspruch zu der Resolution des Kölner Gewerkschaftskongresses steht. Mit dem einem Unterschied, daß die Jenaer Resolution ein Kampfmittel festlegt, während in der Kölner Resolution die Frage vollständig offen gelassen wird. Ich kann Ihnen des weiteren noch erklären, daß bei den Vorkonferenzen mit der Generalkommission dem Genossen Webel ausdrücklich erklärt worden ist, daß wir nicht die Absicht haben, mit dieser Resolution uns gegen den politischen Massenstreik zu wenden. Der dritte Teil unserer Resolution, der von dem anarchoföhen Generalfreieil handelt und von dem ich sagte, daß sie keine Annahme und die Partei eigentlich dankbar sein sollte, ist in seinem Wortlaut nahezu der Amsterdamer Resolution entnommen. In Köln hieß es: „Der Kongress warnt die Arbeiterklasse, sich durch die Vertretung solcher Ideen von der täglichen Kleinarbeit abhalten zu lassen“, und in Amsterdamer warnte der Kongress die Arbeiter davor, sich durch die von anarchoföhen Seite betriebene Propaganda für den Generalfreieil in der Absicht, sie davon abzuhalten, den bedeutungsvollen täglichen Kleinkampf durch die gewerkschaftliche, politische und genossenschaftliche Aktion zu führen, nicht ins Schlepptau nehmen zu lassen.“ Wenn die Kölner Resolution die Frage der Anwendung des Generalfreieils vollständig offen ließ, so steht sie damit auf dem Boden des internationalen Kongresses in London 1896 wie auch des internationalen Kongresses in Paris 1900. Offen gelassen ist die Frage auch in der in Jena zitierten Resolution, die dem Züricher Kongress 1893 unterbreitet worden ist. Also gegen den Kölner Beschluß ist absolut nichts einzuwenden. Aber eins steht fest: weder in Amsterdamer noch in Jena ist in den Resolutionen irgend etwas davon gesagt, daß nach ihrer Annahme nun der politische Massenstreik propagiert werden solle. Wo steht denn das? Es heißt in der Resolution Webels: „Damit die Anwendung dieses Kampfmittels ermöglicht und möglichst wirksam wird, ist die größte Ausdehnung der politischen und gewerkschaftlichen Organisation der Arbeiterklasse und die unangefochtene Beherrschung und Klärung der Massen durch die Arbeiterpresse und die mündliche und schriftliche Agitation unumgänglich notwendig.“ Aufklärung der Arbeitermassen, aber nicht Propagierung des Massenstreiks! Und so kann ich auch Webel vollständig begreifen, wenn er und damals in der Sitzung vom 10. Februar erklärte: Ich habe alle die zahlreichen Aufforderungen, die nach Jena an mich herangekommen sind, über den politischen Massenstreik zu reden, ihn zu propagieren, rundweg von der Hand gewiesen. (Hört! hört!) Die Jenaer Beschlüsse sind eben nur von einem

Teil der Parteigenossen, insbesondere der Parteiredaktionen so gebildet worden, als müsse nach dem Jenaer Beschluß nun der Massenstreik propagiert werden. (Sehr gut!) Und Parteigenossen, wenn Sie nun den Gewerkschaftsvertretern den Vorwurf machen, daß sie nach Jena den politischen Massenstreik nicht propagiert hätten, dann müßten Sie diese Vorwürfe auch gegen Webel erheben, der rundweg eine solche Propagierung ablehnte. Was den Beschlüssen der Konferenz eines solchen Kampfmittels in die Resolutionen recht ist, das ist denen, die diese Aufnahme nicht wollten, jedenfalls billig. (Sehr richtig!) Wenn derjenige, der diesen Antrag eingebracht hat, erklärt, er halte keine Veranlassung ab, in der über den politischen Massenstreik geredet werden soll, dann bitte sparen Sie sich Ihre Vorwürfe gegenüber den Vertretern der Gewerkschaften. Wenn wir nun beide Resolutionen von Köln und Jena vergleichen, so müssen wir zu der Überzeugung kommen, daß zwischen Partei und Gewerkschaft eine vollständige Übereinstimmung besteht. Es wäre töricht, heute zu sagen, wir wollen dieses Kampfmittel aus der Resolution wieder herausnehmen. Das ist gar nicht notwendig, denn die Diskussion, wie sie sich jetzt über den politischen Massenstreik gestaltet hat, die überaus vernünftige Haltung, die besonders der „Vorwärts“ in seinen jetzigen Artikeln eingenommen hat, beweist, daß wir in der Auffassung über die Anwendbarkeit dieses Kampfmittels vollständig einig sind. (Sehr richtig!) Wir wenden uns ja nur dagegen, daß man es so hinstellt, als sollte dies Kampfmittel in den nächsten vier Wochen zur Anwendung kommen. (Zurück!) Ja, wenn Sie die „Leipziger Volkszeitung“ nach Jena lesen, dann ist es tatsächlich so aus, als wenn es gleich losginge. Was soll ich da viel zitieren. Wenn ich ganze Zeitungsartikel aus der „Leipziger Volkszeitung“ vorlesen sollte, da würde man einfach sagen: morgen hat da etwas ganz anderes gestanden. (Heiterkeit!) Sie müssen doch mit unserem Verständnis und unserem Empfinden auch rechnen, und das ging eben dahin, als wenn die Geschichte nun sofort losgehen sollte. Etwas anderes aber muß geschehen. Ich will auf dem Parteitag zum Ausdruck gebracht haben, daß tatsächlich diese einseitige Auffassung über die Anwendung des politischen Massenstreiks vorhanden ist. Man könnte ja sagen: warum habt ihr nicht früher Vorgelegt, daß diese Übereinstimmung besteht? Das haben wir einfach aus dem Grunde nicht getan, weil wir die Diskussion über den politischen Massenstreik für nicht nutzbringend erachteten, weil sie doch nur unsere Schwäche vor aller Welt dokumentieren muß. Nachdem aber nun von anderer Seite durch die Diskussion zur Genüge festgestellt ist, wie schwach wir sind, haben wir heute keine Veranlassung mehr, mit dieser offenen Erklärung nicht hervorzutreten. Und so meine ich, können wir durch die Annahme des von mir gestellten Amendements, von dem ich hoffe, daß auch Genosse Webel, der Parteivorstand und die Kontrollkommission nach meiner Begründung ihm zustimmen werden, nach außen hin dokumentieren, daß Partei und Gewerkschaften vollständig einig sind. Ich sage, nach außen hin dokumentieren, denn innerlich gibt es doch zwischen uns keine Differenzen. Die Differenzen, die sich zeigen, sind kleinlicher Natur. Streit um Worte, weiter ist es nichts. Ich habe schon einmal gesagt: Lieber Lindreit, schreibe Du doch ruhig 7 Artikel und laß Kautsky 10 Artikel dagegen schreiben, es bleibt doch alles beim alten. (Heiterkeit und sehr richtig!) Partei und Gewerkschaften gehören zusammen, weil dieselben Personen die Träger der Bewegung sind. (Sehr richtig!) Wie sollen wir uns denn teilen. Ich kann doch nicht mit einem Teile meiner Person für die Partei und mit dem anderen dagegen sein. Ich habe doch nur einen Mund, einen Verstand, eine Leberzeugung. Es handelt sich lediglich um Literatenstreitigkeiten. Da findet einer den Satz, der andere den und dann wird darauf losgehauen. Es werden Artikel in die Welt gesetzt, daß einem die Haare zu Berge stehen. (Heiterkeit.) Differenzen zwischen Partei und Gewerkschaften bestehen nicht, auch in dieser speziellen Frage nicht. Wir sind uns einig darüber, daß im gegebenen Moment alle Mittel angewandt werden müssen, die zur Verfügung stehen. Kommt es wirklich zum Massenstreik, dann stehen die Gewerkschaften an erster Stelle. (Wab!) Es wäre ja Unflut, wenn wir dann erklären wollten: Nein, wir sind gegen den politischen Massenstreik. Daß man uns in einem solchen Falle mit aller Bestimmtheit rechnen soll, das haben wir in den engeren Beratungen mit dem Parteivorstande und auch sonst wiederholt erklärt. Es kommt jetzt schließlich nur noch darauf an, nach außen hin diese Einheitsfront zu dokumentieren, und das soll durch Annahme meines Amendements geschehen. Dann wird die Resolution Webel voraussichtlich einstimmig angenommen werden und der Parteitag wird damit dokumentieren: Handelt es sich um die heiligsten Rechte der Arbeiterklasse, dann sind wir einig, den Kampf mit allen und zu Gebote stehenden Mitteln zu führen und dann werden wir auch zum Siege gelangen. (Lebhafter Beifall.)

Hierauf werden die Verhandlungen mit Rücksicht darauf, daß eine Anzahl Genossen sich über den vorliegenden Punkt der Tagesordnung noch zu besprechen wünschten, auf 1/3 Uhr nachmittags verlegt. Es sind noch einige Begrüßungsgramme eingelaufen.

Singer: Es wird für den Parteitag von Interesse sein, das Urteil im Breslauer Prozeß zu erfahren. Sieben Angeklagte wurden freigesprochen, darunter Frau Feist. Die Hedonime Hase hat 15 M. Geldstrafe erhalten, Kuschner und Schneider jeder 6 und 5 Monate (Entrückungsstrafe), alle anderen Angeklagten Gefängnis, bis zu 3 Tagen herabgehend.

Schluß 12 1/2 Uhr.

Nachmittags-Sitzung.

Die Diskussion über Punkt 4 der Tagesordnung wird eröffnet.

Vor Eintritt in die Diskussion wird dem ersten Berichterstatter Webel das Wort gegeben zu folgender Erklärung:

Parteigenossen! Die Resolution, die mit meinem Namen dem Parteitag zur Annahme vorgelegt wird, ist eine Resolution, die Parteivorstand und Generalkommission gemeinsam beraten haben. Nachdem nun heute der zweite Referent, Genosse Legien eine Resolution begründet hat, die als Amendement der von uns vorgeschlagenen Resolution angehängt werden soll, und nachdem Genosse Kautsky und 31 Genossen ebenfalls ein Amendement zu dieser Resolution eingebracht haben, die mir heute morgen bei Beginn des Referates im Wortlaut noch nicht bekannt sein konnte, so hat sich der Parteivorstand und die Kontrollkommission veranlaßt gesehen, heute nachmittag in einer gemeinsamen Sitzung zusammenzutreten, um ihrerseits Beschluß darüber zu fassen, welche Stellung sie diesen neuen Amendements gegenüber einnehmen wollen, bin ich beauftragt namens der Parteivorgesetzten zu erklären, daß Parteivorstand und Kontrollkommission bereit sind, das Amendement des Genossen Legien zu akzeptieren unter der Voraussetzung, daß in der zweiten Zeile statt: „Der Parteitag befähigt den Jenaer Parteitagbeschlusse zum politischen Massenstreik, der mit der Resolution des Kölner Gewerkschaftskongresses nicht im Widerspruch steht“, gesetzt wird: „mit dem die Kölner Gewerkschaftskongressresolution nicht im Widerspruch steht.“ (Rufe: Einverständnis!)

Des weiteren habe ich zu erklären: Daß Parteivorstand und Kontrollkommission mit dem ersten Teil des Antrages Kautsky einverstanden sind, weil es sich hier um eine formelle Aenderung handelt. Was den zweiten Teil der Resolution anlangt, haben wir beschlossen, demselben unsere Zustimmung nicht zu geben. Eine Begründung kann ich jetzt an dieser Stelle nicht geben. Ich behalte sie mir für das Schlußwort vor.

Antrag Kautsky:

Die Unterzeichneten beantragen: 1. In der Resolution Webel im zweiten Teil, dritte Zeile von oben, statt: „Dieselben stehen an Wichtigkeit hinter der sozialdemokratischen Partei nicht zurück“, zu sagen: „Sie sind nicht minder notwendig als die sozialdemokratische Partei.“ 2. An den Schluß der Resolution folgenden Zusatz anzuschließen: „Um aber jene Einheitsfront des Denkens und Handelns von Partei und Gewerkschaft zu sichern, die ein unentbehrliches Erfordernis für den heiligen Fortgang des proletarischen Klassenkampfes bildet, ist es unbedingt notwendig, daß die Gewerkschaften von dem Geiste der Sozialdemokratie beherrscht werden. Es ist daher

Pflicht eines jeden Parteigenossen, in diesem Sinne in den Gewerkschaften zu wirken und sich bei der gewerkschaftlichen Tätigkeit wie bei jeder anderen öffentlichen Betätigung an die Beschlüsse der Parteiange gebunden zu fühlen. Dies ist geboten im Interesse der gewerkschaftlichen Bewegung selbst, denn die Sozialdemokratie ist die höchste und umfassendste Form des proletarischen Klassenkampfes, und keine proletarische Organisation, keine proletarische Bewegung kann ihrer Aufgabe vollständig gerecht werden, die nicht vom Geiste der Sozialdemokratie erfüllt ist.“

Karl Kautsky mit 32 Genossen.

Kunnehr wird die Diskussion eröffnet.

Zubeil-Berlin:

Legien hat sich darüber beklagt, daß das Protokoll vom Vorstand veröffentlicht worden sei infolge des Einflusses von Groß-Berlin. Ich weiß nicht, ob dieser Einfluß auf den Vorstand so groß ist. War er aber so groß, so können sich alle Genossen nur darüber freuen, daß das Protokoll infolgedessen veröffentlicht worden ist, denn diese Veröffentlichung war notwendig. (Zustimmung und Widerspruch.) Wir tun alle unsere Schandigkeit für die Gewerkschaften, alle in Groß-Berlin Tätigen lassen es an Eifer nicht fehlen, kein Vertrauen, auch selbst das kleinste nicht, wird einem Namen übertragen, der nicht gewerkschaftlich organisiert ist. Würden die Gewerkschaften ebenso handeln, dann stände es besser um die Partei. (Sehr richtig!) In Berlin ist im Buchdruckerverband ein Mann in hervorragender Weise tätig, der nicht politisch organisiert ist. (Hört! hört!) Und solche Leute sollen auch entscheiden über das Schicksal der deutschen Sozialdemokratie! (Sehr richtig!) Die Aeuherung des Seemanns Müller auf der Konferenz von den „Genossen zweiter Güte“ ist wirklich nicht dazu geeignet, ein gutes Verhältnis zwischen Partei und Gewerkschaften herzustellen. Ich glaube, manchem Redner in die Schamhaare ins Gesicht gezeiten, als er seine Ausführungen auf der Konferenz protokolllarisch festgehalten las. (Oh!) Was soll man dazu sagen, wenn Bömelburg über die Demonstrationssammlungen vom 21. Januar seine Woffen reißt. (Rufe: Stimmt ja gar nicht! Lies doch einmal das Protokoll!) Ich lese die Stelle vor: „Ein Wort über die Protestbewegung —“. (Rufe: Welche? Vorkingender Singer bittet die Zwischenrufe zu unterlassen.) Wie habe ich doch gelacht, als ich von diesem Protestsummel hörte“. Wenn man über so ernste Fragen lacht, dann kann man sich nicht wundern, wenn der Spieß umgedreht wird. Auf dieser Konferenz wurde auch erklärt, daß die Gewerkschaften sich nicht den Beschlüssen der Gesamtpartei unterordnen könnten. Aber auf der anderen Seite verlangt man, daß sich die Partei den Beschlüssen des Gewerkschaftskongresses unterordnen soll. (Sehr wahr!) Man hätte vor Köln sich mit der Partei über die Woffener und den Massenstreik verständigen sollen. (Sehr wahr!) Wenn Legien auf einen Vergarbeiterstreik hinweist, so darf nicht übersehen werden, daß ein solcher auch Hunderttausende in anderen Berufen zum Feiern bringen würde. (Die Redezeit ist abgelaufen.)

Kautsky:

Zunächst habe ich zwei Tatsachen zu konstatieren. Webel hat bedauert, daß ihm unser Antrag nicht vorgelegt worden ist. Daran sind wir vollkommen unschuldig. Die Resolution war vorgestern nachmittag 4 Uhr bereits in Händen des Bureau. Zweitens konstatiere ich: Genosse Webel hat mitgeteilt, daß Parteivorstand und Kontrollkommission einen Teil und zwar den wichtigsten unseres Antrages ablehnen. Ich muß konstatieren, daß sie dies getan haben, ohne die Gründe zu kennen, die uns veranlaßt haben, unseren Antrag einzubringen. (Sehr richtig!) Ich kenne aber leider auch nicht die Gründe, welche den Parteivorstand veranlaßt haben, unsere Resolution abzulehnen. Ich muß also versuchen, auf gut Glück sie zu begründen. Ob es mir gelingt, das zu entkräften, was der Parteivorstand dagegen eingewendet hat, weiß ich nicht. Am leichtesten wird es mir sein, den ersten Teil des Antrages zu begründen, den der Parteivorstand selber eingebracht hat. Der Antrag lautet, daß an Stelle der „Wichtigkeit“ die „große Notwendigkeit“ der Gewerkschaften betont werden soll. Auch in der ersten Form hat der Antrag Webel seine Wichtigkeit. Man kann sagen, daß die Gewerkschaften ebenso wichtig sind wie die sozialdemokratische Partei, aber der Begriff der Partei ist ein engerer und ein weiterer, und je nach der Auffassung kann der Satz richtig oder falsch sein. Man kann die Sozialdemokratie auffassen als politischen Apparat zur Leistung gegenwärtiger parlamentarischer Arbeit, als politischen Apparat zur Eroberung von Mandaten und zur Veräußerung der Mandate im Parlament, zur Vertretung der gegenwärtigen Interessen des Proletariats. Faßt man die Sozialdemokratie in diesem engen Sinne auf, dann kann man sagen, daß die Gewerkschaften von gleicher Bedeutung sind wie die Sozialdemokratie, faßt man aber den Begriff Sozialdemokratie in einem weiteren Sinne, als Vertreterin der gesamten Emanzipationskämpfe des Proletariats, als Vertreterin des Programms, das eine Erneuerung der Gesellschaft anstrebt, dann sind von diesem Standpunkte aus Parlament und Gewerkschaften nur Mittel zum Zweck, und deshalb sind wir dafür, daß nicht die gleiche Wichtigkeit, aber die gleiche Notwendigkeit der Gewerkschaften betont wird, und daß das völlig genügt. Nun aber zu unserem Zusatz, den der Parteivorstand abgelehnt hat. Ich muß gestehen, daß mich das sehr verschmüpft hat. Ich dachte, daß wir in diesem Zusatz nichts anderes sagen, als was jedem Parteigenossen selbstverständlich sein müßte (Widerspruch), und daß man Selbstverständliches auch nicht ablehnen kann. Ich glaube, daß die Resolution notwendig ist als Konsequenz der Resolution, die Webel begründet hat. (Sehr richtig!) Ich halte diese Resolution für unvollständig. Wenn unser Zusatz nicht angenommen wird, was sagt die Resolution Webels? Sie erkennt an, daß es notwendig ist, daß von Zeit zu Zeit gemeinsame Aktionen zwischen Partei und Gewerkschaften durchgeführt werden. Ich bin sehr überzeugt, daß die gemeinsame Aktion zwischen Partei und Gewerkschaften die zukünftige Aktionsform sein muß. Webel erkennt auch an, daß die Form der Zukunftsaktion nun die ist, daß die Funktionäre der Gewerkschaften untereinander von Fall zu Fall sich verständigen. (Sehr richtig!) Hier hört aber die Resolution auf. Hier beginnt erst die Schwierigkeit. Dann entsteht die Frage, was geschieht dann, wenn es zu dieser Verständigung nicht kommt? Die Antwort ist eine sehr einfache. Wenn es zu einer Verständigung nicht kommt, dann kommt es auch nicht zur Aktion. Wie soll man denn zur Aktion kommen? Unsere eigene Partei ist, je größer sie geworden ist, in gewissem Sinne ein etwas schwerfälliger Apparat geworden. Es ist nicht so leicht, neue Ideen in den Apparat zu bringen. Sollte es nun der Fall sein, daß die Gewerkschaften der Ruhe bedürftig werden, welche Perspektive eröffnet sich uns damit, wenn die Gewerkschaften dem ohnehin so schwerfälligen Parteikörper als Bremse angehängt werden. Gerade dadurch, daß wir anerkennen, daß wir von Fall zu Fall mit den Gewerkschaften agieren müssen, gerade daraus entspringt die Notwendigkeit, dahin zu trachten, daß die Gewerkschaften einen solchen Inhalt haben, daß es unmöglich ist, daß sie jemals als Bremse fungieren können. (Sehr richtig!) Und deshalb ist es die Pflicht der Partei, in einer Weise mit den Gewerkschaften zu agieren, daß sie die Partei nicht hemmen. Daß das im Interesse der Partei liegt, bedarf gar keiner Auseinandersetzung. Es kann sich bloß fragen, und ich glaube das ist der Grund, warum man dagegen aufgetreten ist, ob nicht die Gewerkschaften durch diese Tätigkeit geschädigt werden, ob nicht die sozialistische Propaganda die Gewerkschaften beeinträchtigen kann? Ich bin der Anschauung, daß die Gewerkschaften dadurch nichts verlieren, sondern nur gewinnen, sie dadurch besser in den Stand gesetzt werden, ihren großen Aufgaben gerecht zu werden. Ich komme jetzt erst zur Sache, die ich eigentlich begründen wollte. Inbes meine Zeit ist um.

(Fortsetzung in der 2. Beilage.)



















Es gibt andere Cigaretten derselben Qualität —  
 Es gibt andere Cigaretten zum gleichen Preise —  
 Aber es gibt keine derselben Qualität zum gleichen Preise wie

# JOSETTI CIGARETTEN

Dies ist der Grund warum sich Josetti-Cigaretten unter wirklichen Kennern der grössten Popularität erfreuen. Cigaretten, die ihnen in Aroma und gehaltvollem, vollaftigem und doch mildem Geschmack gleichkommen, kosten zweimal so viel — oder mehr.

*Josetti*

Josetti-Juno 10 St. 20 Pfg.  
 Josetti-Griseldis 10 St. 30 Pfg.

**Dr. Simmel,** Prunzen-Str. 41, Spezialarzt für 137/138 Haut- und Harnleiden. 10-2, 5-7, Sonntags 10-12, 2-4.

**Steppdecken**

**Gelegenheitskauf!**

Bunt Kattun Ersatz für 285 Deckbett

Similiseide in den Farben rot, blau, oliv 485 675

Wollatlas 525 750

Bunte Normal-Schlafdecken 150 250 350

Wolldecken ganz dick 300 400

Spezial-Haus **Emil Lefèvre,** Oranienstraße 150. Berlin S.

**Alle Wanzen** werden nicht durch mein Mittel vollständig beseitigt. — 50 Pf. u. 1.00. — Ebenso Schwaben, Mücken, Franzosen, Blattläuse usw. Schachtel 30 Pf., 60 Pf. u. 1.00. 22072\*

**1000 Mark Belohnung** zahle demjenigen, der mir einen Richterfolg nachweist. Nur allein erst bei **Hugo Barth, Drogerie,** jetzt Brunnenstr. 14, früher Nr. 91.

Eigene Werkstätten!



Für bestes u. trockenes Material garantiert!

## Konsum-Genossenschaft Berlin und Umgegend.

Eingetragene Genossenschaft mit beschränkter Haftpflicht.  
 Sonntag, den 30. September 1906, mittags 1 Uhr:  
**7. ordentliche General-Versammlung**  
 in Dräsel's Festsälen, Neue Friedrichstraße 35.

**Tages-Ordnung:**  
 1. Geschäfts- und Rechenschaftsbericht. 2. Decharge-Erteilung für den Vorstand. 3. Genehmigung des Verteilungsplanes. 4. Statutenänderung (§ 26). 5. Wahl von zwei Vorstandsmitgliedern. 6. Wahl von 5 Aufsichtsratsmitgliedern und 5 Ersatzpersonen. 7. Antrag des Aufsichtsrates: die eventuelle Übernahme des Konsum-, Produktiv- und Sparvereins Schlendorf und Umgegend zu genehmigen. Zu Punkt 4 wird beantragt, den § 26 wie folgt abzuändern:  
 Der Vorstand besteht aus 5 Mitgliedern, 1 Geschäftsführer, 1 Kassierer, 1 Schriftführer, 1 Kontrolleur und 1 Beisitzer.  
 Der Geschäftsführer wird ufm. Die 4 anderen Vorstandsmitglieder ufm. Hinzuhilflich scheidet ein Drittel aus ufm. soll ganz gestrichen werden.  
 Die Versammlung wird pünktlich eröffnet, da der Saal um 1/2 Uhr geräumt sein muß. — Die Laden unsere verehrten Mitglieder zu dieser Versammlung zu recht zahlreichem Besuch.  
**Der Aufsichtsrat.** C. Mücke.  
**Der Vorstand.** Max Menzel. F. Tutzauer.

**Stola, Muffen, Kolliers** in allen Polzeigungen sowie alle sonstigen Pelzwaren. Nur eig. Fabrikat aus best. Material. Kein Zwischenhändler, daher Fabrikpreise.

**Ferdin. Kalman** Dresdenstr. 75 vorn II, 2. Haus v. Thalia-Theater. Verkauf auch Sonntags, und Wochentags von 8 Uhr morgens bis 9 Uhr abends. \*

Kein Reismusterschwindel!

Haben Sie Stoff? Ich fertige davon Anzug od. Paletot nach Mass, schnell, dauerhaft. Zuleiten von 20 Mark an. **Moritz Laband,** Oranienburger Straße 4, I.

**Zentral-Kranken- und Sterbekasse der Zimmerer** (F. G. Nr. 2 Hamburg. — Vertikale Verwaltung Berlin.)  
 Freitag, den 28. Sept., abends 8 1/2 Uhr, im „Gewerkschaftshaus“, Engel-Ufer 15 (Zaal IV):  
**Mitglieder-Versammlung.**  
**Tages-Ordnung:**  
 1. Bericht von der Generalversammlung.  
 2. Wahl der Vertikalen Verwaltung.  
 Mitgliedsbuch legitimiert.  
**Der Vorstand.** J. A. Richard Schröder, Tilfiterstr. 82.  
 250/17

**Dr. med. Karl Reinhardt**  
 Spezialarzt für Wasserheilverfahren etc.  
**jetzt Neanderstraße 12.**  
 Sprechstunde: 1/2, 5-7, Sonntags 10-11.

**Möbelfabrik.**  
 Die besten und billigsten  
**Wohnungs-Einrichtungen**  
 kaufen Sie bei  
**Julius Apelt, Tischlermeister,**  
 Berlin SO., Skalitzerstraße 6, am Kottbuser Tor.

Verantwortlicher Redakteur: Hans Weber, Berlin. Für den Inseratenteil verantw.: Th. Glöde, Berlin. Druck u. Verlag: Vorwärts-Buchdruckerei u. Verlagsanstalt Paul Singer & Co., Berlin SW.

**VI. Wahlkreis.**  
 Sonntag, den 30. September 1906, bei Fritz Wilke, Brunnenstr. 188:  
**Versammlung.**  
 Tages-Ordnung:  
 Vortrag des Genossen **Davidsohn** über:  
**„Ursprung u. Ziele der Arbeiterbewegung!“**  
 Anfang 6 Uhr.  
 Nach dem Vortrage: Gemütliches Beisammensein.

**Deutscher Holzarbeiter - Verband.**  
**Achtung! Ladentischler. Achtung!**  
 Freitag, den 28. September, abends 8 1/2 Uhr, im „Englischen Garten“, Alexanderstr. 27o:  
**Vertrauensmänner-Versammlung**  
 der Ladentischler für Groß-Berlin.  
 Tages-Ordnung:  
**„Unsere Tarifberatungen.“**  
 Es ist Pflicht, daß jede Werkstatt vertreten ist.  
 93/12

**Deutscher Holzarbeiter - Verband.**  
**Zahlstelle Charlottenburg.**  
 Donnerstag, den 27. September, abends 8 1/2 Uhr:  
**Versammlung**  
 im Volkshaus, Köpenickerstr. 3.  
 Tages-Ordnung:  
 1. Unfallversicherungsgesetz. Referent: Genosse Zink.  
 2. Bericht über die Tätigkeit des Gewerbegerichts.  
 3. Warum kündigen wir den Vertrag.  
 4. Gewerkschaftliches und Verschiedenes.  
 Es ist Pflicht eines jeden Kollegen zu erscheinen.  
 93/13 Die Ortsverwaltung.

**Deutscher Buchbinder-Verband.**  
 Zahlstelle Berlin.  
 Freitag, den 28. September, abends 8 1/2 Uhr, in den „Arminhallen“, Kommandantenstr. 20:  
**Branchen - Mitgliederversammlung**  
 der in den  
**Berliner Geschäftsbücher-Fabriken**  
 beschäftigten Buchbinder u. Buchbinderei-Arbeiterinnen.  
 Tages-Ordnung:  
 1. Die Antwort der Fabrikanten auf den Beschluß der letzten Versammlung.  
 2. Diskussion.  
 Der wichtigen Tagesordnung halber erwartet zahlreichen Besuch  
 Die Ortsverwaltung und Tarifkommission.  
 25/19

**Zentral-Verband der Glasarbeiter und Arbeiterinnen**  
 Deutschlands. — Ortsverwaltung Berlin.  
 Freitag, den 28. September 1906, abends 8 Uhr:  
**Versammlung**  
 sämtlicher Gladschleifer, Polierer und Beleger  
 in „Docters Festsälen“, Weberstr. 17.  
 Tages-Ordnung:  
 1. Bericht der Lohnkommission. — 2. Diskussion und weitere Stellungnahme.  
 Die Ortsverwaltung.  
 J. A. F. Weltlich.

**H. & P. Uder, Engel-Ufer 5.**  
 Berlin SO. 16.  
**Tabak-Großhandlung u. Tabakfabrik.**  
 Fabrik-Lager sämtlicher gangbaren Kau- u. Schnupftabako. Spezialität: **Nordhäuser Kautabak.**  
**Ratiborer Schnupftabake:** Ehssegger, Kownoor, Kardinal, Karotten usw. stets frisch zu billigsten Engrospreisen.  
 Neu! Neu!  
**Berliner Luft** (Detailpreis: Paket 10 Pf.) erstklassiger Qualitäts-Schnupftabak aus den Tabakfabriken 1688L\* von **Joseph Doms, Ratibor.**  
 Amt 4, 3014.

**Orts-Krankenkasse Weißensee.**  
 Bekanntmachung.  
 Die Geschäftsräume der Ortskrankenkasse befinden sich vom 1. Oktober 1906 ab  
**Weißensee, Sedanstr. 48.**  
 Wegen des Umzuges bleibt das Kassenlokal am Sonnabend, den 29. September 1906 geschlossen.  
 Dr. Albert, kommissarischer Verwalter.

**Mühlhäuser Kautabak**  
 von **Hugo Carl Hagenbruch**, Mühlhäusern i. Th. nur echt, wenn die Mühlchen den beigebrachten Zettel enthalten, worauf gefüllt genau zu achten ist.  
 Vertreter für Berlin und Umgegend:  
**August Kleinert,** 19643\*  
 Berlin SW., Großbeerenstraße 39. Amt VIa, 10560.

**Möbel** eventuell auf Teilzahlung  
**Oranienstraße 73.**



Partei-Angelegenheiten.

Zentralwahlverein für Teltow-Beetzow-Storow-Charlottenburg. Wie erkläre die Wahlvereine betriebs der Verichterstattung vom...

Wannsee. Am Sonnabend, abends 8 Uhr, findet die Mitglieder-versammlung des Wahlvereins statt. Tagesordnung wird in der...

Schönendorf. Am Sonnabend, den 29. September, abends 8 Uhr, findet bei Pätzsch die Wahlvereinsversammlung statt. Die...

Berliner Nachrichten.

Die Abonnenten unseres Blattes, die am 1. Oktober umziehen, werden gebeten, möglichst um-

Der Stadtverordneten-Ausschuss zur Vorbereitung der Magistrats-vorlage über die Erhöhung der städtischen Beihilfe an den Verein...

So löst man sein Wahlrecht ein! Die Liste der Ge-meindevähler war, wie alljährlich, im Juli öffentlich aus-

Sammligkeit ist nur zu oft der Anlaß, das Wahlrecht ein-zubüßen. Es gibt aber bekanntlich noch mancherlei andere Anlässe...

Andeutung des Glanzes durch Annancen. Unter dieser Epig-marie erwarteten wir in Nr. 212 arbeitssuchende Frauen vor den so-

Zwei von den Frauen, die durch die Annonce der Frau Draeger ange-zeigt wurden, hatten dort ungefähr fünf Lehrstunden durch-

Denken Sie, ich werde mich mit Ihnen vor Gericht hinstellen!

So stand unter Mitteilungen auf dem einen Postabschnitt. Frau Draeger glänzte denn auch durch Abwesenheit. Die Klägerinnen, die ja nun ihr Geld hatten, nahmen die Klagen zurück. Der Ge-

Vormündernot und Frauenhilfe. Ueber „Mangel an Vormündern“ wird in Berlin seit langem geklagt. Waisenräte, die z. B. für uneheliche Kinder die...

Die Vorsitzende dieses Verbandes, Fräulein Dr. jur. Dünning, wagt für ihn in einem Vortrag über „Vormündernot und Frauenhilfe“, den sie am Montag vor dem „Verband der...

Neue Unterrichtskurse an den beiden Handwerkerschulen. Die erste Handwerkerschule, Lindenstr. 97-98, beginnt ihre neuen Unter-

Die zweite Handwerkerschule, Andreasstraße 1-3, beginnt den Unterricht im Winterhalbjahr ebenfalls am Mittwoch, den 10. Oktober...

Das Rudolf Virchow-Krankenhaus am Augustenburgerplatz, nahe der Seestraße, wird am Freitag, den 28. September, von den un-

Ueber die Hohennauendorfer Schiffschäre sei in Ergänzung unserer gestrigen Notiz darauf hingewiesen, daß sich die Beant-

Eine gefährliche Einflussschwüblerin treibt gegenwärtig im Südosten der Stadt und den angrenzenden Vororten ihr Unwesen. Die...

Ein alter Schwindler wurde gestern abend mit gutem Erfolge am Rosenthaler Tor durchgeführt. Die achtjährige Tochter der in...

am Rosenthaler Tor befand, wurde es von einem zierlich dreißig-jährigen Manne angesprochen, der die Kleine mit einem Brief zu...

Ins Gram über den Tod ihres Mannes hat gestern abend die 35 Jahre alte Witwe Adele J. aus der Schliemannstr. 8 einen...

Ein vollstündiger Vortragsabend von Maria Holgers findet am Sonntag in Dreifisch Festsaal statt, in welchem die Vor-

Im Arbeiterinnenheim II, Hsedomstr. 7, beginnt jetzt der Abend-Kochkursus, welcher zweimal wöchentlich von 7/8 bis 10/10 Uhr stattfindet.

Arbeiter-Bildungsschule. Diejenigen Mitglieder, welche noch im Besitze von Bibliotheksbüchern sind, werden gebeten, dieselben...

Der Zoologische Garten hat unter den Bewohnern des neuen Nagetierhauses internationalen Zuwachs bekommen. Da sind zu-

Durch die im Berliner Aquarium jüngst eingetroffenen Sendungen ist die Sammlung der Saucier oder Echsen um eine bislang hier fehlende ausländische Gattung bereichert worden. Sie ist ein Glied...

Feuerwehrbericht. Gestern früh um 7 Uhr wurde die Wehr nach dem Aufseher 24 gerufen, wo vor dem Hause Teer auf offener...

Vorort-Nachrichten.

Friedenau. Die Straßenbeleuchtung unseres Ortes hat der Gemeindever-

Für die Gemeindearbeiter von großer Wichtigkeit war ein Antrag des Gemeindevorstandes. Nach dem Rufer von Nachbar-

In den Gemeindearbeiten liegt es nun, bei Ausarbeitung der Vorlage mitzuhelfen. Obwohl die Arbeiter am berufensten zu...

Zehlendorf. Die letzte Gemeindevertreterwahl beschäftigte sich abermals mit der Revivierung von Mitteln eines für die Aufräumung der...

